



universität
wien

MASTERARBEIT

Titel der Masterarbeit

„Die Energiepolitik der EU in Zeiten der Krise“

Das European Energy Programme for Recovery als Versuch der Krisensteuerung

Verfasser

Rafael Javier Weiske, BA

angestrebter akademischer Grad

Master of Arts (MA)

Wien, 2015

Studienkennzahl lt. Studienblatt:

A 066 824

Studienrichtung lt. Studienblatt:

Masterstudium Politikwissenschaft

Betreuerin / Betreuer:

Univ.-Prof. Dr. Ulrich Brand

Danksagung

Diese Arbeit ist das Ergebnis eines langen und intensiven Forschungs- und Schreibprozess. In ihr stecken unzählige Stunden am Schreibtisch und in diversen Bibliotheken. In dieser Form möglich wurde sie jedoch erst durch den Beitrag der Menschen, die mich auf diesem Weg begleitet haben. Ihnen spreche ich an dieser Stelle einen besonderen Dank für ihre Unterstützung aus, denn ohne sie wäre diese Arbeit in dieser Form niemals möglich gewesen.

Ich möchte mich an erster Stelle bedanken bei Professor Dr. Ulrich Brand für die Betreuung meiner Masterarbeit und vor allem für die Impulse und Ideen, die für das Entstehen dieser Arbeit von größter Wichtigkeit waren.

Ich bedanke mich von ganzem Herzen bei meinen Eltern, Iris Weiske und Thomas Mettler. Ihre finanzielle und moralische Unterstützung ermöglichten mir dieses Studium.

Einen ganz besonderen Anteil am Entstehen dieser Arbeit hat meine Freundin Katharina Steinwendtner. Sie war meine größte Stütze während des Studiums und im Entstehungsprozess. Darum widme ich ihr diese Arbeit.

Meine Schwester Cosima Weiske war es, die in mir den Impuls setzte, ein Studium zu ergreifen und in mir die Freude am Akademischen entfachte. Dafür möchte ich ihr besonders danken.

Ich bedanke mich auch bei meiner Familie für die Unterstützung, bei meinen Großeltern Edith Weiske und auch bei Günther Weiske, dem ich gerne diese Arbeit gezeigt hätte. Bei Manfred Mettler, bei meinem Onkel Detlef Weiske und meiner Tante Renate Weiske sowie meinen Cousins Jan und Sven Weiske.

Ich bedanke mich herzlich bei Johanna Steinwendtner, Lars Homann, Simona Mugrauer und Wolfgang Trimmel für das Korrekturlesen.

Einen letzten Dank möchte ich noch den Menschen aussprechen, die für mich in besonderer Weise da waren, während meines Studium und im Schreibprozess dieser Arbeit; meiner WG meinen Freunden der Familie Steinwendtner, da sie immer ein offenes Ohr für Dinge, die mich in diesem Studium bewegten, hatten. Diese Danksagung sollen auch jene ansprechen, die ich namentlich nicht erwähnt habe, deren Beitrag aber genauso wichtig für das Entstehen dieser Arbeit war.

Inhalt

1. Einleitung	5
2. Theorie und Methoden	10
2.1 Integrationstheorien.....	10
2.1.1 Positivistische Integrationstheorie – Der Multi-Level Governance-Ansatz	10
2.1.2 Neogramscianische Theorie der Europäischen Integration.....	12
2.2 Methoden der Untersuchung	17
3. Krise	23
3.2 Von der Finanz- zur Staatsschuldenkrise	23
3.3 Polit-ökonomische Bedeutung von Krise.....	27
3.3.1 Der Marxsche Krisenbegriff.....	28
3.3.2 Neoliberale Theorien.....	29
3.3.3 Keynesianische Krisensteuerung.....	31
3.3.4 Schumpeter.....	32
3.3.5 Erweiterung des Marx'schen Krisenbegriff durch die Regulations-theorie.....	34
3.4 Das Phänomen der Vielfachkrise	36
3.4.1 Die Bedeutung der Vielfachkrise	36
3.4.2 Die Klimakrise als Teil der multiplen Krise	39
3.4.3 Die Energiekrise als Teil der multiplen Krise	41
3.5 Zwischenfazit Theorie und Methoden.....	42
4. Die Energiepolitik der Europäischen Union	44
4.2 Geographischer Überblick über die wichtigsten Energie-erzeugungsgebiete.....	44
4.2 Der europäische Energiemix	45
4.2.1 Der Energieverbrauch der EU	45
4.2.2 Gesamterzeugung von Energie in der EU	51
4.3 Die Bedeutung einzelner Energieträger für den europäischen Energiemix	52
4.4 Rechtliche Verankerung der europäischen Energiepolitik – Die Energiepolitik im AEUV.....	64
4.5 Die Entwicklung der energiepolitischen Integration.....	64

4.5.1 Energiepolitische Integration bis 2009.....	65
4.5.2 Energiepolitische Integration nach dem Vertrag von Lissabon	69
4.6 Akteure der europäischen Energiepolitik.....	71
4.6.1 Der Europäische Rat.....	72
4.6.2 Die Europäische Kommission.....	73
4.6.3 Das Europäische Parlament.....	74
4.6.4 Der Rat der Europäischen Union	76
4.6.5 Interest Groups	77
4.6.6 Die Rolle der EU-Mitgliedstaaten.....	80
4.7 Zwischenfazit der Energiepolitik der EU.....	80
5. Das Europäische Energieprogramm zur Konjunktur-belebung (EEPR).....	83
5.1 Schematische Analyse des EEPR.....	85
5.1.1 Problemwahrnehmung	85
5.1.2 Agenda Setting	88
5.1.3 Politikformulierung und Entscheidungsfindung	94
5.1.4 Implementierung und Evaluierung.....	101
5.2 Inhaltliche Analyse des EEPR.....	104
5.2.1 Krisendefinition des EEPR.....	105
5.2.2 Definition von Konjunkturbelebung des EEPR	106
5.2.3 Umweltpolitischer Anspruch des EEPR	109
5.2.4 Der Beitrag zur Energieversorgungssicherheit des EEPR	112
5.3 Zusammenfassende Analyse des EEPR im Rahmen von Krisen-tendenzen in der Europäischen Union	114
6. Conclusio.....	120
Quellen	125
Anhang	143

1. Einleitung

Die Energiepolitik der Europäischen Union in Zeiten der Krise, so lautet der Titel dieser Masterarbeit. Im Jahr 2008 wird Europa mit einer der schwersten Krisen der vergangenen Jahrzehnte konfrontiert, der Finanz- und Wirtschaftskrise, die sich in ihrem Verlauf zu einer Staatsschuldenkrise wandelte und deren Auswirkungen bis heute anhalten. Im Zuge der Krise wird eine Vielzahl an Maßnahmen verabschiedet, die mit ihr im Zusammenhang stehen. So auch im Energiebereich. Für diesen wird 2009 die EEPR-Verordnung beschlossen und 2010 abgeändert. Das Europäische Energieprogramm zur Konjunkturbelebung bzw. im Englischen European Energy Programme for Economic Recovery¹, kurz einfach EEPR genannte Programm, ist ein ca. 4 Mrd. Euro schweres Programm, das in der Europäischen Union einmalig, konjunkturbelebende Maßnahmen im Energiebereich finanziell unterstützt. Das EEPR ist der Versuch der Europäischen Kommission dieser Krise politisch etwas entgegenzusetzen und so die Krisenauswirkungen zu stoppen.

Neben der ökonomischen Krise ist die EU derzeit allerdings noch mit einer Vielzahl an weiteren Krisen konfrontiert, zum Beispiel mit einer Klimakrise oder Energiekrise, um einige der Krisenkomplexe zu benennen. Darüber hinaus gibt es noch weitere, parallel verlaufende Krisen, für die sich der Begriff der multiplen Krise herauskristallisierte. Vor dem Hintergrund dieser Krisentendenzen versucht diese Arbeit mithilfe einer neogramscianischen Sichtweise auf die europäische Integration darzustellen, was den Charakter der derzeitigen Krisenkonstellation ausmacht, wie sich die Europäische Energiepolitik gestaltet, warum diese an sich krisenhaft ist und wie konkret eine Krisenbearbeitungsstrategie der EU im Energiebereich wie das EEPR vor dem Hintergrund der multiplen Krise ausgestaltet ist.

Die Beschäftigung mit den Auswirkungen der Finanz- und Wirtschaftskrise und die Auswirkung auf die EU begleiteten mich durch das gesamte Studium der Politikwissenschaften. Da ich im Jahr 2008 mit meinem Bachelorstudium begann, wurde ich gleich zu Beginn auch politikwissenschaftlich an das Thema herangeführt. Im Studienverlauf wurde neben meinem politikwissenschaftlichen Interesse auch das politökonomische Interesse an diesem Thema geweckt. Gerade die These der multiplen Krise, mit der ich im Verlauf des Studiums in Berührung kam, erschien mir mit seiner Vielschichtigkeit als besonders relevant in der Betrachtung der Krise, vor allem im Hinblick auf die Energiepolitik der EU. Die Energieversorgung stellt die Grundlage des wirtschaftlichen Handelns dar, gerade in der EU. Veränderungen in

¹ Verordnung (EG) Nr. 663/2009

diesem Bereich ziehen damit auch unweigerlich gesellschaftliche und wirtschaftliche Veränderungen nach sich. Derzeit befindet sich die Gesellschaft energiepolitisch im Umbruch, im Bewusstsein des Klimawandels und der Endlichkeit der traditionell verwendeten Rohstoffe ist sie auf der Suche nach neuen Energieträgern und -quellen. Die Umstellung verläuft allerdings nicht linear und nicht ganz konfliktfrei, sie ist Kern vieler gesellschaftlichen Debatten. Darüber hinaus sieht sich die europäische Energiepolitik mit der Vielschichtigkeit dieser Krise konfrontiert, was unweigerlich Auswirkungen darauf hat. Das EEPR zieht daher auch Folgen für die Energiepolitik nach sich, die sich gesellschaftlich auswirken. Politikwissenschaftliche Relevanz besitzt diese Arbeit insofern, als dass sie einen politikwissenschaftlichen Blick auf die Energiepolitik der EU der letzten Jahre wirft, und so versucht aufzuzeigen, wie die Krisenentwicklungen die europäische Energiepolitik in den letzten Jahren beeinflusst hat. Des Weiteren besitzt sie an Relevanz weil sie mit der Analyse des EEPR den Charakter von Krisensteuerungsmechanismen im Energiebereich untersucht. Untersuchungen im Bereich europäischer Energiepolitik wurden in den letzten Jahren vielfach vor der Integrationstheorie des Multi-Level-Governance-Ansatz gemacht. Diese tun sich allerdings durch ihre positivistische Ausrichtung schwer in der Berücksichtigung tieferliegender, hegemonialer Strukturen, weswegen hier die neogramscianische Sichtweise auf die europäische Integration zu einem Erkenntnisgewinn führen kann. Im Bereich der polit-ökonomischen Auseinandersetzung hinsichtlich von Krisenprozessen schien es als ob ganzheitliche Krisen-miteinbeziehende Theorien in den Vorkrisen-Jahren weniger Beachtung fanden. Große theoretische Sprünge in der Krisentheorie sind vermutlich eher die Herausbildung der Regulationstheorie in den 70er Jahren, unter anderem beeinflusst durch die Ölkrise und Krise des Fordismus, sowie ihre Weiterentwicklung bis heute. Die These der multiplen Krise stellt in diesem Bereich einen neuen, vor allem ganzheitlichen Sichtpunkt auf die Krisenprozesse dar. Auch indem neogramscianische Theoriebildung und mit der durch die Regulationstheorie erworbenen polit-ökonomischen Erkenntnisse in die Analyse mit einbezogen werden. Die Betrachtung der europäischen Energiepolitik und des EEPR als Versuch der Krisenbearbeitung der EU aus einer neogramscianischen Sichtweise auf die europäische Integration, in der polit-ökonomischen Analyse der Krise vor dem Hintergrund der multiplen Krise besitzt daher an politikwissenschaftliche Relevanz.

Das Forschungsinteresse liegt in dieser Arbeit darauf, europäische Energiepolitik und Krisensteuerungspolitik in diesem Bereich hinsichtlich ihres Zusammenhangs mit der Entwicklung der multiplen Krise zu analysieren. Dies soll im Rahmen einer Policy-Analyse mit einer inhaltsanalytischen Erweiterung geschehen. Diese Masterarbeit befasst sich deshalb mit der

Energiepolitik der EU in Zeiten der Finanz- und Wirtschaftskrise am Übergang zur Staatsschuldenkrise, womit der zeitliche Analyserahmen dieser Arbeit definiert ist. Dabei soll aufgezeigt werden, was diese ausmacht, wie diese durch die Krise beeinflusst ist und wer die relevanten Akteure sind. Im Rahmen der Policy-Analyse wird das von der EU im Jahre 2009 (und 2010 abgeänderte) als Reaktion auf die Finanz- und Wirtschaftskrise verabschiedete Europäische Energieprogramm zur Konjunkturbelebung im Hinblick auf die Vielfachkrise analysiert. Vor dem Hintergrund einer neogramscianischen Sichtweise auf die Europäische Integration soll es darum gehen aufzuzeigen, warum die Energiepolitik der EU prekär, krisenhaft und zunehmend Teil der multiplen Krise ist. Gegenstand der Forschung ist damit die multiple Krise, die Energiepolitik der EU und das EEPR.

Die Forschungsfrage die dieser Arbeit zugrunde liegt lautet: Welchen Einfluss hat die multiple Krise auf Krisenteuerungsmechanismen der EU im Energiebereich?

Ausgehend von der Fragestellung ergeben sich drei Forschungshypothesen, die dieser Untersuchung zugrunde liegen. Erstens muss die aktuelle Krise im Zusammenhang mit einer derzeit auftretenden vielschichtigen Krise gesehen werden. Zweitens ist die europäische Energiepolitik ist durch die Krise geprägt und zunehmend selbst krisenhaft. Drittens sind Krisenbearbeitungsstrategien der EU beeinflusst durch die Entwicklung der Vielfachkrise.

Der theoretische Hintergrund der Arbeit ist das neogramscianische Verständnis der EU-Integration sowie vor allem die Entwicklungen der Vielfachkrise. Methodisch liegt dieser Arbeit die Literaturanalyse insbesondere für das theoretische Verständnis von Krise zugrunde. Des Weiteren wird mittels der Methode der qualitativen Inhalts- und Dokumentanalyse gearbeitet.

Diese Arbeit wird zunächst in einem Theorie- und Methoden Teil darlegen was unter der neogramscianischen Sichtweise auf die europäische Integration im Rahmen dieser Arbeit zu verstehen ist. Danach wird das methodische Vorgehen dieser Arbeit beschrieben. Hierbei wird es darum gehen, die Methoden der qualitativen Inhaltsanalyse darzustellen und auf das Modell des Policy-Cycle als Strukturgeber für die Analyse des EEPR darzustellen. Der erste große inhaltliche Teil dieser Arbeit beruht auf der theoretischen Auseinandersetzung mit der Krise im Allgemeinen, Krisenökonomie und dem Phänomen der Vielfachkrise. Der zweite Teil umfasst die Darstellung der Energiepolitik der Europäischen Union in Zeiten der Krise, dabei sollen die Voraussetzungen für die europäische Energiepolitik aufgezeigt werden und auf die Rolle der relevanten Akteure eingegangen werden. Der dritte Teil der Arbeit beinhaltet die Analyse des EEPR, zunächst nach den Kriterien des Policy-Cycle. Erhofft werden sich

dadurch Erkenntnisse über die Problemwahrnehmung, das Agenda-Setting, die Politikformulierung, die Implementierung und die Evaluation. Des Weiteren soll die inhaltliche Analyse den Zusammenhang zwischen EEPR und Vielfachkrise aufzeigen. In einer Schlussanalyse werden die Policy-Analyse und die inhaltliche Analyse in Verbindung miteinander gesetzt, um diese dann in den Gesamtzusammenhang zu stellen.

Zentrale Begriffe dieser Arbeit, die einer genaueren Definition bedürfen sind die Krise und das EEPR. Die Begriffsbestimmung im Rahmen der Einleitung, kann allerdings nur als kurze Definition dienen, da eine ausführliche Definition im Rahmen der Arbeit gegeben wird.

Krise

Bei aller Beschäftigung mit Krisenerscheinungen und ihren Auswirkungen stellt sich zuallererst die Frage, was bedeutet eigentlich Krise? Die Gewichtung, die man den einzelnen Aspekten des Begriffs der Krise gibt, variiert je nachdem, wie man Krise betrachtet. So wird der Begriff Krise im Alltagsverständnis meist breiter angewendet wie im sozial- bzw. im politikwissenschaftlichen Sinne. Doch auch innerhalb der Disziplin der Politikwissenschaften gibt es wiederum Definitionsunterschiede. Im alltäglichen Sprachgebrauch hat der Begriff Krise verschiedene Bedeutungen. Konsultiert man ein Fremdwörterbuch bedeutet Krise so viel wie ein schwieriger, entscheidender Zustand oder ein schwieriger Wendepunkt (vgl. Hell et. al 2002, 314). Der Terminus Krise markiert damit einerseits einen Zustand, der eine meist negativ empfundene auftretende Entwicklung beschreibt, die andererseits aber auch einen verändernden Moment markiert. In der Terminologie der Politikwissenschaften kommt dem Begriff der Krise eine besondere Bedeutung zu. So ist Krise, altgriechisch *krisis*, auf Deutsch übersetzbar mit Entscheidung oder entscheidende Wendung, im alltäglichen Sprachgebrauch ein häufig verwendeter Begriff. In den Sozialwissenschaften wird Krise zur Kennzeichnung von historisch signifikanten Konflikten verwendet und markiert Wendepunkte in sozialen Ordnungen. (vgl. Dreher 2005, 497) Krisen sind, anders als natürliche Veränderungen, oftmals bedeutendere Einschnitte der Entwicklung. Sie erfordern meist entschlossenes Handeln zugunsten einer Entscheidung. „Das wesentliche Merkmal einer K[rise] liegt in der Radikalität der sich bietenden Alternativen.“ (Dreher 2005, 497) Die Krise ist ganz allgemein gesprochen ein meist als schwierig empfundenes Phänomen, welches zu Veränderung zwingt. Schon allein die Vielschichtigkeit der Bedeutung des Begriffes Krise veranschaulicht die Komplexität des Krisenbegriffs. Aus diesem Grund wird im Rahmen dieser Arbeit auch eine umfangreiche, theoretische Auseinandersetzung mit dem Phänomen Krise vonnöten sein.

EEPR

Im Jahr 2008 wurde ein 200 Mrd. Euro schweres Investitionspaket von der Europäischen Kommission vorgeschlagen. Dieser European Economic Recovery Plan (COM(2008) 800 final)², bzw. im Deutschen Europäisches Konjunkturprogramm genannte Programm, bildete die Grundlage für ein ca. 4 Mrd. Euro schweres Maßnahmenpaket, das mittels der Förderung von Projekten im Energiebereich zur Konjunkturbelebung nach der Finanzkrise beitragen sollte. Das EEPR trat Mitte 2009 mittels einer EU-Verordnung in Kraft und wurde Ende des Jahres 2010 abgeändert.³ Das EEPR ist ein Konjunkturprogramm und dient der Förderung von Projekten in EU-Mitgliedstaaten in den Bereichen: Europäische Energienetze, Gasverbindungs- und Reverse-Flow-Projekte, Offshore-Windkraftprojekte, Kohlenstoffabscheidungs- und Speicherungsprojekte (CCS-Projekte) und durch die Abänderung auch Kleinprojekte im Bereich Energieeffizienzmaßnahmen und erneuerbare Energien auf der Mikroebene. Bis Ende des Jahres 2015 sollen die realisierbaren Projekte abgeschlossen sein. Erhofft werden sich durch das EEPR positive Auswirkungen auf den Konjunkturverlauf (vgl. VO (EU) 663/2009; VO (EU) 1233/2010) Der Policy-Prozess ist damit fast beendet; diese Masterarbeit wird sich mit dem Programm auseinandersetzen.

² In dieser Arbeit wird aufgrund der Uneinheitlichkeit in der Bezeichnung der deutschen Versionen, der öffentlichen Mitteilungen der EU-Kommission, den so genannten KOM-Dokumenten auch für die deutschen Versionen, die englische Klassifizierung COM verwendet. (Anm.)

³ Verordnung (EU) Nr. 1233/2010

2. Theorie und Methoden

2.1 Integrationstheorien

Im Laufe der wissenschaftlichen Auseinandersetzung hat sich eine Vielzahl an Integrations-theorien herausgebildet, in diesem Abschnitt wird zunächst der Multi-Level-Governance-Ansatz aufgrund seiner großen Verbreitung kurz dargestellt. Diese Darstellung soll Ausgangspunkt für die Formulierung der Kritik an so genannten positivistischen, „wertfreien“ Wissenschaftsverständnis sein. In einer kritischen Auseinandersetzung mit dem Mainstream der Integrationstheorien wird in diesem zweiten Abschnitt versucht werden, darzustellen warum für diese Arbeit die neogramscianische Sichtweise auf die europäische Integration als geeignet erscheint.

2.1.1 Positivistische Integrationstheorie – Der Multi-Level Governance-Ansatz

Eine Integrationstheorie, die subjektiv-gesehen in den letzten Jahren sicherlich erhebliche Beachtung im Mainstream der Integrationssätze gefunden hat, ist der Integrationsansatz des Multi-Level Governance. Er hat seit Beginn der 90er Jahre an Bedeutung gewonnen und findet seitdem oft Verwendung. (vgl. Knodt & Hüttman 2012, 198) Die Auseinandersetzung mit dieser Theorie soll exemplarisch für den Kanon an positivistischen und so genannten „wertfreien“ Integrationstheorien stehen, deren Aufzählung den Rahmen dieser Arbeit um Längen sprengen würde. Ziel ist es damit nicht, den ganzen Kanon der Integrationstheorien Punkt für Punkt abzuarbeiten, sondern eher exemplarisch darzustellen, wie sich neogramscianische Kritik an ihnen formuliert.

Im Verständnis von Multi-Level Governance wird von der EU als Mehrebenensystem ausgegangen. Der Begriff ‘Multi-Level Governance’ (MLG) wird in der Integrationsforschung meist dann ins Spiel gebracht, wenn der sprichwörtliche ‘sui generis’- Charakter EU betont werden soll (vgl. Knodt & Hüttmann 2006, 223). Mit anderen Worten ist die EU in diesem Verständnis ein politisches System, das nicht vergleichbar ist mit anderen derzeit existierenden politischen Systemen. Doch was bedeutet Mehrebenensystem in diesem Kontext? Multi-Level Governance dient in Bezug auf politische Systeme, „zur Bezeichnung von polit. Systemen, die mehrere (mindestens zwei) hierarchisch angeordnete Ebenen autonomer Jurisdikationen umfassen“ (Holzinger 2005, 553). Allerdings gilt auch: “Eine einheitliche Definition dieses Ansatzes existiert derzeit nicht, jedoch „[v]orausgesetzt wird i. d. R. mindestens, daß

die untere(n) Ebene(n) bei der Entscheidungsfindung mitwirken.“ (Holzinger 2005, 553) Europäische Politik wird somit auf verschiedenen Ebenen beeinflusst, dazu gehören die europäischen Institutionen an sich, die Mitgliedstaaten und externe Interessensvertretungen. “However, when one asserts that the state no longer monopolizes European-level policy making or the aggregation of domestic interests, a different polity comes into force.” (Hooghe & Marks 1992, 3) Die EU von ihrer Architektur her, bildet dabei weder einen supranationalen Staatenverbund, wie es zum Beispiel andere internationale Organisationen wie zum Beispiel die UNO tun, noch eine Föderation - obwohl, oder gerade weil sich beide Merkmale in der EU wiederfinden lassen. Denn Schwierigkeiten bestehen bei der Definition der EU als supranationalem Staatenverbund hinsichtlich der Eigenschaft, dass die Mitgliedstaaten in der EU alle allgemeinen Kompetenzen eines souveränen Nationalstaats trotz der Zugehörigkeit zur EU weiterhin ausüben. Und hinsichtlich der Sichtweise der EU als Föderation birgt diese die Schwierigkeit, dass die Institutionen der EU sich nicht vollständig mit jenen Institutionen eines souveränen Nationalstaats vergleichen lassen. (vgl. Scharpf 2002, 67) Der Multi-Level Governance-Ansatz setzt am sui generis Gedanken in Bezug auf die EU an, indem er den Einfluss der Nationalstaaten als einen, durch die steigende Macht der europäischen Institutionen hervorgerufenen, sich abmildernden Einfluss begreift. Vordenker des Multi-Level Governance-Ansatz wie Liesbet Hooghe und Gary Marks rücken dieses Phänomen in den Fokus. „Our aim is not to reiterate any Scholar’s perspective, but to elaborate essential elements of a model drawn from several strands of writing, which makes the case, that European Integration has weakened the state.” (Hooghe & Marks 1992, 3) Dies betrifft zum einen die Rolle des Nationalstaats in einer Multi-Level Governance Struktur an sich und zum anderen auch die verbleibenden Kompetenzen des Nationalstaats, da über diesen noch die Strukturen einer Europäischen Union gelegt sind. Innerhalb der EU gilt damit: „Regiert wird nicht nur von der Regierung, also idealtypisch der Spitze einer Hierarchie, sondern auch von anderen Akteuren die in einem nicht-hierarchischen Verhältnis zueinander stehen“ (Jachtenfuchs 2003, 495) Der Einfluss der verschiedenen Akteure besteht dabei in der Europäischen Union sowohl vertikal wie auch horizontal. „Wie bei einer russischen Puppe sind die unterschiedlichen politischen Entscheidungsebenen verschachtelt und lassen sich in vielen Politikbereichen kaum mehr voneinander trennen.“ (Knodt & Hüttmann 2006, 223) Für den Nationalstaat bedeutet dies, dass er in der EU zwar weiterhin eine wichtige Rolle einnimmt, allerdings seine Kompetenzen mit der EU teilt. “First, according to the multi-level governance model, decision-making competencies are shared by actors at different levels rather than monopolized by national governments.” (Hooghe & Marks 1992, 3) Dadurch wird seine Position

im gesamten Entscheidungsprozess geschwächt. „Second, collective decision making among states involves a significant loss of control for individual national governments.” (Hooghe & Marks 1992, 4) Einzige Ausnahmen bilden hierbei europäische Integrationsfragen, da hier die Positionen der Nationalstaaten eine stärkere Rolle spielen können.

“Third, political arenas are interconnected rather than nested. While national arenas remain important arenas for the formation of national government preferences, the multi-level governance model rejects the view that subnational actors are nested operate in both national and supranational arenas, creating transnational associations in process.” (Hooghe & Marks 1992, 4)

Die Struktur der EU bedeutet für den Multi-Level Governance Ansatz, dass unterschiedliche politische Arenen von unterschiedlichen Akteuren beeinflusst werden.

Die EU ist in der Sichtweise des Multi-Level Governance nicht mit einem Nationalstaat im klassischen Sinn zu vergleichen „[...] wer die EU als Mehrebenensystem betrachtet, unterstellt ihr damit nicht notwendigerweise Staatsqualität“. Vielmehr handelt es sich hier um eine Sichtweise, die die Interdependenz von Entscheidungsebenen in den Blick nimmt“ (Jachtenfuchs 2003, 503) Hier kommt Governance ins Spiel. „Die Governance-Perspektive bietet die Chance für umfassendere politikwissenschaftliche Theorien der postnationalen Konstellation, bei der Staatsgrenzen eben nicht mehr die Grenzen der Anwendung von Theorien darstellen.“ (Jachtenfuchs 2003, 511) So lautet die Begründung. Politik wird in diesem Fall von mehreren Akteuren mitgeprägt und bietet ein ihrer Gesamtheit eigenes Ergebnis. Kritik, die schon immer im Zusammenhang mit dieser Theorie geäußert wurde, ist, ob der MLG-Ansatz umfangreich genug ist, um eine eigenständige Theorie zu bilden, oder ob es nicht eher eine Beschreibung geltender Akteurskonstellationen ist. (vgl. Knodt & Hüttmann 2012, 196, 197) Der MLG-Ansatz versucht in seiner Struktur ein an sich wertfreier Ansatz zu sein, der einen geringeren Fokus auf die Bedingungen des politischen Systems legt. Damit postuliert er ein wertfreies Wissenschaftsverständnis. Warum dieses Postulat Fragen aufwirft hinsichtlich seiner Umsetzung, wird die kritische Auseinandersetzung mit dem Mainstream der Integrationsansätze bzw. die Begründung für die Wahl der neogramscianischen Sichtweise auf die europäische Integration versuchen darzustellen.

2.1.2 Neogramscianische Theorie der Europäischen Integration

Den Einstieg in den Neogramscianismus als Integrationstheorie bildet die Kritik am Mainstream der Integrationsansätze. Gegenstand der neogramscianischen Kritik ist, dass vorherrschende Theorien eher einen deskriptiven Charakter besitzen und nicht die zugrundeliegenden Machtstrukturen in Frage stellen „Trotz aller Unterschiede ist diesen

Ansätzen eines gemeinsam: Sie sind in der Regel nicht darauf ausgerichtet, die Macht- und Herrschaftsverhältnisse in der EU kritisch zu hinterfragen und nach Alternativen zu suchen.“ (Bohle 2012, 165) Und zweitens geht es diesem Ansatz auch um ein kritisches Verständnis von Wissenschaft an sich im Kontrast zu naturwissenschaftlich-orientiertem, positivistischem Wissenschaftsverständnis. Doch wie ist der Neogramscianismus als Integrationstheorie zu verstehen?

Kernpunkt der Theorie von Antonio Gramsci ist der Begriff der Hegemonie. „Hegemonie beschreibt also zunächst eine bestimmte Form der politischen Macht, die durch Konsens und Zustimmung auf der Ebene von Moral, Kultur und Ethik funktioniert.“ (Opratko 2014, 36) Hegemonie dient zur Durchsetzung der Interessen der herrschenden Klassen mittels staatlichen Institutionen und Institutionen des erweiterten Staates.

„Gramsci argumentiert, dass eine gefestigte bürgerliche Herrschaft nicht vorrangig auf der Ausübung offener Gewalt der herrschenden Klasse oder auf staatlichem Zwang, sondern vielmehr auf der Zustimmung der Mitglieder anderer gesellschaftlicher Klassen beruht. Eine herrschende Klasse ist hegemonial und nicht nur dominant, wenn sie die ‚politisch-moralische‘ Führung für sich reklamieren kann. Hegemonie umschließt damit ökonomische, soziale und politisch-ideologische Verhältnisse.“ (Bohle 2012, 170)

Vereinfacht gesagt, um Herrschaft durchzusetzen, müssen die Beherrschten auch davon überzeugt sein, dass alles seine Richtigkeit habe. „Hegemonie ist also nach Gramsci ein Teil der Superstrukturen oder Überbauten, und findet auf einer Ebene statt, die er Zivilgesellschaft nennt und das ‚Ensemble der gemeinhin als *privat* genannten Organismen umfasst.“ (Opratko 2014, 37) Eine besondere Form davon ist als anschauliches Beispiel die kulturelle Durchsetzung von Herrschaft. Diese kann nach Gramsci auch durch die Vermittlung von Herrschaftsinteressen innerhalb einer ideologischen Struktur geschehen; die Durchsetzung einer ideologischen Struktur, „das heißt die materielle Organisation, die darauf gerichtet ist, die theoretische oder ideologische „Front“ zu bewahren, zu verteidigen und zu entfalten.“ (Gramsci 1929 – 1933/1991, 373)

Bei der Entwicklung des Neogramscianismus als Integrationsstheorie ist zuallererst Robert W. Cox zu nennen, der den Gramscianismus zu einer Theorie erweitert, die auf der Ebene der internationalen Politik anwendbar ist. „Gramsci developed the notion of hegemony at the national level, but Cox extends it to the international.“ (Moolakkattu 2009, 448) Für Cox ist die Durchsetzung von kultureller Hegemonie nicht mehr nur allein auf die nationale Ebene beschränkt, sondern wird durch die Prozesse der Globalisierung immer weiter internationalisiert. „A transnational class emerges as a result of the internationalization of

production, which in turn also leads to an internationalization of the state.”(Moolakkattu 2009, 449) Der Hegemoniebegriff ist es auch, der Gramsci in den Internationalen Beziehungen anwendbar macht. „Für die Fragen der H[egemonie]und Gegen –H[egemonie] unter den Bedingungen des transnationalen Kapitalismus, die sich verstärkt international stellen, bieten GRAMSCIS H-Forschungen unverzichtbare Denkmittel und methodische Anregungen.“ (Haug 2004, 24, 25) Ein weiterer zentraler Begriff ist jener des historischen Blocks. Die Folgen sind, dass sich - um in der Terminologie Gramscis zu bleiben - ein neuer historischer Block herausbildet aus einer globalen Finanzelite, die versucht mittels kultureller Hegemonie Einfluss auf die globalisierte Gesellschaft zu nehmen. Dies gelingt ihr allerdings nur, wenn sie alle transnationalen Ebenen erreicht. Durchbrechen ließe sich dieser historische Block nur, wenn sich eine ausreichend kritische Masse zusammenfinden würde, die Möglichkeit hätte alternative Agenden zu setzen. „Cox says that there is a need to build a new ‘historic bloc’ capable of sustaining a long ‘war of position’ until it becomes a critical mass so as to form the basis of an alternative polity.” (Moolakkattu 2009, 450)

Für die darauf folgende Implementierung von neogramscianischer Theorie als Integrations- theorie sind die Arbeiten von Stephen Gill zu betrachten. Grundsätzlich sieht Gill die Europäische Union als ein komplexes System, das Intergouvernementalismus und eine gemeinsame Souveränität miteinander kombiniert, dem allerdings anders als einem gewöhnlichen Nationalstaat die traditionellen Formen einer rationalen-gesetzlichen Legitimität fehlen. Die Entwicklung Europas begreift er, vor allem was die rechtlich-politischen Formen betrifft, als die Ausdehnung eines neuen Konstitutionalismus des disziplinierenden Neoliberalismus bzw. als eine weltweite Verallgemeinerung einer liberalen Verfassungsbildung. (vgl. Gill 2000, 24) Gill versteht als Grundlage seiner Theorie auch die Kritik am Wissenschaftsverständnis der Mainstream Ideologien. „Gill bezeichnet den neogramscianischen Ansatz als ‚post-positivistisch‘, d.h. er lehnt ein Wissenschaftsverständnis ab, welches die objektive Realität von der subjektiven Erkenntnis trennt und proklamiert, wertfrei zu sein.“ (Bohle 2012, 167) Wertfreiheit in der Wissenschaft kann es nach dieser Sichtweise eher schwer geben. „Sozialwissenschaftliche Erkenntnisse bilden mithin eine spezifische Dimension gesellschaftlicher Auseinandersetzungen und wirken auf die von ihnen mit konstruierter Realität ein.“ (Bohle 2012, 168) In Bezug auf die europäische Integration postuliert Gill einen Wandel der Dynamik der europäischen Integration, der neogramscianische Theorie als Integrationstheorie anwendbar macht. „Erklärungsgegenstand einer neogramscianischen Theorie der europäischen Integration sind die strukturellen Umbrüche und die neue Dynamik der Integration seit den 1980er Jahren und die ihr zugrunde liegenden Macht- und

Autoritätsverhältnisse. (Bohle 2012, 168) Seit dieser Zeit versuchen zunehmend Interessenskoalitionen Einfluss auf die Richtung der europäischen Integration zu nehmen. „Im Gegensatz zu institutionalistischen oder staatszentrierten Ansätzen führt Gill damit die Dynamik der europäischen Integration auf die zivilgesellschaftlichen Kräfte zurück, d.h. auf private Akteure, deren Netzwerke, Beziehungen, Organisationen und Auseinandersetzungen.“ (Bohle 2012, 171) Gill sieht in der Integration des gemeinsamen europäischen Marktes in den 80er Jahren den Beginn des Versuchs der Durchsetzung einer neoliberalen Interessenskoalition. „Gills neogramscianische Analyse der neuen europäischen Integrationsdynamik im Kontext der globalen Umwälzungen verdichtet sich zu der zentralen Frage, inwieweit sich hier eine hegemoniale Ordnung herausbildet.“ (Bohle 2012, 170) Zentral sieht Gill dafür die Herausbildung eines an Gramsci angelehnten historischen Blocks in der EU. Dieser Block wird vor allem durch Globalisierungseliten gebildet. „Diese Globalisierungs-Eliten stehen an der Spitze eines sich formierenden transnationalen *historischen Blocks*, d.h. eines grenzüberschreitenden Bündnisses herrschender und untergeordneter Klassen unter der Führung des internationalen (Geld-)Kapitals.“ (Bohle 2012, 172) Das Ergebnis dieser Bemühung wird bei Gill mit der Herausbildung der derzeitigen neoliberalen Konfiguration, die in der EU vorherrscht, beschrieben.

„Die neoliberale Konfiguration ist nicht einfach ökonomisch zu verstehen. Sie beinhaltet vielmehr eine Neudefinition politischen Handelns und politischer Verantwortlichkeit sowie eine Neuverteilung von Macht zwischen öffentlichen und privaten Akteuren.“ (Bohle 2012, 168)

Zwei Begriffe kommen in der Konzeption von Gill besondere Bedeutung zu: jene des disziplinierenden Neoliberalismus und jener des neuen Konstitutionalismus. Unter disziplinierenden Neoliberalismus ist das Konzept eines neoliberalen Weltbilds zu verstehen, welches durch die strukturelle Macht des Kapitals versucht Einfluss zu nehmen auf die Makro, Meso und Mikro-Dimensionen der Herrschaft. Die erste Dimension ist dabei die strukturelle Macht des Kapitals und des von ihr ausgehenden Disziplinierungsdrucks. Die zweite Dimension bezeichnet die Fähigkeit des Kapitals, Einheitlichkeit und Gefolgschaft unter Parteien, Organisationen und Führungspersonen zu erzeugen. Bei der dritten Dimension handelt es sich schließlich um disziplinierende Praktiken, die dazu führen, dass sich die Individuen der neuen sozialen Ordnung unterwerfen. (vgl. Bohle 168/169) Gill versteht den disziplinierenden Neoliberalismus als polit-ökonomisches Konzept und Konzept der sozialen Sphäre. Eigenschaft des disziplinierenden Neoliberalismus ist es “where the latter refers primarily to the processes of identifying and deepening the scope of market disciplines, associated with the increasing power of capital in organizing social and world orders, and in

so doing shaping the limits of the possible in peoples everyday live” (Gill 2014, 6). Der neue Konstitutionalismus bedeutet für Gill die Ebene der formalen Implementierung neoliberaler Steuerungsmechanismen. Zusammengefasst auf einige Maßnahmen sind das zum Beispiel: Ein uneinheitliches Auftreten einer de facto konstitutionellen Governance-Struktur bezogen auf den Weltmarkt, die neoliberale Umformung des politischen Felds und die Umstrukturierung des Staatsgebildes, die spezifischen locking-in Mechanismen (damit eingeschlossen Rechtssysteme, Gesetze, Verordnungen, Richtlinien und Institutionen wie zum Beispiel Zentralbanken) von bestimmten neoliberalen Ausformungen der Akkumulation, der „neue informelle Charakter“, von soften, sich-selbst regulierenden und flexiblen oder doppelten Standards. (vgl. Gill 2014, 7)

Die Interessenskonstellationen, die sich dominant zur Durchsetzung hegemonialer Steuerungsmechanismen formieren, können allerdings nicht auf einen zentralen Akteur beschränkt werden. Eher lassen sich diese nach neogramscianischen Gesichtspunkten als „transnationale Klasse“ der finanzstarken Eliten beschreiben. Dieser, von Kees van der Pijl als analytischer Begriff in das Feld internationalen Beziehungen eingebracht, macht den marxistischen Klassenbegriff für die internationalen Beziehungen anwendbar. (vgl. Van der Pijl, 1998) Im Unterschied zur ursprünglichen Idee einer herrschenden Klasse ist diese allerdings heterogen. “Die durch die Globalisierung der kapitalistischen Akkumulation hervorgebrachte transnationale Klasse wird hier nicht als ein einheitlicher Akteur begriffen.“ (Apeldoorn 2000, 192) Bastian van Appeldoorn, der sich mit der Rolle der transnationalen Klasse in Bezug auf die europäische Integration auseinandergesetzt hat, sieht anstatt starrer formal implementierter Institutionen in dieser eher ein loses Netzwerk, das sich zusammenschließt, um die Interessen durchzusetzen. Es ist von zentraler Bedeutung, dass die Differenzen durch politische Organisation der Eliten (kurzfristig) überwunden werden können, wenn die Organisation eine Einheit von Zweck und Führung herstellt und diese Einheit dann möglicherweise auf ein höheres Niveau hebt, wenn alle Gruppen und Klassen zur Durchsetzung von Hegemonie zusammen eintreten. (vgl. Apeldoorn 2000, 192) Der Neogramscianismus erscheint im Vergleich zu anderen Integrationstheorien als umfassende Theorie, die neben der rein oberflächlichen politischen Struktur der Institutionen auch die darunter liegenden Strukturen der Machtverteilung in die Analyse mit einbezieht. Aus diesem Grund dient er dieser Untersuchung für grundlegende Sichtweise auf die europäische Integration

2.2 Methoden der Untersuchung

Die Politikfeldanalyse und der Policy-Cycle

Der Grund, warum eine Politikfeldanalyse, besser bekannt als Policy-Analyse, in dieser Untersuchung eine Rolle spielt, ist folgender: Politikfelder oder Policy sind die konkreten politischen Inhalte der politischen Sphäre. Ist im deutschen Sprachgebrauch der Begriff Politik sehr weit gefasst, so kann dieser im englischen viel genauer unterschieden werden, hier wird der Bereich des Politischen in Politics, Polity und Policy unterteilt. Mit den Bereichen Politics (Prozesse), Polity (politische Strukturen) und Policy (Strukturen) bilden sie das berühmte Dreieck des Untersuchungsspektrums der Politikwissenschaft.

Mittels der Methode der Politikfeldanalyse kann konkret nach dem Hintergrund, der handelnden Akteuren, der Agendasetzung, den vorherrschenden Diskussionen um das jeweilige Politikfeld und der Implementierungsprozess eines Politikfelds gefragt werden. (vgl. Blum & Schubert 2009, 8) Mittels einer Policy-Analyse kann also der Politikwerdungsprozess eines Politikfelds nachverfolgt werden. Was die Politikfeldanalyse für diese Untersuchung als relevant erscheinen lässt, ist ihre Grundintention, denn sie will in erster Linie „Fragen an diejenigen stellen, die konkret Politik machen, dieses ‚policy-making‘ analysieren und das so gesammelte Wissen ‚über Politik‘ wieder ‚für die Politik‘ zur Verfügung stellen“ (Blum & Schubert 2009, 8). Mit anderen Worten: mittels eines wissenschaftlich-analytischen Zugangs konkret ein Politikfeld bearbeiten, strukturiert darstellen und daraus Erkenntnisse über den Sachverhalt generieren.

Im Rahmen dieser Untersuchung wird als strukturgebendes Modell auf den Policy-Cycle zurückgegriffen. Der Policy-Cycle, konkret verstanden als Phasenmodell, unterteilt einen politischen Prozess in Abschnitte, in denen bestimmte Teile des Politikwerdungsprozess stattfinden. „Methodological such an approach reduces the complexity of public policy-making by breaking down that complexity into a small number of stages and substages, each of which can be investigated alone, or in terms of its relationship to any or all the other stages of the cycle.“ (Howlett & Giest 2013, 24) Die Untersuchung und Darstellung der Phasen des Policy-Cycle stellen eine Möglichkeit dar zu untersuchen, wie sich ein bestimmtes Politikfeld herausgebildet hat. Die Abschnitte als Analyseeinheit sind nicht in allen Fällen streng getrennt voneinander zu betrachten, da sie mitunter miteinander verbunden sind oder in Beziehung zueinander stehen. Dennoch bieten sie eine Möglichkeit der Orientierung über den Ablauf der Herausbildung und Annahme eines Politikfelds. Ansätze des Policy-Cycles entstanden schon

mit Beginn des Aufkommens der Politikfeldanalyse. „Der Policy-Cycle stellt eine Weiterentwicklung des Systemmodells dar und versucht die darin enthaltene *black box* der Vorgänge im System zu erhellen.“ (Blum & Schubert 2009, 104) Die Idee ist es, damit ein Modell zu konstruieren, das politische Vorgänge in dem, was unter einem politischen System verstanden wird sichtbar und vor allem analysierbar macht. Ein Modell des Policy-Cycle ist das Fünf-Phasen-Modell. Dies unterteilt den Politikwerdungsprozess in fünf aufeinanderfolgende Schritte. Das Fünf-Phasen-Modell ist nicht die einzige Darstellung des Policy-Cycles. „Daneben existieren jedoch weitere Modelldarstellungen mit stets leichten Variationen.“ (Blum & Schubert 2009, 103) In dieser Untersuchung spricht dennoch viel für die Verwendung dieses Modells, einerseits ist es relativ klar strukturiert und andererseits findet es häufig Anwendung. „In most recent work, a five-stage model of the policy process has been most commonly used“ (Howlett & Giest 2013, 17) Gleichzeitig ist dieses Modell auch eines, welches am ehesten dazu geeignet scheint, die Komplexität des untersuchten Politikfelds anschaulich darzustellen. Die Fünf-Phasen des in dieser Arbeit verwendeten Modells lassen sich unterteilen in die Phasen Problemwahrnehmung, Agenda-Setting, Politikformulierung und Entscheidungsfindung, Implementierung und Evaluierung. Diese Phasen sind als zyklischer, kreisförmig angeordneter Prozess zu sehen (vgl. Blum & Schubert 2009, 102). Im Einzelnen ist die erste Phase jene, in der sich ein Problem herausbildet und welches von der Politik adaptiert wird. In der Phase des Agenda-Settings geht es darum, wer das Problem konkret auf die Agenda bringt, in der Phase der Politikformulierung geht es um die Positionen, bei der Implementierungsphase geht es darum, welche Position hat sich durchgesetzt und ist jetzt im politischen Prozess verankert und bei der Evaluierung geht es um die Wirkung eines Politikfelds.

Was sind die Stärken und Schwächen dieses Modells? Kritisch betrachtet stellt der Policy-Cycle ein relativ neutrales Modell dar, was zu einer Limitierung führen kann. Kritik kommt einerseits von WissenschaftlerInnen, die in dieser Tradition alternative Modelle entwickelt haben, wie zum Beispiel Paul A. Sabatier mit dem Advocacy-Coalition Ansatz. Er kritisiert am Policy-Cycle, dass er Kernfragen auslässt, wie die Frage, welche Substanz dem Politikfeld zugrunde liegt; etwa die Anzahl und Typus, der in dem Politikwerdungsprozess beteiligten Akteure, was ihre exakte Motivation ist und ob die Themen bestimmten Mustern folgen. (vgl. Sabatier 1991 cit. in Howlett & Giest 2013, 17) Daneben gibt es andere Sichtweisen auf die Art und Weise, wie Politik entsteht. Diese oberflächlich erscheinende Schwäche erweist sich für diese Untersuchung als Stärke. Seine Stärke auf der anderen Seite liegt jedoch in der Einfachheit dieses Modells. Der Policy-Cycle eignet sich zur Darstellung und Simplifizierung

des Politikwerdungsprozess, was sicherlich seine größte Stärke ist. Im Rahmen dieser Arbeit wird versucht mittels dieses Modells den Politikwerdungsprozess des EEPR darzustellen. Das Modell kann allerdings aufgrund seiner Begrenztheit nicht die alleinige Essenz dieser Arbeit darstellen, sondern soll den Politikwerdungsprozess greifbar machen und strukturell begleiten. Die Verwendung dieses Modells soll dazu dienen aufzuzeigen, wie das EEPR formal entstanden ist. Für die darüber hinausgehende Analyse der zugrundeliegenden Macht- und Einflussfaktoren wird die neogramscianische Sichtweise dienen.

Methodisches Vorgehen

Um das EEPR zu analysieren wird sich diese Untersuchung der Methoden der Dokumenten- bzw. Inhaltsanalyse bedienen. Der theoretische Teil und die Darstellung der Energiepolitik der EU wird unter Zuhilfenahme von wissenschaftlicher Fachliteratur erarbeitet werden. Die Methodenauswahl ergibt sich aus der Vielschichtigkeit der Thematik. Zum ersten geht es darum, wissenschaftlich fundiert Krisentendenzen darzustellen und den aktuellen Forschungsstand zu den Themen Finanzkrise und multiple Krise aufzuzeigen. Dann soll die energiepolitische Situation der EU herausgearbeitet werden. Diese beiden Blöcke werden vor allem mittels der Analyse möglichst aktueller wissenschaftlicher Literatur bearbeitet werden. In diesen Blöcken geht es vornehmlich auch um die Frage, auf welche Voraussetzungen krisenentgegensteuernde Maßnahmen wie ein EEPR treffen. Bei der Auswahl der wissenschaftlichen Literatur wurde darauf geachtet, dass diese das Thema betrifft, dass sie möglichst aktuell ist und dass sie nach Möglichkeit von, für das Themenspektrum relevanten Verlagen stammt und dass die AutorInnen fundiert zum wissenschaftlichen Erkenntnisgewinn der Thematik beitragen. In der Analyse des EEPR kommt die Methode der Dokumentanalyse und der qualitativen Inhaltsanalyse nach Mayring zum Einsatz. In diesem Bereich wird es darum gehen, den Policy-Prozess nachzuverfolgen und diesen Anhand von Kategorien zu analysieren.

Die Methode der Dokumentanalyse ist im Bereich der Qualitativen Forschung einzuordnen - im Unterschied zur quantitativen Forschung, in der es meist darum geht, vorgefertigte Hypothesen zu testen und soziale Realitäten in quantifizierbare Zahlen zu zwängen. Neben dem Erfassen sozialer Realitäten geht es der qualitativen Forschung darum, die Rolle des interagierenden Subjekts darzustellen. Qualitativ orientierte SozialforscherInnen verstehen „unter empirischer Forschung eine möglichst ‚dichte Beschreibung‘ der sozialen Wirklichkeit und der sie konstituierenden sozialen Subjekte“ (Alemann & Tönnemann 1995, 58). Des Weiteren sollen mittels qualitativer Forschung Analysekatoren gefunden werden, die es

ermöglichen, einen Sachverhalt wissenschaftlich zu analysieren. „Die Sinnhaftigkeit sozialen Handelns soll erfaßt, nachvollzogen und durch Bildung von Typen oder die Generierung von Theorien verstehend rekonstruiert werden.“ (Alemann & Tönnemann 1995, 59)

Die Dokumentenanalyse im Besonderen hat ihren Ursprung in den Geschichts- und Kommunikationswissenschaften, sie umfasst in diesem Zusammenhang Urkunden und Schriftstücke und weitere Zeugnisse, mit denen sich menschliches Verhalten erklären lässt. Sie findet aber auch in den Politikwissenschaften Anwendung. Um Folgerungen überhaupt ziehen zu können, müssen sie sowohl interpretierbar, wie auch objektivierbar sein. Ein großer Vorteil dieser Methode ist, dass Materialien Eingang in die Untersuchung finden können, die bei der Wahl einer anderen Methode möglicherweise keine Berücksichtigung erhielten. Darüber hinaus sind die Daten schon vorhanden und müssen nicht erst durch den Forschenden erhoben werden, was zu einer Minimierung möglicher Fehlerquellen führt. Die Subjektivität betrifft in diesem Fall die Auswahl der Dokumente. Ferner können mit dieser Methode Aussagen über Rezipienten und Kommunikatoren getroffen werden, die so normalerweise für den Forschenden unter gegebenen Bedingungen in einer bestimmten Form nicht mehr erreichbar sind; die Notwendigkeit zur Kooperation entfällt mit dieser Methode. Was den Untersuchungsgegenstand betrifft, so sind jederzeit allgemein nachvollziehbar Modifikationen und Wiederholungen möglich. Auch die Forschungskosten sind meist geringer als bei anderen Methoden. (vgl. Mayring 2002, 46, 47) Ferner ist die Dokumentanalyse eine Analysemethode, die sehr genau vorgeht. Die „Dokumentenanalyse kann für sich in Anspruch nehmen, systematisch und intersubjektiv nachvollziehbar Texte zu analysieren“ (Alemann & Tönnemann 1995, 121). Zentrale Kriterien zur Beurteilung der Aussagekraft von Dokumenten sind für die Analyse der Dokumente von erheblicher Bedeutung. Urkunden und Akten werden in der Dokumentenanalyse als zuverlässigere Quellen als zum Beispiel Zeitungsberichte eingestuft. Das Wesen der Dokumente ist daher von unerlässlicher Bedeutung. Innere und äußere Merkmale der Dokumente beziehen sich auf den Inhalt, die Aussagekraft der Dokumente, auf das Material und den Zustand des Dokuments. Dies gilt es bei Dokumentanalysen zu beobachten. Des Weiteren ist auch unerlässlich die Frage zu stellen nach der Nähe des Dokumentes zum Gegenstand in der räumlichen, zeitlichen und sozialen Dimension. Darüber hinaus ist auch die Herkunft des Dokumentes wichtig, diese sollte in die Analyse miteinbezogen werden. (vgl. Mayring 2002, 48) Hat man sich auf die zu behandelnden Dokumente festgelegt und diese nach den oben beschriebenen Kriterien kritisch betrachtet, dann können diese auf ihren Inhalt hin untersucht werden. „Herzstück einer Inhaltsanalyse ist die Entwicklung eines Kategoriensystems zur

Verkodung des Materials. Kategorien können entweder am Material selbst oder theoriegeleitet entwickelt werden.“ (Alemann & Tönnemann 1995, 122) Kategorien können sich wie oben beschrieben aus dem theoretischen Hintergrund der Arbeit ergeben oder aus dem Sachverhalt selbst entstehen.

Im Rahmen dieser Arbeit fanden folgende Dokumente Eingang in die Untersuchung: EU-Gesetzestexte, Dokumente des Europäischen Rats, Kommissionsdokumente, Dokumente des Rats der EU, Dokumente des Europäischen Parlaments. Bei den Gesetzestexten handelt es sich vorwiegend um Richtlinien und Verordnungen, idealerweise wurde hier auf die im Amtsblatt der EU veröffentlichte Version zurückgegriffen. Bei den Dokumenten der EU-Kommission wurden die Protokolle und Abschlussberichte zu öffentlichen Konsultationen von im Zusammenhang mit EEPR Projekten stehenden energiepolitischen Bereichen verwendet. Mitteilungen der Kommission darunter Vorschläge, Änderungsvorschläge und öffentliche Protokolle von, im Vorfeld des EEPR stattgefundenen Kommissionssitzungen, zum Teil auch kommissionsinterne Mitteilungen. Bei den Rats- und Ministerratsprotokollen wurden öffentliche Protokolle, der im Vorfeld des EEPR stattgefunden Sitzungen und deren Anhänge analysiert. Bei den Dokumenten des Europäischen Parlaments wurden Sitzungsprotokolle, Abstimmungslisten; Änderungsvorschläge und Mitteilungen des Europäischen Parlaments analysiert.

Die Dokumente, die die Europäische Union öffentlich zugänglich macht, sind insgesamt sehr umfangreich und detailliert sowie für diese Untersuchung relevant, weshalb diese herangezogen werden können und auf, für den Forschungsverlauf, verwertbare Ergebnisse hoffen lassen. Schwierigkeiten ergeben sich bei der Suche nach den Dokumenten. So sind manche Dokumente so versteckt, dass man erst gezielt nach diesen suchen muss, um sie zu finden. Gerade was die Analyse der öffentlichen Konsultationen betraf, waren manche Dokumente erst auffindbar nachdem ein Bündel an komprimierten Dateien im .zip Format heruntergeladen wurde und die Dateien einzeln durchsucht wurden. Für einige Ratsdokumente mussten zuständige Stellen kontaktiert werden, um an diese Dokumente zu gelangen. Am umfangreichsten zugänglich waren die Dokumente des Europäischen Parlaments, hierbei ist bis zu den einzelnen Wortbeiträgen der Debattenverlauf um das EEPR nachvollziehbar. Was die Kommissionsdokumente betraf, sind diese ebenfalls in einer Vielfalt zugänglich, die erst im Forschungsverlauf sichtbar wurde. Allerdings sind, was die Sitzungsprotokolle der Kommissionssitzungen betrifft, diese zum Teil zusammengefasst, dass hier sicherlich im Forschungsprozess Einschränkungen auftreten. Dennoch sind sie

ausführlich genug, um sie für die Analyse heranzuziehen. Die verwendeten Rats-und Ministerratsdokumente hatten den Nachteil, dass nicht alle Verhandlungen dieser Gremien in den Dokumenten aufgeführt sind, da sie zum Teil unter Ausschluss der Öffentlichkeit stattfanden. Allerdings war es zum Forschungszeitpunkt möglich, die Prozesse zum Teil nachzuverfolgen, weshalb hier nicht auf Experteninterviews zurückgegriffen werden musste. Bei den verwendeten Dokumenten muss man sich im Klaren darüber sein, dass diese von den Institutionen der Europäischen Union zur Verfügung gestellt wurden. Der Wissensstand, der hierdurch generiert wird, wird dadurch natürlich beeinflusst.

3. Krise

3.2 Von der Finanz- zur Staatsschuldenkrise

„Zuerst brechen 2007 kleine US-amerikanische ‚Häuslebauer‘ unter der Last eines nicht mehr tragbaren Schuldendienstes zusammen, dann folgen einige große Finanzinstitute an den wichtigsten Finanzplätzen der Welt; besonders spektakulär ist der Kollaps von Lehman Brothers im September 2008.“ (Altwater 2010, 10)

Die unmittelbaren Ursprünge der Finanzkrise 2008 finden sich schon in der vorhergehenden Krise des Jahres 2000, als die „New Economy“-Blase platzte. Angefeuert durch eine massive Überkapitalisierung des IT-Sektors, die durch die massentaugliche Entwicklung des Internets entstand. Eine immer größer werdende Anzahl an Start-up Unternehmen, die sich mit den Potentialen des Internets auseinandersetzten, entstand in dieser Zeit. Es entstand dadurch aber auch eine Spekulationsblase, die längst nicht mehr auf den tatsächlichen Wert der Anlageobjekte basierte, sondern fast nur noch auf dem Vertrauen der AnlegerInnen, dass weitere AnlegerInnen ihnen Beteiligungen an den neuen Märkten zu höheren Preisen abnehmen würden. Als um das Jahr 2000 die Einsicht kam, dass Beteiligungen doch nicht mehr ihren tatsächlichen Werten entsprechen würden und damit die Blase platzte und das überschüssige Kapital vernichtet wurde, entstand unter den Akteuren des globalen Finanzkapitals die Erkenntnis, dass die neuen Märkte sowie auch andere Aktienmärkte im Allgemeinen nicht mehr die sichersten Anlagemärkte seien. „Das Kapital, das im Aktienmarkt abgezogen wurde unter anderem in Hedgefonds, Private Equity-Fonds und den Immobilienmarkt verschoben. Dadurch verstärkte sich der Preisanstieg von Immobilien, der schon seit den späten 1990er Jahren Im Gange war.“ (Sablowski 2009, 125) Damit war der Grundstein für eine neue Krise gelegt.

Die globale Finanzindustrie erreichte in den so genannten nuller Jahren des neuen Jahrtausends mit neuartigen Produkten einen enormen Wachstumsschub, Finanzanlagen wurden zu neuen Produkten zusammengeschnürt, die einerseits von hoher Komplexität waren und andererseits durch massive Streuung für AnlegerInnen und Finanzindustrie einen enormen Umsatz versprachen. Im selben Moment wurden als Versuch die Rezession einzudämmen, senkte die US-Notenbank Federal Reserve die Zinsen erheblich. Die niedrigen Zinsen sorgten für ein starkes Wachstum des Hypothekenmarktes, indem es die Kreditvergabe begünstigte. Viele US-BürgerInnen nutzten die Situation um Hypotheken aufzunehmen oder Eigenheime zu erwerben. Auch die Möglichkeiten der Umschuldung wurden kräftig genutzt,

sodass Kredite mehrmals auf andere Kreditgeber verteilt wurden. Durch die günstigen Zinsen und Bedingungen begünstigt, kam es dazu, dass Teile der Kredite allein für den Privatkonsum genutzt wurden. Die Blase entstand also auch durch den kreditfinanzierten Konsum von Privathaushalten. (vgl. Sablowski 2009, 125) Auf die Spitze getrieben wurde die Kreditvergabe, indem in der Zeit vor der Krise immer weniger auf Sicherheiten geachtet wurde. „Kreditnehmer gaben ein falsches Einkommen an und legten nie einen schriftlichen Nachweis vor. Die berüchtigtsten Formen davon waren die sogenannten Ninja-Kredite: no income, no job, no asset (kein Einkommen keine Arbeit, kein Vermögen).“ (Roubini & Mihm 2010, 35) Ninja-Kredite wurden meist mit anderen Finanzprodukten zusammengeschnürt so dass es teils schwierig war nachzuprüfen, wie „toxisch“ einzelne Wertpapieren in den Portfolios der Banken überhaupt waren. Wie umfangreich die Beteiligungen im Hypothekengeschäft für die einzelnen Finanzakteure im Einzelnen ausfiel, wurde im Grunde genommen erst im Krisenverlauf ersichtlich, vor allem als man begann die gebündelten Investitionspaket auseinander zu dröseln und so der Umfang der Beteiligungen ersichtlich wurde. In den USA „two thirds to three quarters of the economy (of GDP) was housing related: constructing new houses or buying contents to fill them, or borrowing against old houses to finance consumption“ (Stieglitz 2010, 2). In dieser Zeit wurden immer neue Beteiligungen entdeckt, die im Krisenverlauf einige vorerst renommierte Finanzinstitute in größere Schwierigkeiten brachte oder gar in die Pleite trieb.

Im Zuge der Chronologie wird im Jahr 2007 das Ende des Booms erreicht, die Krise beginnt sich langsam abzuzeichnen. Ein erster Vorbote ist im Januar die US-amerikanische Bank HSBC, die an ihren hypothekenbesicherten Wertpapieren Abschreibungen in der Höhe von 10 Mrd. Dollar ankündigt. In dieser Konstellation beginnt das Vertrauen in den US-Immobilienmarkt zu sinken, Finanzinstitute, die in Immobilien-Geschäfte verwickelt waren sind gezwungen ihre Portfolios neu zu bewerten oder einer kritischen Prüfung zu unterziehen, da das gegenseitige Vertrauen sinkt. Dass es sich bei der Hausse des US-Immobilienmarktes tatsächlich um eine Blase handelte, wurde ersichtlich, als im Juli 2007 die Solvenz der größten Immobilienfinanciers der Welt, Fannie Mae und Freddie Mac, akut bedroht war. (vgl. Illing 2013, 24) Zu diesem Zeitpunkt war die Krise mehr oder weniger noch auf den Hypothekenmarkt beschränkt, dies änderte sich jedoch rapide. Im August griff sie dann endgültig auf den Finanzmarkt über. „Am 9. August 2007 hatten die Effekte den Finanzmarkt erreicht, denn zu diesem Zeitpunkt stieg der Zins für Kredite im Interbankenmarkt stark an.“ (Illing 2013, 25) Bedeutend war das vor allem, da Geld für die Banken schwerer verfügbar war und so die Liquidität in manchen Fällen schwieriger gewährleistet werden konnte. „Was

im Jahr 2007 als Immobilien- und Subprime - Krise in den USA begann, entfaltete sich schon bald zu einer globalen Wirtschafts- und Finanzkrise.“ (Bieling 2011, 173) Besonders betroffen davon, zeigte sich die Bank Northern Rock, die von einem gewaltigen Bank-Run betroffen war, der die Bank nahe an die Pleite brachte. Diese Bank wurde im Februar 2008 von der englischen Regierung verstaatlicht. Auch zeigte sich, dass Banken ihre Wertpapiere und Kredite zu so genannten CDOs (Collateral Debt Obligation)⁴ gebündelt hatten, welche sich zum Teil als ‚toxische‘ Papiere im Bestand darstellten. Im März 2008 wurde die amerikanische Investmentbank Bear Stearns aufgrund von Liquiditätsschwierigkeiten, die vor allem auch mit der hohen Anzahl von CDOs im Bestand zusammenhingen, an J.P Morgan Chase verkauft.

Deutlich ist bis zu diesem Zeitpunkt, strauchelnde Banken können noch irgendwie weiterbestehen - bis zum 15. September 2008. An diesem Zeitpunkt kommt es zur spektakulären Pleite der Bank Lehman Brothers. (vgl. Illing 2013, 29) Die Pleite von Lehman Brothers ist vor allem deswegen ein relevanter Zeitpunkt der Krise, da hier trotz intensiver Bemühungen im Vorfeld die Bank noch zu retten, erstmals ein großer Akteur der Finanzwelt Pleite ging. Bis dahin galt das Motto „too big to fail“, was bedeutet, dass manche Kreditinstitute einfach zu systemrelevant sind als dass man sie pleite gehen lassen könnte. Eine solche Haltung wurde mit diesem Ereignis ernsthaft in Frage gestellt. Diese Pleite hatte wiederum den Versicherungsriesen AIG in erhebliche Schwierigkeiten gestürzt, weshalb dieser mit einer Finanzspritze von 85 Mrd. durch die US-Notenbank gestützt werden musste. (vgl. Illing 2013, 30) Kurz danach wurde von der US-Regierung angekündigt die Finanzbranche mit 700 Mrd. Euro zu stützen, trotzdem brach kurze Zeit später die US-Sparkasse Washington Mutual zusammen.

Auch in Europa machte sich die Krise langsam bemerkbar, so mussten die Benelux-Staaten die Bank Fortis mit 11,2 Mrd. Euro retten. Danach am 7. Oktober schlitterte Island, das über einen großen Bankensektor verfügte, in den Staatsbankrott. Auch Deutschland brachte mit einem Bankenrettungspaket in Höhe von 500 Mrd. Euro eines der teuersten Gesetze in ihrer Geschichte auf den Weg. Einer der größten Posten davon, war die Rettung der Hypo Real Estate mit 102 Mrd. Euro, sie wurde später verstaatlicht. Was als Hypothekenkrise begonnen hatte und zu einer Finanzkrise wurde, führte Ende 2008 die Staaten Europas, die USA und

⁴ Definition CDO's:

„[D]ie Finanzinstitute lagerten die MBS ihrerseits wieder in Investmentvehikel – sog. Collateral Debt Obligation (CDO) – aus, die sich per „besicherten Schuldverschreibung“ finanzierten. Damit ging die Verbriefung einen Schritt weiter. Die Banken hatten – wie oben beschrieben – ihre Kreditforderungen an die Zweckgesellschaften verkauft. Die Zweckgesellschaften (SPV) hatten diese Forderungen gebündelt und in Wertpapieren (MBS) verbrieft. Anschließend wurden diese am Markt weiterverkauft. Andere Banken haben diese Wertpapiere dann wiederum gebündelt und ebenfalls weiterverkauft. In dieser Stufe wurden aus den MBS-Wertpapieren CDOs“ (Illing, 2013, 18).

andere Industrieländer in eine Rezession. Der Konsum ging zurück und Industrieprodukte wurden nicht mehr gekauft. Manche Sparten wie die Autoindustrie brachen wirtschaftlich gesehen massiv ein. Der Absatz an Konsumgütern ging merklich zurück. Im Zuge dessen wurden teils massive Konjunkturpakete verabschiedet.

Am meisten betroffen von den unmittelbaren ökonomischen Auswirkungen, zeigten sich die Ökonomien der USA und Großbritannien. In besonderen Maße von der Finanzindustrie abhängige, kam es in den beiden Ökonomien frühzeitig zu umfangreichen Stützmaßnahmen des Finanzsektors durch die jeweiligen Regierungen. In den USA kommt es zu einer erheblichen Konzentration des Finanzsektors. Des Weiteren, zeigen sich die großen Ökonomien der so genannten Industriestaaten betroffen beispielsweise wie Frankreich, Deutschland oder Japan. Es kam zu einer Reihe von Fast-Zusammenbrüchen und Zusammenbrüchen von Banken, die durchaus nicht unspektakulär waren (Sachsen LB, IKB, Hypo Real, Dexia, Fortis) oder Wertberichtigungen (Bayern LB, Deutsche Bank). (vgl. Nölke 2009, 132) Das Ausmaß der Finanzkrise im Detail zu beschreiben würde vermutlich den Umfang dieser Arbeit sprengen, wichtiger hingegen ist für diese Arbeit, das Verständnis über das Ausmaß dieser Krise. So handelt es sich auch Anfangs erst um eine Krise der großen Industriestaaten. „Zunächst relativ wenig betroffen von den unmittelbaren Auswirkungen der Finanzkrise blieben die meisten Schwellenländer (zum Beispiel Indien, Südafrika, verschiedene lateinamerikanische Staaten.“ (Nölke 2009, 134)

Die Bankenrettung und die anschließende Rezession hatten ihren Preis. Die niedrigen Zinsen vor der Krise erlaubten es auch Ländern, deren Wirtschaftskraft nicht so hoch war, zu günstigen Konditionen Geld am Anleihenmarkt zu leihen. Was dazu führte, dass die Verschuldung bestimmter europäischer Staaten höher war, als es ihre Wirtschaftsleistung hergegeben hätte. Bedingt durch die Krise änderten die Ratingagenturen ihre Ratingkriterien und bewerteten die Finanzkraft von Staaten neu. Dadurch wurden einzelne Staaten schlechter bewertet als vorher. Was dazu führen sollte, dass die Kreditwürdigkeit einiger Staaten heruntergestuft werden sollte. Bald wurde deutlich: „Aus der Bankenkrise und der Wirtschaftskrise wurde eine Staats- und Schuldenkrise.“ (Machnig 2011, 76) Den Anfang machte Griechenland im Jahr 2009, als die Zinsen für griechische Staatsanleihen enorm anstiegen. 2010 wurde die Europäische Zentralbank (EZB) zum Gläubiger Griechenlands. Weitere europäische Staaten folgten. Um Kredite zu beantragen, müssen die in Zahlungsschwierigkeiten geratenen Staaten hohe Sparauflagen der so genannten Troika, bestehend aus IWF, Europäischer Zentralbank und Europäischer Kommission erfüllen. Ob diese den gewünschten Effekt

erfüllen ist bis heute unklar, da noch kein in die Krise geratenes, europäisches Land komplett saniert ist bzw. an seine Wirtschaftsleistung vor der Finanzkrise anknüpfen konnte. Deutlich ist jedoch, der klare Übergang von einer Finanzkrise der Jahre 2007 bis 2009 hin zu einer Staatsschuldenkrise die vom Jahr 2009 bis heute anhält. Damit ist auch der Zeitraum dieser Untersuchung klar definiert.

3.3 Polit-ökonomische Bedeutung von Krise

Die aktuellen Krisentendenzen müssen insgesamt in einem polit-ökonomischen Zusammenhang betrachtet werden. Dabei geht es unweigerlich um die Frage, was Krise in diesem Zusammenhang bedeutet.

Zur Zeit seiner Entstehung wirkte der Kapitalismus als ein in sich stabiles System. Krisen scheinen in der ursprünglichen Konzeption des Systems der Marktwirtschaft auch noch nicht vorgesehen. Diese wurden erst nach und nach sichtbar und nahmen in ihrer Bedeutung immer mehr zu. Als erste große wirtschaftliche Krise gilt in der Regel erst die Weltwirtschaftskrise der 1930er Jahre, dabei scheint oft übersehen zu werden, dass es davor auch schon größere und kleinere Wirtschaftskrisen gegeben hat. Die bekannteste davon ist vielleicht die Tulpenkrise⁵, Was allerdings durch diese große Krise noch einmal stärker befördert wurde, sind die wissenschaftlichen Bestrebungen, Zusammenhänge zwischen den Krisen zu suchen. Charles P. Kindleberger, der die Wirtschaftskrise der 1930er Jahre mit vorhergehenden Krisen verglichen hatte, stellte im Zuge dieser Untersuchung die These auf: „Große Krisen wiederholen sich“ (Kindleberger 1973, 18). Diese Erkenntnis erscheint immer, wenn es danach zu Krisenereignissen wie der Krise der Ölkrise in den 1970er Jahren und der Finanz- und Wirtschaftskrise 2008 kommt, wichtig zu werden. Doch wie wird in den unterschiedlichen polit-ökonomischen Überlegungen überhaupt mit dem Phänomen Krise umgegangen? Im Rahmen dieses Kapitel soll dieser Frage nachgegangen werden.

Eine der ersten großen theoretischen Grundlagen über den Kapitalismus lieferte Adam Smith in seinem wegweisenden Werk *Wealth of Nations*. Darin beschreibt er schon im Jahr 1776 die Bedeutung des freien Marktes für den Wohlstand der Nationen. Smith gilt als einer der Begründer der Theorie des freien Marktes, in dem Angebot und Nachfrage das Wirtschaftsleben bestimmen. Adam Smith sieht die Wirtschaft durch eine Art „unsichtbare

⁵ Die Tulpenkrise gilt als eine der ersten bekannten Spekulationsblasen. In den 30er Jahren des 17. Jhd. wurden niederländische Tulpenzwiebeln zum begehrten Spekulationsobjekt in Europa, dies führte zu einer gewaltigen Spekulationsblase, die als es zu einem Wertverfall der Tulpenzwiebeln kam, platzte. (vgl. Roubini & Mihm 2010, 35, 36)

Hand“ gelenkt, die das Gleichgewicht zwischen Angebot und Nachfrage festlegt. Ferner sieht Smith in seiner Theorie das individuelle Streben nach Erwerb und Anerkennung als nützlich für die Allgemeinheit an. (vgl. Kolb 1997, 55) Smith ist insofern bedeutend zu erwähnen, da er in seinen Theorien, die Wettbewerbsökonomie vom dem bis zu dieser Zeit vorherrschenden, Merkantilismus abgrenzt. Warum der Kapitalismus sich gerade in dieser Zeit ausbreiten konnte, beschreibt der Soziologe Max Weber auf der strukturellen Ebene. Grundlage des Kapitalismus war die so genannte „protestantische Werkethik“, die erst das Herausbilden des Kapitalismus aus den in Europa vorherrschenden, merkantilistischen Wirtschaftssystemen ermöglichte. „Ein konstitutiver Bestandteil des [...] kapitalistischen Geistes, und nicht nur dieses, sondern der modernen Kultur: die rationale Lebensführung auf Grundlage der *Berufsidee*, ist [...] geboren aus dem Geist der *christlichen Askese*.“ (Weber 1904/5/2006, 175) Kernpunkt der Überlegungen Webers war, dass der Kapitalismus ohne diese Strukturen sich nicht hätte herausbilden können. Soweit die Grundlagen der Entstehung des Konzepts des Kapitalismus bzw. der Marktwirtschaft. Doch warum kommt es zu Krisen? Und welcher Art der Krisenbearbeitung kann den unterschiedlichen Denkschulen zugesprochen werden? Die folgenden Abschnitte widmen sich dieser Frage und sollen das polit-ökonomische Krisenverständnis im Groben aufzeigen. Zunächst werden dabei die Thesen von Karl Marx dargestellt, der den Kapitalismus grundsätzlich als krisenanfällig betrachtet. Dann folgt die Darstellung liberaler und neoliberaler Sichtweise auf die Politische Ökonomie, die Krisen nicht als systemimmanent betrachten. Ergänzt wird diese von Schumpeter, der in Krisen ein kreatives Potential für den Kapitalismus sieht, die keynesianischen Sichtweise, das Krisen mit antizyklischen Verhalten entgegengesteuert werden kann, soll darauf folgen. Zu guter Letzt wird die Sichtweise der Regulationstheorie beschrieben werden, die Krisen im Zusammenhang mit krisenhaften Akkumulationsregimen verorten.

3.3.1 Der Marxsche Krisenbegriff

Ein Denker, mit dem man sich bei der Beschäftigung mit Krisen auseinandersetzen sollte, ist definitiv Karl Marx. Im ökonomischen Sinn ist er einer der ersten, der die Krisenanfälligkeit des kapitalistischen Systems analysiert hat. Allerdings sind die krisentheoretischen Überlegungen von Karl Marx unvollendet geblieben, weswegen es unterschiedliche Ansichten gibt, wie Krisen im marxistischen Sinne interpretiert werden können. Marx hatte in der Kritik der politischen Ökonomie eine Theorie der kapitalistischen Produktionsweise entwickelt, aber diese nicht fertigstellen können. So finden sich im ersten Band von *Das*

Kapital eher krisentheoretische Ansätze als eine ganzheitliche Krisentheorie. Daher haben sich die marxistischen Erklärungsversuche im Laufe der Zeit in unterschiedliche Richtungen entwickelt. (vgl. Sablowski 2011, 29, 30)

Grundlage der krisentheoretischen Ansätze von Marx ist die Beschäftigung mit der Werttheorie. Krisen werden im marxistischen Sinn erst durch Widersprüche im Verhältnis zwischen Kapital und Arbeit ermöglicht. „Marx sieht in den bestehenden Produktionsverhältnissen eine strukturelle soziale Differenzierung, bei welcher der Klassengegensatz von Kapital und Arbeit im Zentrum der Argumentation steht.“ (Ludwig 2012, 110) In Tauschökonomien hingegen wird Ware gegen Ware getauscht und dadurch wird es schwierig, sich diesen Mehrwert anzueignen. In den kapitalistischen Ökonomien wird Ware gegen Geld und Geld wieder zu Ware getauscht, was die Aneignung ermöglicht. „Die Zirkulation des Geldes als Kapital ist dagegen Selbstzweck, denn die Verwertung des Werts existiert nur innerhalb dieser stets erneuerten Bewegung.“ (Marx 1890/1998, 169) Dabei setzt sich nach Marx der Wert eines Produktes aus dem konstativen Kapital (also dem Kapital, das für Maschinen, Rohstoffe und Vorprodukte aufgewendet werden muss) und dem variablen Kapital (dem Kapital das für die Arbeitskräfte aufgewendet werden muss) zusammen; der Mehrwert ist jener Wert, der nach Abzug dieser beiden Werte übrig bleibt. Der Mehrwert ist im Marx'schen Sinne ein Wert, den sich der Kapitalist aneignet und den er wieder investieren kann. Dies birgt die Gefahr einer Überakkumulation des Kapitals, die bei zu starker Ausprägung zu Krisen führen kann. „Während Krisen vor der kapitalistischen Ära in der Regel durch eine Knappheit der Ressourcen, etwa durch schlechte Ernten bedingt waren, erscheinen die für den Kapitalismus charakteristischen Krisen als gleichzeitiger Überschuss von Arbeitskraft Waren und Kapital.“ (Sablowski 2012, 2) Krisen erscheinen also im Marx'schen Sinn als Ausdruck immanenter Widersprüche in der kapitalistischen Produktionsweise. Herunter gebrochen auf die ökonomischen Krisen ergeben sie sich aus diesen Widersprüchen „Die ökonomischen Krisen haben ihre Grundlage darin, dass das Wesen der kapitalistischen Produktion ohne Rücksicht auf die Grenzen des Marktes vollzogen wird.“ (Ludwig 2012, 110) Den Kapitalismus sieht Marx als krisenanfällig an sich.

3.3.2 Neoliberale Theorien

In diesem Kapitel sollen kurz die Denkweisen der klassischen und neoklassischen Politischen Ökonomie vorgestellt werden, beginnend von Friedrich August Hayek hin zu Milton Friedman. Klassische und neoklassische Wirtschaftstheorien haben eins gemeinsam: den Punkt, dass sie die These der Kapitalismus sei von Grund auf krisenanfällig nicht teilen.

Dennoch ist die Beschäftigung mit diesen Theorien spannend, gerade weil es ja die Grundlagen der derzeitigen polit-ökonomischen Denkweisen darstellt.

Bedeutend für das liberale Theoriegebäude ist vor allem die so genannte österreichische Schule der Nationalökonomie. Hier gilt es vor allem die Ökonomen Ludwig von Mises und Friedrich August Hayek zu erwähnen. Mises ist auch als Wegbereiter und Lehrer Hayeks, der unter ihm studierte bekannt. In seinem Werk wird das Ziel verfolgt, das kapitalistische Wirtschaftsmodell streng vom sozialistischen Modell durch die Analyse der ökonomischen Institutionen abzugrenzen. Kritikpunkt am Sozialismus - die Mises nicht selten polemisch ausformulierte - war vor allem seine Wirtschaftsform. „Der Sozialismus verfüge über keinen Markt, damit könnten sich auch keine Tauschverhältnisse und auf Präferenzen der Menschen beruhende Preise bilden.“ (Holub 2005 30) In seiner Krisenbearbeitung sieht er den Markt durch staatliche Eingriffe in die Geldpolitik bedroht. „Von Mises lehnte, konsequent in seiner anti-interventionistischen Haltung, staatliche Eingriffe in das Geldwesen ab.“ (Holub 2005, 32)

Friedrich August Hayek bildet inhaltlich den Gegenpol zu Keynes. Das Wirken dieser beiden Ökonomen ist durch die Wirtschaftskrise der 30er Jahre beeinflusst. Unterscheiden tun sich beide Denker vor allem in der Strategie gegen die Finanzkrise: „Keynes setzt auf Staat, Hayek auf den Markt.“ (Willke 2002, 110). Als Krisenursache sieht Hayek die Theorie von Überinvestition und Überkonsumtion. Grundlage des hayekschen Denkens ist vor allem auch die Betonung der Bedeutung des Wettbewerbs für das Wirtschaftsleben, der in vielen Bereichen für allgemeinen Wohlstand sorgen soll. So betont er auch, dass Güter nicht von Natur aus knapp sind. „Aber welche Güter knapp oder welche Dinge Güter sind, oder wie knapp oder wie wertvoll sie sind ist gerade einer dieser Umstände die der Wettbewerb entdecken soll“ (Hayek 1968, 123) Hayek sieht das Wirtschaftsleben auch von Konjunktur beeinflusst, Schwankungen in der Konjunktur begreift Hayek als Störungen. Dabei gibt es natürliche Störungen, die durch Änderungen der Präferenzen, von Technik und der Verteilung von Anfangsausstattung entstehen und es gibt, künstliche Störungen, die durch Eingriffe in den Wettbewerb geschehen - für Hayek war dies vor allem auch der Einfluss des Bankensystems auf die freie Wirtschaft. Krisensteuerung kann für Hayek am ehesten über die Zinspolitik geschehen, da der künstlich gesenkte Zins zum Glauben verleite, dass mehr Kapital zu Verfügung stehe als dies tatsächlich der Fall ist. (vgl. Holub 2005, 147, 148)

Friedman tritt zwar nicht für die komplette Trennung von Staat und Wirtschaft ein, hält allerdings die Möglichkeiten der staatlichen Einflussnahme auf das Wirtschaftsgeschehen für

sehr gering. Friedman, der als Schüler des zu diesen Zeitpunkt in die USA migrierten Hayek, für den Aufbau der Theorieschule der Chicago School bekannt ist, vertritt die Ansicht, „daß zwischen Wirtschaft und Politik engste Beziehungen bestehen, daß nur bestimmte Kombinationen wirtschaftlicher und politischer Formen möglich sind“ (Friedman 1962/1976, 27). Bekannt ist Friedmann zudem für die Entwicklung des Monetarismus. Um die Effizienz der Märkte aufrecht zu erhalten „behauptete Friedman gestützt auf geldhistorische Studien, dass allein die Geldpolitik wirksam sei, während man die Fiskalpolitik vernachlässigen könne.“ (Willke 2003, 129) Zuviel Geld führt zur Inflation und zu wenig Geld zur Deflation; nach der Logik des Monetarismus kann Abweichungen im Konjunkturzyklus durch die Kontrolle der Geldmenge begegnet werden.

3.3.3 Keynesianische Krisensteuerung

Der krisenökonomische Beitrag von John Maynard Keynes zur politischen Ökonomie besteht darin, dass er eine ökonomische Denkweise vertritt, die sich der Krisenanfälligkeit des kapitalistischen Wirtschaftssystems bewusst ist und die Handlungsanweisung enthält, wie durch staatliche, die Wirtschaft stimulierende Maßnahmen Krisen begegnet werden kann.

Keynes' Beitrag zur Debatte ist vor allem seine Kritik an der Denkweise der wirtschaftlichen Klassik - insbesondere am Prinzip des Laissez-faire, also der Denkweise, dass der Staat nicht in das Wirtschaftsgeschehen eingreifen soll. In seiner Kritik stößt er sich vor allem daran, dass dieses auf einer falschen Hypothese beruhe, die besagt, dass größtmöglicher Reichtum einer Volkswirtschaft nur durch uneingeschränktes, egoistisches Handeln der Individuen erreichbar sei. Keynes sieht diese Fehler in der Annahme, dass „die Vorgänge von Produktion und Konsumtion nichts Organisches seien, daß eine genügende Voraussicht der Verhältnisse und Bedürfnisse vorhanden sei, sowie der Möglichkeit, sich die Voraussicht zu erwerben.“ (Keynes 1926/1985, 107) Des Weiteren kritisiert er, dass Probleme und Komplikationen wie Krisen im reinen Laissez-faire anstatt systemimmanenter Bestandteil der liberalen kapitalistischen Wirtschaftsdiktion als Fehler im System betrachtet werden. „Sie [dieser Zeit einflussreichen Nationalökonom, Anm.] betrachten die vereinfachten Hypothesen als das Gesunde und die weiteren Komplikationen als Krankheitserscheinungen.“ (Keynes 1926/1985, 107) Keynes geht davon aus, dass das Gleichgewicht von Angebot und Nachfrage, welches durch die von der unsichtbaren Hand gesteuerten Märkten entsteht, höchsten in Situationen auftreten könne, in denen Vollbeschäftigung herrscht. In seinem Hauptwerk *The General Theory of Employment Interest And Money* weist Keynes der effektiven Nachfragen von Dienstleistungen und Gütern eine zentrale Rolle für die Produktion

und Beschäftigung zu. Konjunktur wird darin vor allem durch die Höhe der Konsumationsquote vor allem von Unternehmern und Kapitalanlegern bestimmt - ist diese hoch, dann herrscht eine gute Konjunktur. „On the contrary every weakening in the propensity to consume regarded as a permanent habit must weakened the demand for capital as well as the demand for consumption.“ (Keynes 1936/1997, 106) In diesem Fall muss der Staat eingreifen und durch gezielte Maßnahmen die Wirtschaft beleben. Keynes spricht dabei von einer „necessity of central controls to bring about an adjustment between the propensity to consume and the inducement to invest“ (Keynes 1936/1997, 379). Diese kann unter anderem mit der Senkung der Zinsrate durchgeführt werden. „Thus it is to our best advantage to reduce the rate of interest to that point relatively to the schedule of the marginal efficiency of capital at which there is full employment.“ (Keynes 1936/1997, 375) Wichtig dabei ist die staatliche Einflussnahme auf das Wirtschaftsgeschehen; sie sollte dabei einen wirtschaftlichen Stimulus darstellen. Solche Stimuli können allerdings vielfältig sein. „The State will have to guiding influence on the propensity to consume partly through its scheme of taxation, partly by fixing the rate of interest, and partly perhaps, in other ways.“ (Keynes 1936/1997, 378) Ein Ziel dabei ist unter anderem Vollbeschäftigung zu erreichen - herrscht wieder Vollbeschäftigung ist die Konjunktur wieder belebt.

Krisensteuerung im keynesianischen Sinne wird auch verbunden mit den Begriffen Deficit Spending - durch Kredite finanzierte zusätzliche Staatsausgaben zuzulassen und wieder investieren - und antizyklisches Verhalten - das Ausgeben von Geldern in wirtschaftlich schwierigen Zeiten und dem Zurückzahlen und Sparen in wirtschaftliche guten Zeiten. Vereinfacht zusammengefasst wären keynesianischen Steuerungsmittel zur Krisenbehebung bei Rezession und Arbeitslosigkeit, das Stärken von staatlicher Nachfragepolitik, antizyklische Steuerung gegen Konjunkturschwankungen und wenn eine Politik des billigen Geldes nicht wirkt, dann kann der Staat mit gezielter Nachfragesteuerung der Fiskalpolitik reagieren. (vgl. Willke 2012, 124, 125) Der keynesianischen Ansatz war bis in die 70er Jahre prägend für die Wirtschaftspolitik der westlichen Staaten.

3.3.4 Schumpeter

Schumpeter lässt sich nicht ohne weiteres in gängige liberale und neoliberale Theorien zwängen, da er ein ganz eigenes Verständnis von Konjunktur besitzt. „Mit seiner Konjunkturerklärung wollte sich Schumpeter bewusst gegen die zu dieser Zeit gängigen konjunkturtheoretischen Auffassungen stellen.“ (Siemon 2008, XII) Schumpeter geht in seinen wirtschaftstheoretischen Überlegungen davon aus, dass Konjunktur ein zyklischer

Prozess ist, geprägt von Innovation. Diese sorgt allerdings langfristig wieder für wirtschaftlichen Aufschwung. Da es im Zuge des Aufschwungs zur Monopolbildung kommt und diese langfristig das Funktionieren des Marktes behindert. Schumpeter sieht also so schon im wirtschaftlichen Aufschwung die Ursachen für den späteren Abschwung: „Im Boom beginnt die (innovative) Unternehmertätigkeit nachzulassen und der Kreditdeflationsprozess setzt ein, weil der Unternehmer die Kredite zurückzahlen und somit den Kreislauf die geschaffene Kaufkraft dann entziehen wenn das Güterangebot vorhanden ist.“ (Siemon 2008, xxii) Schumpeter sieht es als Natur des Kapitalismus an, dass dieser zu Extremen neigt. „There is inherent in the capitalist system a tendency toward self-destruction which, in its earlier stages, may well assert itself in the form of a tendency toward retardation of progress.“ (Schumpeter 1950/2008, 162) Im Zerstörungsprozess des Kapitalismus sieht Schumpeter gleichzeitig den Punkt seines Funktionierens. “The capitalist process not only destroys its own institutional framework but it creates the conditions for another. (Schumpeter 1950/2008, 162) Allgemein kommt es zu einem Phänomen, das Schumpeter als Moment der „kreativen Zerstörung“ beschreibt. “This process of ‘Creative Destruction’ is the essential fact about capitalism.” (Schumpeter 1950/2008, 83) Dieser sorgt dafür, dass Neues entstehen kann, da er die natürliche Grenzen der Produktion zerstört und wieder Bedingungen schafft in der neue Produktionen entstehen können. Schumpeter begreift also Kapitalismus als evolutionären Prozess (vgl. Schumpeter 1950/2008, 82). Dabei ist die Innovation jener Moment, der für das Wirken kreativer Zerstörung sorgt. „The Fundamental impulse that sets an keeps the capitalist engine in Motion comes from the new consumers‘ goods, the new methods of production or transportation, the new markets, the new forms of industrial organization that capitalist enterprise creates.” (Schumpeter 1950/2008, 83) In der Krisenbearbeitung sieht es Schumpeter als die Rolle des Staates sich dem Effekt der kreativen Zerstörung bewusst zu sein und dieser nach Möglichkeit nicht im Weg zu stehen. “Finally, there is certainly no point in trying to conserve obsolescent industries indefinitely; but there is point in trying to avoid their coming down with a crash and in attempting to turn out rout, which may become a center of cumulative depressive facts effects in order to retreat.” (Schumpeter 1950/2008, 90) Der Staat sollte allerdings dafür Sorge tragen, dass Krisen nicht zu einschneidenden Momenten werden.

3.3.5 Erweiterung des Marx'schen Krisenbegriff durch die Regulationstheorie

Der ökonomische Ansatz der Regulationstheorien entstand in den 70er Jahren, wo er zunächst in Frankreich durch die Werke von Alain Lipietz und Michel Aglietta⁶ vertreten wurde. Im weiteren Verlauf der Entwicklung dieser Theorie entwickelten sich auch andere Denkweisen heraus. Beispielweise jene Zweige der Theorie, die in England durch Bob Jessop verbreitet wurden und in Deutschland von Joachim Hirsch Verbreitung und Adaption fanden. Kernpunkt der Regulationstheorie ist der Denkansatz neogramscianische Überlegungen in eine polit-ökonomische Theorie einzubinden.

Die Überlegung des Regulationsansatzes ist es, dass der Kapitalismus - nach dem marxistischen Grundsatz von Natur aus krisenanfällig - durch einen so genannten Regulationsmodus zusammengehalten wird und es dadurch zu Phasen der Stabilität innerhalb des Kapitalistischen Systems kommen kann. Phasen des wirtschaftlichen Aufschwungs innerhalb des Kapitalismus werden im Sinne der Regulationstheorie als Akkumulationsregime verstanden. Innerhalb einer solchen Phase wird versucht möglichst viel Kapital zu akkumulieren. Die Fixierung auf das Kapitalakkumulation ist allerdings gleichzeitig wieder das Problem, da dies ein grenzenloser Prozess ist, welcher keine Rücksicht auf die Stabilität des Kapitalismus als System legt. „Der Kapitalismus enthält in sich selbst die Fähigkeit, die menschlichen Energien so in Bewegung zu setzen, dass sie in Wachstum verwandelt werden. Er ist jedoch nicht imstande, aus den aufeinanderprallenden Einzelinteressen einen Gesamtzusammenhalt herzustellen.“ (Aglietta 2000, 19) Das bedeutet, dass es übergeordnete Mechanismen geben muss, die im Kern zum Funktionieren des Kapitalismus beitragen. „Angestachelt durch den grenzenlosen Wunsch Geld zu akkumulieren, kann die kapitalistische Lenkung der Produktion zu einer Zerstörung der ihr unterworfenen Arbeitskräfte ausarten, wie es die tragische Geschichte der Proletarisierung zeigt.“ (Aglietta 2000, 20) Ein ungebremster Kapitalismus hätte demnach zur Folge nicht im Sinne eines Gemeinwohls zu agieren. Aus diesem Grund sind Vermittlungen zwischen ökonomischer und sozialer Sphäre entstanden. Begrifflich unterteilt Aglietta die Vermittlungen in „strukturelle Formen“ und „institutionelle Formen“. (vgl. Aglietta 2000, 21) Die Bedeutung der Vermittlungen in der Regulationstheorie ist zentral, da sie den Grundstein für einen Regulationsmodus legt. „Kurz die Gesamtheit der Vermittlungen trägt dazu bei,

⁶ Wichtig im Sinne von Michel Agliettas Verständnis der Regulationstheorie ist sein Buch *Régulation et crises du capitalisme* von 1976, die in diesem Buch angestellten Überlegungen werden von ihm 2000 noch einmal überprüft.

einen *Regulationsmodus* auszubilden. Ein Regulationsmodus besteht solange, wie die Vermittlungen, die seinen Zusammenhalt gewährleisten, miteinander vereinbar sind.“ (Aglietta 2000, 22) Den Regulationsmodus könnte man quasi auch als Kitt eines Akkumulationsregimes begreifen. In diesem verbinden sich die Werte und Spielregeln des jeweiligen Akkumulationsregimes. Damit dieses Bestand haben kann, müssen die Vermittlungen miteinander interagieren können. Man spricht in diesem Zusammenhang auch vom „Ineingreifen von Vermittlung zur Bildung der Schussfäden für ein Regulationsmodus“ (Aglietta 2000, 30).

Zum Entstehen der Regulationstheorie trug vor allem auch die Krise der 70er Jahre bei, in der keynesianische Ideen von neoliberalen Ideen in der Wirtschaftsausgestaltung verdrängt wurden. Bis zu diesem Zeitpunkt hatte der Fordismus Bestand hatte. „Der Regulationsmodus, der das fordistische Regime errichtet hat, indem er – in Wechselwirkung mit der Integration der Lohnabhängigen – dem Kapital Einschränkungen auferlegte, ist das Ergebnis der Institutionalisierung von Ökonomischen Beziehungen.“ (Aglietta 2000, 28) Der Fordismus bildete aus diesem Grund ein Regulationsmodus, indem er das Prinzip der Vollbeschäftigung mit gleichzeitiger sozialer Absicherung als Ausgleich für die Mühen der Lohnarbeit versprach. Zum Niedergang des Fordismus kam es in den 70er Jahren, ausgelöst durch die Krise der keynesianischen Steuerungsideen. Darauf breitete sich ein neues Akkumulationsregime aus: „Dieses übernimmt vom angelsächsischen Kapitalismus die Vorherrschaft der Konkurrenz, die Unternehmenskontrolle durch die institutionellen Anleger, das bestimmende Kriterium des Profits und die Kapitalisierung der Börse.“ (Aglietta 2000, 66) Mit den Folgen der Finanz- und Wirtschaftskrise ist dieses allerdings auch wieder in die Krise geraten.

Im Ansatz der Regulationstheorie wird Aglietta durch die Sichtweise von Alain Lipietz erweitert. Dieser spricht sich dafür aus, auch die Rolle des Staates stärker in die Überlegungen zur Regulationstheorie zu integrieren.

„Wie dem auch sei, da die Gesamtheit der Produktionsweisen ein soziales Ganzes bilden, müssen wir die konkrete Verknüpfung der Produktionsweise untersuchen, also die Beziehung zwischen den Systemen von Verhältnissen, die man ‚sozial-ökologische-Formation‘ nennt.“ (Lipietz 1985, 111)

In der Krisenbearbeitung durch die Regulationstheorie finden sich bei Lipietz Punkte zur Analyse von Krisenereignissen. Zusammengefasst unterscheidet Lipietz zwischen „kleinen Krisen“, also Krisen, die innerhalb der Regulation stattfinden, und „großen Krisen“, Krisen,

die gleichzeitig auch eine Krisen der Regulation bedeuten. Eine kleine Krise entsteht, wenn Antizipation und Verhaltensweise miteinander unvereinbar sind; wenn es den mit Zwangsgewalt ausgestatteten Kräften, allerdings wieder möglich ist, diese Unregelmäßigkeiten zu beseitigen und zur immanenten Logik gegenwärtiger Konfigurationen sozialer Verhältnisse zurückzukehren. Eine große Krise drückt demgegenüber ein Missverhältnis aus zwischen den Erfordernissen und Tendenzen der Reproduktion sozialer Verhältnisse und den Funktionen einer durch die Regulationsweise eingeführten Verhaltensweise. Zum Ausbruch kommen Krisen im Wesentlichen, wenn die Regulation einen gewissen, wie es Lipietz beschreibt, „katastrophischen“ Punkt erreicht. (vgl. Lipietz 1985, 113)

Die Regulationstheorie erscheint im Vergleich mit den anderen vorgestellten polit-ökonomischen Ansätzen als geeignete theoretische polit-ökonomische Grundlage dieser Arbeit da sie detailliert nach den Strukturen, die einem Krisengeschehen zugrunde liegen, fragt. Zwar hat sie wie alle ökonomischen Theorien auch je nach Sichtweise bestimmte Limitierungen „Dennoch: Die Regulationstheorie war eher als andere Ansätze in der Lage, die Umbrüche zu verstehen, und hat sich vor diesem historischen Hintergrund weiterentwickelt.“ (Brand 2003, 308)

3.4 Das Phänomen der Vielfachkrise

Das Besondere an der derzeit erlebten Krise ist ihre Vielschichtigkeit. Zu einer Finanz- und Wirtschaftskrise, die sich zu einer Staatsschuldenkrise entwickelte, kommen andere, parallel verlaufende Krisen, die in der Analyse gesammelt betrachtet werden können. Bezeichnet wird die Gesamtheit der Krisenereignisse als Vielfachkrise oder multiple Krise.

3.4.1 Die Bedeutung der Vielfachkrise

Was ist das Besondere an dieser Krise und warum lohnt es sich mit ihr zu beschäftigen? Diese Krise ist insofern einzigartig, als dass sie eigentlich als mehrdimensionale Krise verstanden werden kann. Einerseits haben wir mit Beginn der Krise 2007 erst eine Finanzkrise erlebt, die dann zur Staatsschuldenkrise wurde - eine Krise, die erst zu wirtschaftlicher Rezession und massiven Jobverlusten gerade in den südlichen Euroländern führte und weitere negative Auswirkungen hatte. Der Ausgang dieser Krise von umfangreichem Ausmaß ist bis heute ungewiss. Andererseits erleben wir im Moment noch weitere Krisen. An erster Stelle wäre dabei die ökologische Krise zu nennen, an ihr zeigt sich, dass es der Menschheit derzeit nicht möglich ist ihre selbst gesteckten Klimaziele zu erreichen und sie sich so einem selbst verursachten Klimawandel gegenüber sieht. Dazu kommen Krisen wie jene, der sozialen

Sicherungen aufgrund der Unvorhersehbarkeit des demographischen Wandels sowie eine Krise der sozialen Mobilität, in welcher Ungleichheiten in der Lohnverteilung immer mehr zunehmen (vgl. Piketty 2014, 304). Überdies spricht man auch von der Krise der Geschlechterverhältnisse, nachdem es immer noch keine Gleichberechtigung der Geschlechter gibt, Ernährungskrisen, da immer mehr Menschen auf der Erde an Hunger leiden müssen, Bildungskrisen, an denen das Bildungssystem nicht an die heutigen Bedürfnisse angepasst wird. Und auch die Energiekrisen, in welcher die Frage nach Energie Abhängigkeiten schafft, soll Erwähnung finden. Diese Liste könnte man beliebig weiterführen, was allerdings im Zuge der Fokussierung dieses Textes unterlassen wird. Die Vielschichtigkeit der Krise wird verdeutlicht, weshalb das Konzept der multiplen Krise oder auch der Vielfachkrise entstand.

Eigentlich ist das nebeneinander Auftreten von Krisen bekannt. „Die bürgerliche Gesellschaftsformation wird regelmäßig von Krisen ergriffen. Allerdings reichen die Krisen, die nicht nur die Ökonomie betreffen, unterschiedlich tief.“ (Bader et al. 2011, 11) Das besondere dieser Krise ist jedoch die Intensivität und die Bedingtheit der unterschiedlichen Krisen, die derzeit nebeneinander auftreten.

Die multiple Krise sieht je nach Betrachtungsweise Krisendynamiken zusammenkommen. In der wissenschaftlichen Auseinandersetzung gibt es zwei Annäherungen an die Vielfachkrise. Ein Versuch ist die Betrachtung des gesamten Krisenkomplexes der Vielfachkrise, also der Krise der finanzdominierten Akkumulation, die sozial-ökologische Krise, Dauerkrisen der Reproduktion, Krise der parlamentarischen Demokratie. (vgl. Bader et al 2011, 13) Die andere Möglichkeit ist die Konzentration auf wenige elementare Krisenelemente, wie es zum Beispiel Alex Demirović in der Untersuchung *Multiple Krise, autoritäre Demokratie und radikaldemokratische Erneuerung* (2013) macht. Demirović konzentriert sich auf drei Krisenelementen, die nebeneinander bestehen: die Finanz- und Wirtschaftskrise von 2007 und ihre Folgen, eine ökologische Krise, die den Klimawandel mit einbezieht und eine Krise der Politik sowie der Demokratie, die sich darauf bezieht, dass der Politik immer weniger Legitimation ihres Handelns zugesprochen wird. Die Finanz- und Wirtschaftskrise geht nach Demirović einher mit einer Verteilungskrise, bei der die Privatvermögen 2011 um 2% gestiegen sind auf 122 Billionen US-Dollar sowie einem Anstieg der Haushalte, die über mehr als 100 Mio. US-Dollar verfügen. Darüber hinaus kommt es in Bezug auf die Wirtschaftskraft auch unter den Staaten zu massiven Ungleichheiten. Im Mai 2013 erreichen der Amerikanische Dow Jones und der deutsche Aktienindex DAX ein Alltagshoch. Im Kontrast dazu gibt es massive wirtschaftliche Verluste in anderen Staaten - besonders die

Staaten Europas leiden unter einer von Deutschland geforderten Sparpolitik, die sich unter dem Namen Austeritätspolitik subsummieren lässt. Die Umweltkrise kennzeichnet sich vornehmlich durch die negativen Auswirkungen des Klimawandels. Die CO₂ Emissionen stiegen seit 1992 um 40%, dies war das Jahr der Weltumweltkonferenz von Rio. Das Ziel, den Temperaturanstieg bis zum Ende des Jahrhunderts auf 2% zu senken, wird nicht erreicht werden. Vermutlich wird dieser um die 6% betragen. Um die Ziele zu erreichen, bräuchte es eine weltweite Senkung des Energie- und Ressourcenverbrauchs um 10%. (vgl. Demirović 2013, 194, 195) Die Krise der Politik sieht Demirović in einer Legitimationskrise der Politik: sowohl im Sinne des von Colin Crouch geprägten Begriffs der Postdemokratie (vgl. Crouch 2004/2008) als auch von der gegenseitigen Bedingtheit der Krisen her. „Die Strategien zur Lösung der Wirtschaftskrise nehmen auch keinen Bezug auf die demokratischen Beteiligungsrechte der Bevölkerung.“ (Demirović 2013, 196) Einen ähnlichen Weg geht auch diese Untersuchung, indem sie sich auf die Krisenelemente ökonomische Krise, Klimakrise und Energiekrise konzentriert. Wichtig ist dabei immer die gegenseitige Abhängigkeit der unterschiedlichen Krisenelemente.

Die Ursachen der Vielfachkrise sehen die VertreterInnen des Konzepts der Vielfachkrise bedingt durch das vorherrschende neoliberale Paradigma. „Die derzeitige Krisenkonstellation ist innerhalb der Kräfteverhältnisse des neoliberalen Finanzmarktkapitalismus zu verorten, sie kann als eine Zuspitzung von Widersprüchen der globalen Entwicklung des neoliberalen Kapitalismus analysiert werden.“ (Bader et al 2011, 13) So ist die Verzahnung der unterschiedlichen Krisenkomplexe verursacht durch eine gesellschaftliche, politische und wirtschaftliche Entwicklung, welche dazu geführt hat Partikularinteressen einzelner Akteure zu bedienen, ohne Gesellschaft, Umwelt, Politik und Wirtschaft als miteinander in Beziehung gesetzte Einheit zu betrachten. Kennzeichnend für das neoliberale Paradigma ist ein auf Wachstum ausgerichtetes, liberalisiertes, kapitalistisches Wirtschaftsmodell, welches sich negativ auf die Politik auswirkt - unter anderem im Zuge des Abbaus von demokratischer Mitbestimmung. Ferner wirkt es sich negativ auf die Umwelt aus durch Umweltverschmutzung- oder Zerstörung sowie finanzialisierte Naturverhältnisse. Zuletzt wirkt es sich negativ auf die soziale Absicherung aus, dies kommt etwa unter anderem durch den Abbau sozialer Sicherungssysteme in den Staaten des globalen Nordens zum Ausdruck. „Innerhalb des Neoliberalismus konnte zwar die Krise der fordistischen Gesellschaftsformation seit den 1970er Jahren bearbeitet und eine neue Phase kapitalistischer Vergesellschaftung durchgesetzt werden.“ (Bader et al 2011, 13) Ob es sich bei der multiplen Krise um eine große Krise der Regulation handelt, ist noch nicht endgültig beantwortet.

Dennoch zeigt das parallele Auftreten der vielfältigen Krisenkomplexe immer mehr die Grenzen des Neoliberalismus in einer postfordistischen Gesellschaftsformation. Die Annahme ist „Krisenerscheinungen können nicht bekämpft werden ohne den gesellschaftlichen Zusammenhang zu betrachten“ (Altvater 2010, 9).

3.4.2 Die Klimakrise als Teil der multiplen Krise

Da Energiepolitik und Klimapolitik wechselseitige Auswirkungen aufeinander haben, wird an dieser Stelle auf das Phänomen der Klimakrise kurz eingegangen. Im Großen und Ganzen soll allerdings nicht die Entwicklung der Klimakrise beschrieben werden, sondern vielmehr beleuchtet werden, was diese ausmacht und wie diese im Kontext der multiplen Krise zu verstehen ist. „Die Klimakrise ist mit anderen krisenhaften Erscheinungsformen des globalen Kapitalismus wie der Energie-, Ernährungs- und Finanzkrise sowie den bestehenden globalen Ungleichverhältnissen aufs engste verwoben.“ (Brunnengräber & Dietz 2011, 95) Vor allem auch, weil die klimatischen Bedingungen Grundlage der Existenz der Subjekte bedeuten.

Dass Wirtschaftswachstum und Klimapolitik miteinander zusammenhängen, wurde im breiten politischen Diskurs schon 1972 deutlich, als der Club of Rome Bericht *Limits to Growth* hohe Wellen schlug. Hier wurde erstmals breit aufgezeigt, dass Ressourcen endlich sind und der Umgang mit der Natur die Wirtschaft beeinflusst. In der jüngsten Zeit geriet die Klimakrise vor allem wieder ins öffentliche Bewusstsein durch die Veröffentlichung des vierten Sachstandsbericht des International Panel on Climate Change (IPCC) von 2007, der einen globalen Temperaturanstieg bis Ende des 21. Jahrhundert von 1,1° bis 6, 4° prognostizierte. (vgl. Brunnengräber & Dietz 2011, 98) Dies hätte Auswirkungen auf die Berechenbarkeit des Klimas, Wetterkapriolen wie Dürren, Fluten oder andere extreme Wetterereignisse wären dabei vermutlich die Folge. „Natur wird durch äußere, menschliche Störungen verändert und die Störungen wirken auf die Gesellschaft zurück.“ (Brunnengräber & Dietz 2011, 101) Ferner beschleunigt der Anstieg der weltweiten Temperatur das Abschmelzen von Gletschern und Polkappen, wodurch der Meeresspiegel ansteigen könnte und bis heute unvorstellbare klimatische und gesellschaftliche Folgen nach sich ziehen könnte. Obwohl diese Fakten bekannt sind, gestaltet sich die Implementierung von Abwehrstrategien zur Bekämpfung der Klimakrise als schwierig - gerade wenn man den Klimawandel als weltweite Herausforderung begreift. So konnte zwar nach dem Scheitern der Klimakonferenz von Kopenhagen 2009 durch die Verhandlungen auf den Weltklimakonferenzen von Cancún (2010), Durban (2011), Doha (2012) und Warschau (2013) das 2012 ausgelaufene Kyoto Protokoll, das die Reduktion von Treibhausgasemissionen vorsah, in Teilen verlängert werden. Dennoch bedeutete das

Aus von Kopenhagen auch eine empfindliche Schlappe für die Durchsetzungskraft einer UN Klimadiplomatie. (vgl. Brunnengräber & Haas 2013, 215) Zu einer geschwächten internationalen politischen Durchsetzungsfähigkeit, die zu einer wirksamen Strategie zur Bekämpfung des Klimawandels führen könnte, kommt ein fehlendes Bewusstsein für den gesamtgesellschaftlichen Zusammenhang der Klimakrise. Im Hintergrund der multiplen Krise scheinen sich in der Klimakrise „die ihr zugrunde liegenden Produktions- und Konsumationsmuster – mit staatlicher Unterstützung – zu verfestigen und global zu verallgemeinern“ (Brand & Wissen 2011, 80). Mit anderen Worten, die Verursacher dieser Art von Krise sind nicht nur die äußeren, sichtbaren Bedingungen, sondern auch die Muster, die sich in der Art und Weise, wie die Gesellschaft organisiert ist, manifestieren. „In der imperialen Lebensweise liegt unseres Erachtens der Schlüssel zur Erklärung der Gleichzeitigkeit von Krise und Kontinuität kapitalistischer Naturverhältnisse.“ (Brand & Wissen 2011, 86) Natur wird dabei als Ware gesehen und nach der Logik des derzeitigen neoliberalen Paradigma so unerschöpflich zur folgenlosen Gewinnmaximierung verwendet werden kann. Dieser Logik folgend würde ihre Ausbeutung keine gesellschaftlichen Folgen nach sich ziehen. Politisch gesehen führt dies auch zu einem Zusammenhang zwischen ökologischen und sozialen Fragen, die sich gegenseitig beeinflussen. Die von manchen sozialen Bewegungen geforderte Klimagerechtigkeit zwischen Ländern des globalen Nordens und des globalen Südens ist dabei nur ein Schlagwort. (vgl. Brand 2012, 556)

Die Beschäftigung mit der Klimakrise im Zusammenhang mit der multiplen Krise sollte dabei unter Beachtung aller relevanten Krisenstrukturen geschehen. Es kommt damit auf die gesellschaftlichen Bedingungen an, mit der die Krise bewältigt werden kann. Dabei gilt es den Fokus auf der einen Seite auf die Nutzung alternativer Energieformen zu legen - „Herausforderung des Klimawandels ist die Abkehr von der auf Öl, Kohle und Gas basierenden kapitalistischen Produktionsweise.“ (Brunnengräber & Dietz 2011, 96) Auf der anderen Seite müssen die derzeit geltenden wirtschaftlichen Paradigmen auf den Prüfstand gestellt werden - “[...] the chances of a global green recovery of crisis-shaken capitalism can only be assessed and estimated against the background of the dominant neoliberal paradigm and by taking the existing functional logic of the system into account“ (Altvater & Brunnengräber 2011, 13). Auch wenn derzeit die Klimakrise durch die Finanz- und Staatsschuldenkrise vielleicht öffentlich nicht mehr ganz so präsent sein mag, ist sie ein Teil des Krisenkomplexes der Vielfachkrise, die bei der Beschäftigung mit Energiepolitik nicht außer Acht gelassen werden sollte

3.4.3 Die Energiekrise als Teil der multiplen Krise

Spricht man von einer Energiekrise, dann bedarf es einer genaueren Definition was diese ausmacht. Denn oberflächlich gesehen scheint die Versorgung mit Energie derzeit kein Problem darzustellen. In der Analyse der multiplen Krise und für diese Arbeit relevant sind Elemente, die den bisherigen Umgang mit Energie krisenhaft erscheinen lassen. Die Argumentation, warum man sich derzeit in einer Art Energiekrise befindet, wird auf folgenden Thesen beruhen: Der weltweite Energiebedarf steigt an. Traditionell genutzte Energieressourcen erweisen sich immer mehr als endlich, die Art der Nutzung der traditionell genutzten Energieressourcen verschmutzt die Umwelt und trägt zu Klimawandel bei. Der Umstieg auf erneuerbare Energien geht nicht schnell genug voran und ist immer noch nicht vollzogen. Energieabhängigkeiten stellen immer größere Probleme dar und die Frage der Energieversorgung wird zunehmend auch zu einer sozialen Frage (zum Beispiel dem Anstieg von Energiearmut). Im Grunde genommen herrscht weitestgehend ein Konsens im öffentlichen Diskurs darüber, dass traditionell genutzte Energieträger mit Nachteilen behaftet sind. „Die Endlichkeit und Klimaunverträglichkeit fossiler Energieträger soll im (klimapolitischen) Idealfall zum raschen Umstieg auf erneuerbare Energieträger führen.“ (Brunnengräber & Haas 2013, 216) Dennoch bleibt es ein Politikum, in welcher Geschwindigkeit und in welchem Ausmaß dieser Umstieg geschehen solle.

Die Erklärung, warum der Energiebedarf ansteigt, lässt sich relativ pointiert formulieren: ein auf Wachstum ausgerichtetes Wirtschaftsmodell, welches Konsum- und Produktionsmechanismen in den Vordergrund stellt, ist unter anderem mit ansteigendem Ressourcenverbrauch konfrontiert. Einer der Gründe dafür stellt die imperiale Lebensweise bezüglich ungezügelter Abbau der Ressourcen durch die BewohnerInnen des globalen Nordens dar. War diese Lebensweise früher nur der gesellschaftlichen Oberschicht bzw. dem Adel möglich, wurde sie im Zeitalter des Fordismus auch breiten Teilen der Mittelschicht möglich. (vgl. Brand & Wissen 2012, 550) Die Weltbevölkerung verdoppelte sich fast in den letzten 40 Jahren, also ist auch der weltweite Energieverbrauch in dieser Zeit exponentiell angestiegen. „Over the past 40 years the world’s population grew from 4 billion to 7 billion people. An increasing proportion is middle class and living in cities. During the same period, electricity generation grew by more than 250%.“ (IRENA 2014, 12) Ist der Energiebedarf auf der einen Seite angestiegen, so ist in diesem Zeitraum der Anteil an Energien aus erneuerbaren Ressourcen nur langsam gestiegen. Zwar gab es technische Neuerungen und ein breiteres Bewusstsein dafür, künftig mehr Energie aus erneuerbaren Energien zu gewinnen

und dieser Anteil ist in den letzten Jahren auch angestiegen. Aber, “if business continues as usual, these efforts will not succeed. The average emissions intensity of electricity production has barely changed over the past 20 years” (IRENA 2014, 13). Die Frage, ob eine Energiewende gelingt, hängt auch vor allem davon ab, in wieweit man sich von den traditionellen Energieträgern lossagt. „Der hohe Verbrauch klimaschädlicher Energieträger hält also an und deutet darauf hin, dass die Diversifizierungsstrategien einzelner Länder zu kurz greifen werden.“ (Brunnengräber & Haas 2013, 215, 216) Derzeit hat es also den Anschein, dass global die Frage, ob es tatsächlich zu einem kompletten Umstieg auf erneuerbare und umweltfreundliche Energien kommt, immer noch nicht vollständig beantwortet werden kann.

Auch für die Energiegewinnung schon totgesagte Ressourcen wie Öl und Gas erleben wieder eine Renaissance, gefördert wird dies durch technische Neuerungen, wie die Förderung von nicht konventionellen Erdöl oder Erdgas aus Ölschlamm oder den Abbau von Schiefergas. „Das Gesamtpotential von Erdöl in Ölsanden gilt als verhältnismäßig groß. In circa 70 Ländern sind Ölsandlagerstätten bekannt.“ (Nötzold 2011, 31) Da die Infrastruktur zum Transport und zur Verarbeitung traditioneller Energieträger schon vorhanden ist, ist es vermutlich der bequemere Weg weiterhin diese Rohstoffe zu nutzen, auch wenn dies negative Folgen für die Umwelt impliziert. Auch die Frage, wie lang diese Rohstoffe allgemein noch zu Verfügung stehen, wird damit noch nicht beantwortet. “Ökonomische und ökologische Logik geraten also in Konflikt; ökonomisch mag die Förderung nicht-konventionellen Öls rational sein, ökologisch ist sie es nicht.“ (Altwater 2010, 170) Mit anderen Worten, innerhalb der gegebenen systemischen Bedingungen folgt diese Entwicklung einer Logik, die allerdings negative Folgen beinhaltet.

3.5 Zwischenfazit Theorie und Methoden

Die theoretische Diskussion versucht die Vielschichtigkeit des Krisengeschehens aufzuzeigen. Es geht hier darum, die historische Situation und die Bedingung von Krise darzustellen.

Zunächst einmal im Hinblick auf die konkreten Ausprägungen der derzeitigen Krise markiert ökonomische Krise, also die Finanz- und Wirtschaftskrise, eine konkret benennbare Krisensituation, die sich in ihrer Folge als Staatsschuldenkrise auswirkte. Die Arbeitshypothese ist, dass es sich bei diesem Krisengeschehen allgemein um eine Krise des finanzdominierten Akkumulationsregimes im Sinne der Regulationstheorie handelt - vor allem da hier ein Krisengeschehen zum nächsten führte.

Die theoretische Auseinandersetzung mit den großen unterschiedlichen polit-ökonomischen Sichtweisen auf das Krisengeschehen zeigt deutlich auf, warum diese einen bestimmten Reiz im Sinne der Krisenbetrachtung haben. In der Argumentation zeigen sich allerdings auch die Schwächen einzelner Sichtweisen. Sei es bei den liberalen und vor allem neoliberalen Theorien, dass diese versuchen, die Bedeutung von Krisen herunterzuspielen bzw. vor allem, was die monetaristische Sichtweise betrifft, davon ausgehen, dass allein eine Steuerung der Geldpolitik den Ausweg aus Krisen verspricht. Der Keynesianismus zeigt sich in Bezug auf Krisensteuerung schon ausführlicher, da er die Bedeutung von Krisen auch anerkennt und mittels Deficit Spending versucht diesen entgegenzusteuern. Grenzen der keynesianischen Krisensteuerung zeigten sich mit dem Niedergang des Fordismus in den 70er Jahren und auch die gesellschaftlichen Bedingungen der Produktion werden nicht in Frage gestellt. Schumpeter bewegt sich zwischen diesen Welten. Auch er spricht von Konjunkturzyklen. Dennoch ist im Sinne der Krisenbearbeitung seine Kernthese, dass sich kapitalistische Bedingungen in anderer Form nach dem Moment der kreativen Zerstörung wiederholen. Die Regulationstheorie auf Grundlage der französischen Schule der Regulationstheorie geht einen Schritt weiter, indem sie von der Herausbildung von Akkumulationsregimen spricht. Mit dieser geht einher, dass Krisenbearbeitung nur als ein ganzheitlicher Ansatz erfolgen kann. Dies ist eine Sichtweise die, die These der multiplen Krise herausgreift. In dieser These geht es eben um die Ganzheitlichkeit und den Zusammenhang unterschiedlicher Krisenmechanismen. Die Annahme ist, dass die Entwicklungen der Finanz- und Wirtschaftskrise sowie die darauf folgende Staatsschuldenkrise nur im Zusammenhang mit anderen, gleichzeitig auftretenden Krisenerscheinungen gesehen werden kann. Folglich kann Krisenbearbeitung nur auf allen diesen Ebenen erfolgen. Diese Arbeit greift sich jenen Krisenkomplex heraus, der unmittelbar auch im Zusammenhang mit der europäischen Energiepolitik steht. Jenen, der Finanz- und Wirtschaftskrise, der Klimakrise und der Energiekrise. Diese drei Krisenkomplexe stehen zwar allgemein im Gesamtzusammenhang auch mit anderen Dimensionen der Krise, sie stechen aber deutlich als besonders relevant für die Untersuchung hervor aufgrund ihrer Verflechtung mit der Energiepolitik. Die Betrachtung der europäischen Energiepolitik und die Untersuchung des unmittelbaren Versuchs der Krisenbekämpfung mittels des EEPR wird versuchen diesen Zusammenhang aufzuzeigen.

4. Die Energiepolitik der Europäischen Union

Die Europäische Union ist ein politischer Zusammenschluss von derzeit 28 Mitgliedsstaaten. Zusammengenommen umfasst die Europäische Union eine Bevölkerungsanzahl von derzeit ca. 507 Mio. EinwohnerInnen (vgl. Eurostat 2015a). Politisch und geographisch ist die EU ein einzigartiges Gebilde, das sich mit keinem anderen konventionellen Nationalstaat im herkömmlichen Sinne vergleichen lässt. Sie verfügt derzeit über 28 Mitgliedstaaten und 24 Amtssprachen (vgl. europa.eu 2015a). Die Energiepolitik der EU stellt für sich ein eigenes Politikfeld dar, welches es in den folgenden Abschnitten zu beleuchten gilt. Dazu wird in diesem Abschnitt zunächst die europäische Energieversorgung in den Fokus genommen dann wird die Entwicklung der energiepolitischen Integration skizziert um sich daraufhin mit der Rolle der in der europäischen Energiepolitik relevanten Akteure auseinanderzusetzen. Am Schluss dieses Abschnitts soll noch einmal gezielt der theoretische Zusammenhang der in diesem Abschnitt gewonnenen Erkenntnisse aufgezeigt werden.

4.2 Geographischer Überblick über die wichtigsten Energieerzeugungsgebiete

Die Europäische Energiepolitik wird von geographischen Faktoren beeinflusst. Im Bereich der fossilen Energieträgerspielt die Beschaffenheit der Rohstoffe eine große Rolle. Während Kohle oder andere Festbrennstoffe relativ mobil bewegt werden können, erfordern Öl und Gas eine umfangreichere Infrastruktur zur Nutzung als Energieträger. Was Öl und Gas betrifft, so sind die Vorkommen der EU nach derzeitigem Wissenstand in ihrer jetzigen Größe jedoch begrenzt und konzentrieren sich auf relativ wenige zentrale Orte. „Das einzige Gebiet mit bedeutenden Lagerstätten bildet das Nordwesteuropäische Kontinentalschelf, zu dem auch die Nordsee, das europäische Hauptfördergebiet, gehört.“ (Nötzold 2011, 188) Andere Fördergebiete sind eher dezentral verteilt und von geringerer Bedeutung. Kohlegebiete sind in der EU weitläufiger verteilt, was trotz einer Erhöhung der Importquote weiterhin ein Grund für die breite Nutzung von Kohle als Energieträger ist. Des Weiteren gibt es in Europa Uran-Vorkommen, diese sind aber im Vergleich zu anderen Kontinenten etwas geringer. (vgl. BGR 2013, 31)

Im Bereich der regenerativen Energieträger ist als erster Bereich die Wasserkraft zu nennen, da ihre Gewinnung einen der traditionellsten Teile der Energiepolitik darstellt. Hierbei gibt es in Europa eine Vielzahl von Gewässern, die für die Gewinnung von Wasserkraft in Frage

kommen. Bekannte europäische Flüsse wie Donau, Rhein, Rhone und Elbe werden von den unterschiedlichen Anrainerstaaten zur Energiegewinnung genutzt. Manche EU-Staaten wie Österreich beziehen einen wesentlichen Teil ihrer Energie aus Wasserkraft. Zu guter Letzt finden hier noch einige allgemein bekannte geographische Tatsachen Erwähnung; so sind, was die Gewinnung von solarer Energie betrifft, südliche europäische Staaten natürlich mit einer höheren Sonnenscheindauer im Jahr ausgestattet als nördlichere Staaten. Dennoch kann auch in nördlichen Ländern Solarenergie gefördert werden. Dies gilt auch für die Windkraft. In den Nordseegebieten mag aufgrund der hohen Windintensität der großflächige Ausbau von Windkraftanlagen sinnvoll erscheinen, doch auch kleinere Projekte versprechen in nahezu allen Ländern der EU Windkraftertrag. Ganz ortsunabhängig hingegen erscheint die Nutzung von Biomasse, wobei hier die Größe der Anlagen entscheidet, ob die Nutzung sinnvoll ist. Generell gilt. Wird die Energieversorgung Ortsunabhängiger, so spielen geographische Faktoren eine geringere Rolle.

4.2 Der europäische Energiemix

4.2.1 Der Energieverbrauch der EU

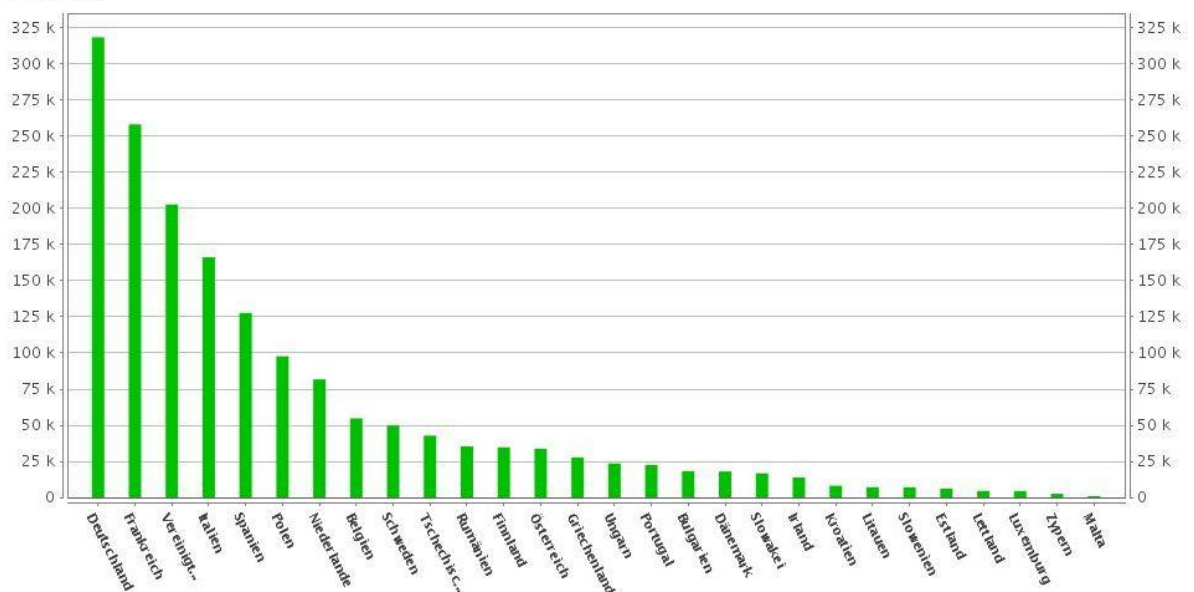
Dieser Punkt soll Aufschluss darüber geben, wie der Energieverbrauch in der EU diversifiziert ist. Des Weiteren wird die zukünftige Entwicklung des Energiebedarfs bei der Betrachtung eine Rolle spielen. Die verwendeten statistischen Daten dazu stammen von der Europäischen Statistikagentur Eurostat, von der Internationalen Energie Agentur (IEA) und den Energiereporten des Ölkonzerns British Petroleum. Eurostat-Daten haben den Vorteil, dass sie relativ genau aufschlüsseln, welches Land in der EU welche Art von Energie verbraucht. Allerdings gehen sie meist nur bis zum Jahr 2012. Die Daten der IEA werden hier vor allem aus dem World Energy Outlook in der Auflage von 2013 und 2014 übernommen. Dieser geht über Europa hinaus und bietet statistisches Material über den gesamten weltweiten Energieverbrauch und -bedarf. Die Version von 2014 kam erst in der Schlussphase dieser Arbeit heraus, es wurde allerdings dennoch versucht, deren Ergebnisse soweit als möglich zu berücksichtigen. Prognosen sind allgemein gerade im wissenschaftlichen Kontext mit Vorsicht zu genießen, da oftmals die ihr zugrunde liegende wissenschaftliche Methodik nicht alle determinierenden Fakten miteinbeziehen kann. Deshalb sind die in dieser Arbeit verwendeten Prognosen als ein Anhaltspunkt zum gegenwärtigen Stand der Forschung zu betrachten.

Die Energiereports des Konzerns British Petroleum werden ergänzend herangezogen, um die IEA Daten zu erweitern, da sie zusätzliche Daten versprechen und zum Teil auch in der Fachliteratur, die sich mit Energiepolitik der EU auseinandersetzt, verwendet werden. Dennoch haben diese Daten einen Nachteil: Sie sind nicht von einer unabhängigen Stelle gewonnen. Dies sollte man im Hinblick auf diese Untersuchung im Hinterkopf behalten.

Insgesamt wird in diesem Abschnitt mithilfe der zur Verfügung stehenden Daten versucht, ein Bild davon zu gewinnen, wieviel Energie in der EU verbraucht wird, wie der Energieverbrauch der EU diversifiziert ist, wie hoch der Energieverbrauch mit Bezug auf einige zur Energieherstellung benötigten Rohstoffe ist und wie sich der Verlauf der ökonomischen Krise auf den Energieverbrauch ausgewirkt hat, soweit dies aus den zur Verfügung stehenden Daten ersichtlich wird.

Abb. 1 EU-28 Bruttoenergieverbrauch 2012

Inländischer Bruttoenergieverbrauch nach Brennstofftyp
1 000 Tonnen Rohöleinheiten
Alle Produkte



(Quelle: Eurostat 2015b)

Betrachtet man den Energie-Endverbrauch der EU, so kann man erkennen, dass Energie in der Europäischen Union je nach Region in unterschiedlicher Menge verbraucht wird.

Der Bruttoenergieverbrauch der EU-28 betrug im Jahr 2012 ca. 1,68 Gtoe Rohöleinheiten.⁷ Die größten Verbraucher sind dabei Deutschland mit 319,5 Mtoe.⁸ Frankreich (258,4 Mtoe), Großbritannien (202,3 Mtoe), Italien (163,2 Mtoe). und Spanien (127,3 Mio.t) Österreich liegt mit (33,6 Mtoe) im oberen Mittelfeld. Die Unterschiede im Energieendverbrauch

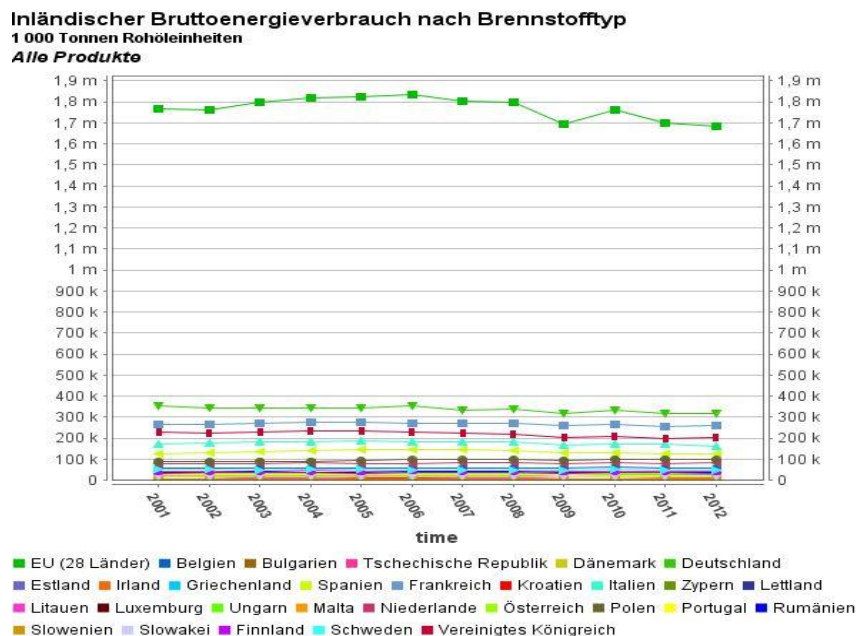
⁷ Gigatonne (1 Gigatonne = 1. Mrd. Tonnen)

⁸ Megatonne (1 Megatonne = 1. Mio. Tonnen)

variieren je nach Mitgliedsstaat stark. Malta zum Beispiel verbrauchte am wenigsten Energie (837,300 t). Insgesamt verbrauchen die älteren EU-Mitglieder mehr Energie als die jüngeren EU-Mitglieder. In den im Zuge der EU-Ostweiterung beigetretenen Staaten ist der Energieverbrauch bis auf Polen (63,6 Mtoe) unterproportional niedriger (vgl. Eurostat 2015b). Insgesamt scheint der Energieverbrauch durch wirtschaftliche Stärke und Größe eines Landes bestimmt zu sein.

Interessant wirkt bei der Betrachtung des EU-Energieverbrauchs darüber hinaus der zeitliche Verlauf: Hier sieht man, dass dieser im Laufe mehrerer Jahre / von Jahr zu Jahr diversen Schwankungen unterlegen ist.

Abb. 2 Energieendverbrauch im zeitlichen Verlauf 2001 - 2012



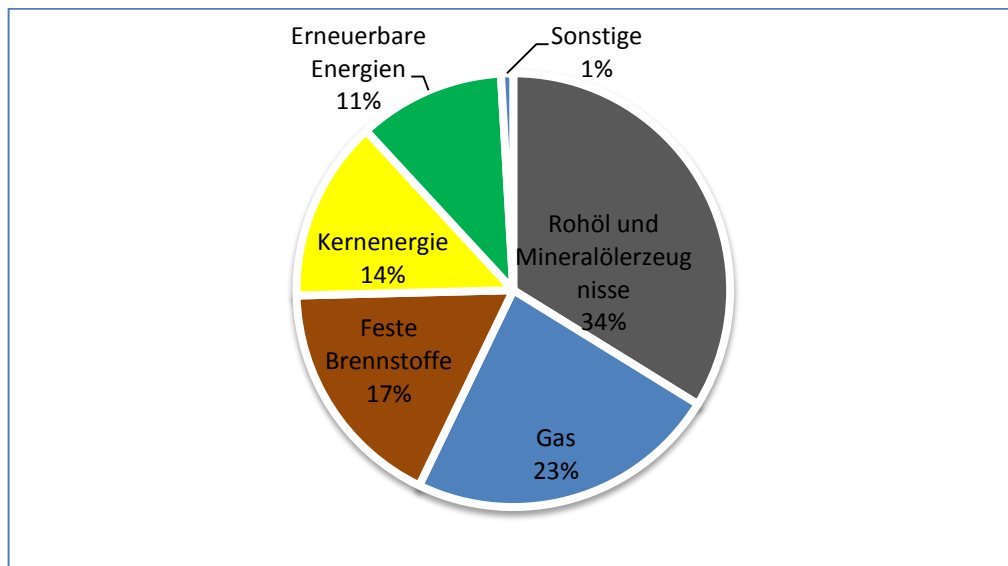
(Quelle: Eurostat 2015b)

Betrachtet man den Energieendverbrauch auf der Zeitachse, so lässt sich für die EU-28-Staaten ein Einbruch im Energieendverbrauch zwischen dem Jahr 2008, als der Verbrauch bei 1,79 Gigatonnen Rohöleinheiten lag, und 2009, als der Verbrauch auf 1,69 Gtoe zurückging, erkennen. Im Jahr 2010 stieg der Energieverbrauch wieder auf 1,76 Gtoe an, doch bereits 2011 sank er wieder auf 1,69 Gtoe, um schließlich 2012 einen Wert von 1,68 Gtoe zu erreichen. (vgl. Eurostat 2015b)

Energie wird in der EU, wie auch überall sonst, aus unterschiedlichen Energieträgern gewonnen. Auch wenn das langfristige Ziel der EU ein Ausbau von erneuerbaren Energien ist, stehen nach wie vor Faktoren wie Versorgungssicherheit im Vordergrund der

europäischen Energieziele. Ferner ist die Energieversorgung der Europäischen Union ein Prozess, der sich durch eine kontinuierliche Entwicklung kennzeichnet.

Abb. 3 Prozentualer Energieverbrauch in der EU 2012



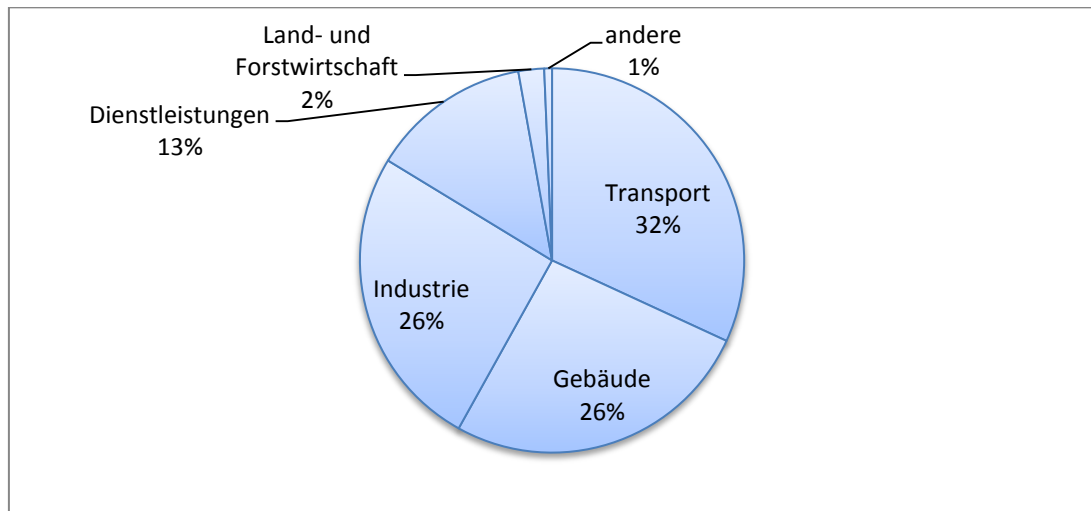
(Quelle: Eurostat 2014a; eigene Darstellung)

Energie wird in der Europäischen Union zum größten Teil in Form von Erdöl (ca. 570 Megatonnen Rohöleinheiten) und Gas konsumiert (ca. 390 Mtoe). Zusammengenommen nehmen diese für sich fast zwei Drittel des gesamten Energieverbrauchs in der europäischen Union ein. Nach Gas kommen die sogenannten festen Brennstoffe: Diese beinhalten die fossilen Brennstoffe Stein- und Braunkohle (293,1 Mtoe). Die Kernenergie ist mit 14% (227,7 Mtoe) an vierter Stelle der Energieträger, dichtgefolgt von den erneuerbaren Energien mit derzeit ca. 184,4 Mtoe. Energien aus sonstigen Quellen hatten im Jahr 2012 ein Volumen von 15,4 Mtoe (vgl. Eurostat 2014a). Diese Zahlen machen deutlich, dass nach wie vor fossile Energieträger das Gros in der europäischen Energieversorgung ausmachen, auch wenn ein Anteil erneuerbarer Energien erkennbar ist.

Energieverbrauch nach Sektoren

Nicht unwesentlich für die Betrachtung der Europäischen Energiepolitik ist sicherlich auch, welcher Wirtschaftssektor wieviel Energie verbraucht.

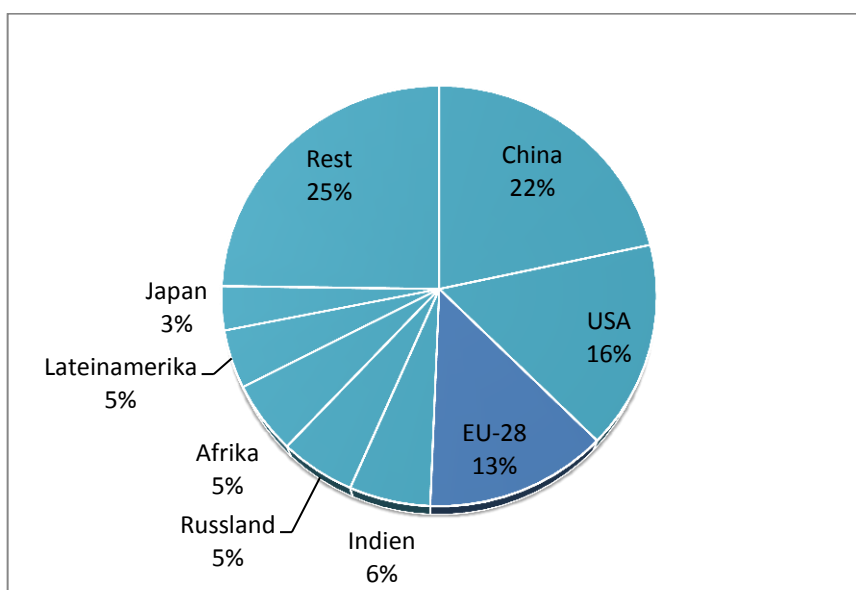
Abb. 4 Prozentualer Energieendverbrauch in der EU nach Sektor 2012 in %



(Quelle Eurostat 2014b; Eigene Darstellung)

Die meiste Energie in Europa verbrauchte - den zum Forschungszeitraum aktuellsten Eurostat-Zahlen - der Transportsektor mit 32% (in Zahlen: 351,7 Megatonnen Rohöleinheiten). Danach kommen Gebäude mit 26% (289,1 Mtoe). Ebenfalls 26%, aber in Zahlen minimal weniger (282,7 Mtoe), verbrauchte die Industrie und der Dienstleistungssektor nahm sich noch einmal 13% vom Kuchen (148,6 Mtoe). 2% verbrauchte die Land- und Forstwirtschaft (23,8 Mtoe), wobei hier die reine Messung der Zahlen wenig Aussagekraft hat, da in diesem Bereich oftmals auch die regionalen Gegebenheiten dafür ausschlaggebend sind, in welchem Ausmaß sie anteilig energieintensiv sind. Das letzte Prozent teilen sich sonstige EnergieverbraucherInnen (7,2 Mtoe) (vgl. Eurostat 2014b). Insgesamt interessant erscheint in dieser Betrachtung vor allem die Verteilung des Energieverbrauchs zwischen Transportsektor, Gebäude, Industrie, und Dienstleistungssektor. Energieeinsparungsmaßnahmen in diesen Bereichen hätten demnach einen hohen Effekt auf den gesamten Energieverbrauch. Was den weltweiten prozentualen Energieverbrauch betrifft, so liegen die EU-28 2012 hinter China und den USA an dritter Stelle. Bis zum Beginn des Jahres 2000 verbrauchte die EU nach den USA weltweit die meiste Energie. Mitte der nuller Jahre wird die EU, was den Energieverbrauch angeht, von China überholt. Noch im selben Jahr überholt China auch die USA und wird zum Staat mit der weltweit höchsten Energienachfrage (vgl. Europäische Kommission 2014, 12). Diese Entwicklung geht mit dem Trend einher, dass der weltweite Anteil der EU am Energieverbrauch immer weiter zurückgeht.

Abb. 5 Prozentualer Anteil der EU-28 am Weltweiten Energieverbrauch 2012



(Quelle: IEA 2014, 64; Eigene Darstellung)

Im weltweiten Vergleich benötigt die EU derzeit nur um die 12,3% der gesamten weltweiten Primärenergie. Die IEA erwartet, dass dieser Anteil noch weiterzurückgehen wird. Insgesamt wird prognostiziert, dass weltweit der Energiebedarf nach Primärenergie steigt. Im Jahr 1990 betrug der Anteil der EU an der weltweiten Energienachfrage noch 18,7%. Im Jahr 2000 sank dieser Anteil leicht auf 16,8%, also auf 1691 Mtoe. Laut der Internationaler Energie Agentur (IEA) wird der weltweite Bedarf nach aktuellen Prognosen weiter ansteigen, auf ca. 15 871 Mtoe bis zum Jahr 2025 und auf ca. 18 293 Mtoe im Jahr 2040. Der Anteil der EU an der weltweiten Nachfrage nach Primärenergie wird laut IEA voraussichtlich weiter auf ca. 10% Prozent im Jahr 2025 und auf ca. 8,3% im Jahr 2040 sinken(vgl. IEA 2013, 69 & IEA 2014, 64). Der sinkende Anteil der EU am weltweiten Energieverbrauch läuft damit gegen den weltweiten Trend.

Tabelle 1 Weltweite Nachfrage nach Primärenergie in Mtoe

	1990	2000	2012	2025	2040
Welt	8782	10 071	13 361	15 871	18 293
EU	1642	1 691	1 641	1 582	1 523
Anteil EU/Welt	18.7%	16.8%	12.3%	10%	8.3%

(Quelle: IEA 2013, 69; IEA 2014, 64)

Die EU fördert nicht alle Rohstoffe selbst, die nötig sind, um ihren gesamten Energiebedarf zu decken. Infolgedessen importieren die EU-Staaten Energie, um ihren Bedarf dennoch decken zu können. Trotz des Trends zur Verminderung des prozentualen Anteils der EU am weltweiten Energieverbrauch sind Teile der europäischen Energieversorgung nach wie vor importabhängig, da die Europäische Union aufgrund mangelnder Ressourcen nicht in der Lage ist, selbst die für die Energieerzeugung benötigten Rohstoffe zu fördern. Dies gilt insbesondere für die Rohstoffe Kohle, Öl und Gas, da diese in großem Maße in die EU importiert werden. Insgesamt betrug die Importabhängigkeit der EU-28 im Jahre 2012 53% (vgl. Europäische Kommission 2014, 24). Damit wird über die Hälfte der Energie, die in Europa konsumiert wird, nicht in Europa produziert.

4.2.2 Gesamterzeugung von Energie in der EU

Was die Produktion von Energie betrifft, wird an dieser Stelle ein Blick auf das Verhältnis zwischen Produktion und Verbrauch von Energie geworfen. Dabei soll auch der zeitliche Verlauf eine Rolle in der Untersuchung spielen. Im besonderen Fokus stehen dabei die Krisenjahre.

Tabelle 2 Gesamterzeugung von Energie in Mtoe

Jahr	2001	2007	2008	2009	2010	2011	2012
EU28	943	856	851	815	832	803	795

(Quelle: Eurostat 2014c)

Die Gesamterzeugung von Primärenergie, also die Energiegewinnung aus natürlichen Quellen,⁹ ist seit Beginn der nuller Jahre kontinuierlich zurückgegangen: Waren es 2001 noch 943 Mtoe Energie, so sank dieser Wert 2012 auf 795 Mtoe. Der einzige Zeitpunkt an dem es einen minimalen Anstieg gab, war 2010, als 832 Mtoe gefördert wurde (vgl. Eurostat 2014c). Die Energieerzeugung ging also 2009 zurück, um 2010 wieder kurz anzusteigen und schlussendlich 2011 wieder zurückzugehen. Entsprechend der wirtschaftlichen Entwicklung der Krisenzeit gab es in der Zeit der Finanzkrise einen Rückgang, dann eine kurze Steigerungsphase und dann wieder einen Rückgang in der Staatsschuldenkrise. Insofern zeichnet sich ein möglicher Zusammenhang zwischen Energieproduktion und wirtschaftlicher Entwicklung ab.

⁹ Arbeitsdefinition Primärerzeugung: Als Primärerzeugung gilt die Gewinnung von Energieprodukten aus natürlichen Quellen.

4.3 Die Bedeutung einzelner Energieträger für den europäischen Energiemix

Dieser Abschnitt betrachtet die Bedeutung der einzelnen Energieträger für den europäischen Energiemix. Der Fokus soll dabei auf den für die EU derzeit wichtigsten Energieträgern liegen. Diese sind Erdöl, Gas, Kohle, Kernkraft, Wasserkraft, Windkraft, Solarenergie und Biomasse. Zwar ließe sich diese Liste noch erweitern, da auch noch andere Energieträger in geringerem Maße eine Rolle spielen, doch da dies den Rahmen dieser Arbeit sprengen würde, soll in diesem Kapitel der Fokus auf den genannten Energieträgern liegen.

Kohle

Kohle wird in der EU im weltweiten Vergleich verhältnismäßig wenig gefördert. Zu ihren Eigenschaften gehört, dass sie transportabel ist und Kohleförderstätten rund um den Globus verteilt sind. In Bezug auf die weltweite Kohleproduktion (5,6 Gigatonnen Öleinheiten beträgt der Anteil der in der Europäischen Union geförderten Kohle (239 Megatonnen Öleinheiten) gerade einmal 4.2% (vgl. IEA 2014, 183). Aus diesem Grund wird Kohle in hohem Maße in die EU importiert. Bei festen Brennstoffen, die auch Kohlen beinhalten, beträgt die Importabhängigkeit 2012, 62,5% (vgl. Europäische Kommission 2014, 69).

Abb. 6 Kohleimporte der EU nach Herkunftsland

Imports by Country of Origin						
EU-28 – Hard Coal						
Top 15 Ordered by 2012 Volume						
kton	1995	2000	2005	2010	2011	2012
Russia	8 800	14 971	48 780	48 680	53 086	55 481
Colombia	11 161	22 763	24 236	36 252	48 235	51 363
United States	41 118	20 665	15 736	30 518	36 470	49 712
Australia	19 533	28 608	27 119	19 251	17 714	16 054
South Africa	32 091	41 923	51 970	17 622	15 902	13 702
Indonesia	3 403	9 102	14 946	10 158	10 281	9 992
Not specified	6 603	5 229	3 358	7 594	8 811	9 908
Canada	4 237	6 378	6 642	3 637	4 461	3 610
Ukraine	348	2 058	4 229	3 178	4 403	2 826
Venezuela	2 821	3 621	2 003	685	1 083	1 079
Kazakhstan	262	0	932	332	588	615
Norway	329	928	1 124	1 385	1 152	600
Mozambique	0	107	0	0	99	99
China	2 443	1 853	587	61	119	72
Turkey	0	0	5	48	0	39
Other	421	606	253	112	83	19
kton						
Extra-EU	133 570	158 812	201 920	179 513	202 487	215 171
Intra-EU	30 108	31 206	26 520	21 871	18 105	15 652
Total Extra and Intra-EU	163 678	190 018	228 440	201 384	220 592	230 823

(Quelle: Europäische Kommission 2014, 63)

Kohle erreicht die Europäische Union aus allen Teilen der Welt. Im Jahr 2011 war Russland mit 55481 Kt¹⁰ der größte Kohleexporteur, gefolgt von Kolumbien mit 51363 Kt. Es folgen die Vereinigten Staaten mit 49712 Kt und Australien mit 16054 Kt sowie Südafrika mit 13702 Kt (Europäische Kommission 2014, 63).

Interessant ist die zeitliche Entwicklung des Kohleimports. Diese verweist auf die Sprunghaftigkeit der Kohleimporte - die Importintensität schwankt je nach Land. Das könnte daran liegen, dass Kohle im Vergleich zu Öl und Gas vergleichsweise einfacher zu transportieren ist: Für den Transport von Kohle sind keine teuren Pipelines notwendig, deshalb können Kohleverbraucher früher auf Preisunterschiede reagieren und aus den dementsprechenden Quellen verteilt über die ganze Welt Kohle bestellen. "Coal is the most abundantly available fossil fuel worldwide (despite large recent additions to natural gas resources), and the resource base is easily sufficient to meet any plausible level of demand for decades to come." (IEA 2013, 147) Im Bereich des Energieimports und der Versorgungssicherheit bietet Kohle Nutzungsargumente, die sie derzeit für die Nutzung als Energieträger in der Europäischen Union attraktiv machen. Diese Argumente stellen umweltpolitische Argumente in den Schatten. Ein Grund dafür ist auch die hohe Verfügbarkeit von Kohle und die niedrigen Preise. Kohlevorkommen gibt es überall auf der Welt. Nach derzeitigen Schätzungen betragen die Kohlereserven 891 531 Mt. Davon lagern 56 082 Mt in der EU, das sind ca. 6,3% (vgl. BP 2014, 30). Aufgrund der insgesamt hohen Verfügbarkeit von Kohle muss man diese allerdings im Verhältnis sehen. Ein Nachteil der Nutzung von Kohle als Energieträger ist die hohe Emissionsbelastung, welche durch den hohen CO₂ Ausstoß hervorgerufen wird.

Kohle ist zwar ein endlicher Rohstoff; dennoch werden immer wieder neue Lagerstätten, entdeckt, sodass die Versorgung mit Kohle in den nächsten Jahren weiterhin möglich sein sollte. Versorgungsengpässe in der Verfügbarkeit von Kohle werden nach Expertenmeinung derzeit nicht erwartet, (vgl. Nötzold 2011, 44). Dazu kommt, dass immer wieder auch neue Kohlelagerstätten entdeckt werden. "Proven coal reserves worldwide have increased by around 35 billion tonnes in 2011 (production was around 7.7 billion tonnes) thanks to reserve additions mainly in Australia, South Africa and Indonesia." (IEA 2013, 147) Ein Trend, der allerdings doch die geographische Verteilung beeinflussen dürfte, ist jener zur Zentralisierung der Kohleproduktionstätten. „Die fortschreitende Mechanisierung der Kohlegewinnung führt zu einer Konzentration auf wenige Abbaustellen mit günstigen Lagerstätten mit günstigen

¹⁰ 1 Kton = 1000t

Lagerstättenparametern.“ (Nötzold 2011, 41) Im Gegensatz zu Öl und Gas ist der Kohlemarkt einem regelrechten Wettbewerb unterworfen, was dazu führt, dass einzelne Regionen Kohle billiger anbieten können als andere Regionen. Parameter wie Tiefenlage, Ausbildung der Flötze und Qualität des Rohstoffs bestimmen dabei die Produktionskosten für Kohle und lassen diese variieren (vgl. Nötzold 2011, 41). Im großen Stil gefördert wird Steinkohle, da diese den besten Energieoutput verspricht. Weltweit gesehen werden davon ca. 80% als Kraftwerkskohle (steam coal) verwendet und ca. 15% als „coking coal“, also als Hitzeträger für industrielle Produktion, wie zum Beispiel in der Stahlerzeugung. Die restlichen 5% der weltweiten Kohlenutzung entfallen auf Braunkohlen (lignite accounts), die aufgrund der geringeren Energieintensität allerdings für lange Transportwege weniger rentabel ist (vgl. IEA 2013, 142). Insgesamt wird die meiste Kohle derzeit weltweit zur Stromgewinnung eingesetzt. Der Energiesektor immer mehr zum dominierenden Sektor in was die weltweite Nachfrage nach Kohle betrifft. Von 1990 bis 2011 wuchs der Anteil der von diesem Sektor nachgefragt wurde von 55% auf 63% (vgl. IEA 2013, 145). Die einzigen, die sich diesem Trend widersetzen, scheinen die Europäer zu sein: „Während die USA bis 2030 noch 8 Prozent zur weltweiten Produktionssteigerung beitragen, wird in der Europäischen Union die Steinkohleproduktion infolge hoher Kosten und auslaufender Subventionen weiter sinken.“ (Nötzold 2011, 42) Zusätzlich wird erwartet, dass in der Europäischen Union der Bedarf an Kohle auf Grund des Umstiegs auf erneuerbare Energien sinken wird. „Non-fossil fuels are the leading source of energy growth in the OECD, ahead natural Gas.“ (BP 2014, 73) Nichtsdestotrotz stellt die Kohle derzeit noch einen bedeutenden Energieträger dar.

Erdöl

Die EU verfügt gemessen an ihrem Verbrauch nur über einen geringen Anteil an den weltweiten Erdöl-Vorkommen. „Insbesondere am Erdöl- und Erdgas sind die Anteile nur marginal und liegen weit hinter allen anderen Regionen“ (Nötzold 2011,188). Dies spiegelt sich auch in den Zahlen wieder: Gemessen an den weltweiten geschätzten Vorkommen von ca. 1667.9 Mrd. Barrel, betragen die Erdölvorräte der EU mit 6.8 Mrd. Millionen Barrel nur etwa 0.4% (vgl. BP 2014, 6). Erdöl ist der Energieträger, bei dem die EU am meisten auf Lieferungen aus dem Ausland beschränkt ist, da die eigenen Ressourcen zu knapp sind. Die Importabhängigkeit bei Erdöl lag in der EU im Jahr 2012 im Bereich von 86,4% (vgl. Europäische Kommission 2014, 70). Dieser Wert ist höher, als bei allen anderen vorgestellten Energieträgern. Für die EU sind Russland, Norwegen, Saudi Arabien, Nigeria und Kasachstan die wichtigsten Erdölexporteure. Im Jahr 2012 bezog die EU 177.169 Kt aus Russland,

60.577 Kt aus Norwegen, 46.210 Kt aus Saudi Arabien, 42.806 Kt aus Nigeria und 27.424 Kt aus Kasachstan. Während die norwegischen und russischen Importe auf der Zeitachse gesehen leicht rückläufig sind, steigen die Importe aus den anderen drei Staaten (vgl. Europäische Kommission 2014, 64).

Abb. 7 Ölimporte der EU nach Herkunftsland

Itkon	1995	2000	2005	2010	2011	2012
Russla	76 319	120 185	191 514	182 941	179 205	177 169
Norway	102 203	115 904	97 610	73 428	65 625	60 577
Saudi Arabia	82 419	65 143	60 748	30 774	41 108	46 210
Libya	47 978	45 883	50 681	53 754	14 614	43 740
Nigeria	28 597	22 532	18 618	21 796	31 075	42 806
Kazakhstan	78	9 993	26 386	29 705	29 878	27 424
Iraq	0	31 331	12 290	16 952	18 197	21 536
Azerbaijan	0	3 712	7 255	22 922	25 043	20 241
Algeria	17 031	21 417	22 776	8 256	14 967	16 876
Angola	4 756	3 862	7 065	8 483	10 926	10 563
Mexico	7 246	9 770	10 647	6 783	7 192	9 104
Iran	52 467	35 475	35 611	29 679	29 495	6 572
Venezuela	9 923	6 946	6 989	5 002	4 605	6 195
Equatorial Guinea	0	0	510	553	746	6 056
Other African countries	143	3 035	4 789	4 761	6 972	5 076
Other	80 638	48 205	31 053	35 470	39 120	31 200

(Quelle: Europäische Kommission 2014, 64)

Das Gros an Erdöl wird in der Regel per Schiff oder per Pipeline in die Europäische Union transportiert. Bedeutende Passagen für den Öltransport in die EU per Schiff sind der Bosphorus-Kanal für Öllieferungen aus dem Nahen Osten und in den letzten Jahren immer mehr auch die dänische Meerenge für russische Öllieferungen (vgl. EIA 2012, 2).

Die wichtigsten Ölpipelines die in die EU führen sind: Die Druzhba Pipeline (russ. Freundschaft), die mit 4000 km Länge die größte Pipeline ist. Sie sollte ursprünglich die Staaten des Warschauer Pakts mit Öl versorgen. Druzhba speist sich mit Öl aus West-Sibirien, dem Ural und der Kaspischen See. Sie wird vom staatlichen russischen Pipeline-Betreiber Transneft betrieben. Die Pipeline teilt sich in Weißrussland in einen nördlichen und einen südlichen Strang. Der nördliche Strang schließt die Baltischen Staaten, Polen und Deutschland an das russische Erdöl an. Der südliche Strang versorgt die Ukraine, die Slowakei und Tschechien; er hat ferner mit der Adria Pipeline ausgehend aus Kroatien Verbindungen und ist ebenso mit der Odessa Brody Pipeline verbunden. Die zweite wichtige Pipeline, über die die EU Öl importiert, ist die 354 Km lange Pipeline Norpipe, die von Norwegen nach Großbritannien führt. Diese wird vom Norwegischen Ölkonzern Statoil

betrieben (vgl. Bjørnmose et al. 2009, 11). In Bezug auf die Nutzung von Erdöl gilt, dass die EU zum Großteil Erdöllieferungen aus nicht-europäischen Ländern bezieht.

„Erdöl ist ein flüssiges Gemisch aus Kohlenwasserstoffen und trägt über seine Verbrennung zur globalen Klimaerwärmung bei“ (Abdovand et al. 2005, 57). Dieser Satz umschreibt die Ambivalenz des Erdöls, doch es ist bis heute sicherlich einer der wichtigsten Energieträger überhaupt. Erdöl ist nicht gleich Erdöl, „je nach Dichtegrad unterscheidet man zwischen leichten, mittleren und schweren Rohölen“ (Adolf 2010, 58). War in Zeiten der industriellen Revolution noch die Kohle eine der Hauptenergieträger, so wurde diese mit in der ersten Hälfte des 20. Jhd. durch das Erdöl ersetzt. Wie allgemein bekannt, konzentriert Erdöl Energie in wesentlich geringerer Masse als Kohle. Entstanden ist Erdöl wie Kohle ebenfalls aus fossiler Masse. „Unter hohem Druck, hoher Temperatur und Luftabschluss verwandelten sich biologische Rückstände in die Energieträger Erdöl und –gas.“ (Abdovand et al. 2005, 57) Heute gibt es unterschiedliche Leitsorten welche am Ölmarkt gehandelt werden, „die wichtigsten Referenzsorten sind Brent, Dubai, West Texas Intermediate (WTI) und das OPEC Reference Basket“ (Adolf 2010, 58). Der Preis dieser Sorten dient in der Regel als Referenzwert für den Ölpreis. Wie alle fossilen Energieträger sind die Vorräte an Erdöl endlich. Wieviel Erdöl allerdings tatsächlich noch in der Welt vorhanden ist, kann nicht genau gesagt werden, da die Voraussagen von vielerlei Faktoren abhängig sind. Dies kann von neuen Entdeckungen, neuen Technologien, Schwankungen im Verbrauch und Ähnlichem abhängen. Dennoch wird versucht, die noch vorhandenen Erdölmengen zu beziffern und abzuschätzen. „Our latest estimates for remaining recoverable resources show 2670 billion barrels of conventional oil (including NGLs), 345 billion of tight oil, 1880 billion of extraheavy oil and bitumen, and 1070 billion of kerogen oil.“ (IEA 2013, 421) Es bilden sich derzeit immer neue Formen der Ölförderung heraus, was die Prognosen ebenfalls erschwert. So folgte zum Beispiel auf die erfolgreiche Erschließung von Schiefergas, mit ein wenig Verzögerung, die Erschließung von Schieferöl in den USA. Dieser wurde weltweit großes Interesse entgegengebracht. In Europa hingegen sind diese Form der Förderung sowie die Erkundung derzeit noch nicht sehr verbreitet. Allerdings besteht Interesse an dieser Form der Förderung (vgl. BGR 2013, 36). Ein breiter Punkt der Erdöl-Diskussion ist deshalb immer auch die Frage nach dem Zeitpunkt des „Peak oil“, also dem Punkt an dem der Höhepunkt der weltweit möglichen Ölförderung erreicht ist.

Unweigerliche Nachteile der Erdölförderung sowie der Nutzung von Erdöl als Energieträger für die EU sind einerseits hohe Risiken der Umweltverschmutzung bei der Erdölförderung

und beim Transport von Erdöl; andererseits auch ein hoher Schadstoffausstoß bei der Verbrennung von Erdöl. Dazu kommt die Importabhängigkeit der EU bei der Nutzung von Erdöl sowie eine teure Infrastruktur, die zur Aufbereitung und Verbrennung von Erdöl benötigt wird.

Erdgas

Erdgas ist, ähnlich wie Erdöl in der EU nicht in unendlicher Menge vorhanden. Für die europäische Erdgasversorgung gilt: In der EU wird nicht genug gefördert um den europäischen Bedarf an Erdgas zu decken. Die Importabhängigkeit von Gas lag in der EU im Jahre 2011 bei 65,8% (vgl. Europäische Kommission 2014, 72). Dies liegt mitunter daran, dass die Gasvorkommen in Europa beschränkt sind. Nach Schätzungen betrug 2013 der europäische Anteil am in Europa genutzten Erdgas mit 1,6 Mrd. Kubikmetern gegenüber 195,7 Mrd. Kubikmetern gerade einmal 0,8% (vgl. BP 2014, 20). Das meiste Erdgas wird von den direkten Nachbarn bezogen. Die mit Abstand größten Erdgasressourcen werden für Russland ausgewiesen, gefolgt von China, den USA, Kanada und Australien „[b]eim nicht-konventionellen Erdgas dominieren die Schiefergasressourcen mit weltweit 205 Bill. m³, gefolgt von tight gas und Kohleflözgas.“ (BGR 2013, 23) Gerade die Förderung von nicht-konventionellem Erdgas scheint in den letzten Jahren einen Bedeutungszuwachs zu erhalten.

Abb. 8 Gasimporte der EU nach Herkunftsland

TJ (GCV)	1995	2000	2005	2010	2011	2012
Russia	4 245 121	4 581 813	5 207 198	4 184 220	4 277 873	4 101 710
Norway	1 159 830	1 921 081	3 040 181	3 905 143	3 713 876	4 014 988
Algeria	1 362 649	2 203 075	2 256 826	1 986 351	1 767 006	1 737 510
Qatar	0	12 443	195 713	1 374 583	1 485 596	1 079 762
Not specified	58 588	332 289	937 105	1 334 034	1 260 606	857 664
Nigeria	0	172 020	436 319	576 077	589 290	455 339
Libya	54 497	33 442	209 499	381 660	92 597	246 469
Trinidad and Tobago	0	36 334	29 673	205 267	140 996	112 065
Other	47 267	49 082	475 679	234 911	227 691	219 200
Extra-EU	6 927 952	9 341 579	12 788 193	14 182 246	13 555 531	12 824 707
Intra-EU	1 451 229	1 933 316	2 272 283	2 833 534	2 963 968	3 184 622
Total Extra and Intra-EU	8 379 181	11 274 895	15 060 476	17 015 780	16 519 499	16 009 329

(Quelle: Europäische Kommission 2014, 65)

Die Länder, die das meiste Erdgas in die EU liefern sind Russland, Norwegen, Algerien und Katar. Der Import aus Russland betrug 2012 4.101.710 TJ, aus Norwegen betrug er 4.014.988 TJ, aus Algerien 1.737.510 TJ und aus Katar 1.079.762 TJ (vgl. Europäische Kommission 2014, 65). Der Anstieg der Importabhängigkeit beim Erdgas macht neue Transportwege erforderlich. Bisher verlaufen die Hauptversorgungsrouten in die EU in so genannten

Korridoren. Derzeit gibt es drei etablierte Korridore und ein vierter Korridor, der eventuell in Zukunft noch weiter ausgebaut wird. Dieser soll unter anderem mit Gaspipelines ausgebaut werden. Der Nordost-Korridor beginnt an der russischen Grenze und wird durch die Pipelines (Northern Lights, Druzhba Gas Pipeline und Northstream) versorgt. Der Nordwest-Korridor geht von Norwegen aus und wird durch die Nordseepipelines, die an Großbritannien, Belgien und Deutschland anschließen, versorgt.¹¹ Des Weiteren gibt es den Südost-Korridor, der Gas vom Kaspischen Meer und von der Zentralasiatischen Region über das Schwarze Meer und die Türkei kommend in die EU führen soll. Dies ist eine Region, die gerade für zukünftige Gaspipeline Projekte im Gespräch ist. Schließlich gilt es den Südwest-Korridor zu erwähnen, der die Versorgung aus Algerien mit der GPDP-Pipeline von Marokko nach Spanien und der Trans-Mediterranean-Pipeline nach Italien und Slowenien gewährleistet (vgl. Bjørnmose et al. 2009, 8). Zwei geplante Pipeline-Projekte des Südost-Korridors standen gerade in den letzten Jahren unter größerer öffentlicher Beobachtung und zwar einerseits die Southstream-Pipeline von Russland nach Österreich sowie andererseits die Pipeline Nabucco, die Gas vom Kaspischen Meer unter Umgehung Russlands in die EU liefern sollte. Beide Projekte werden nach derzeitigem Stand allerdings nicht realisiert.

Erdgas erlangte gerade in den letzten Jahren verstärkte Aufmerksamkeit: Zum einen als fossiler Energieträger, der im Vergleich zu anderen fossilen Energieträgern emissionsärmer ist. Zum anderen konnte durch den technologischen Fortschritt bei der Gasförderung in den letzten Jahren eine größere Menge Erdgas gefördert werden, als bisher. „Natürliche Austritte von Erdgas sind seit Jahrtausenden bekannt und wurden beispielsweise als ‚ewige Flamme‘ genutzt. Eine wirtschaftliche Nutzung von Erdgas in größerem Umfang begann jedoch erst Anfang des 20. Jhd.“ (Nötzold 2011, 37) Insgesamt ist Erdgas somit eher ein „jüngerer Energieträger“. Traditionell nutzte man Erdgas eher in der Wärmeerzeugung; die in den letzten Jahren forcierte breitere Nutzung von Erdgas zur Stromgewinnung resultiert aus dem Abbau anderer Energieträger (vgl. Nötzold 2011, 39). Doch Erdgas ist nicht gleich Erdgas, „Erdgas wird wie Erdöl in konventionelles und nicht-konventionelles Erdgas unterschieden“ (Nötzold 2011, 36). So gibt es neben konventionellem Erdgas, welches meist als Erdgasblase über einer Ölblase liegt, auch das - in den letzten Jahren bei der Förderung in Mode gekommene - Schiefergas und Tight Gas; dazu kommt Erdgas in Aquiferen und Erdgas aus Gashydrat (vgl. BGR 2013, 16). In den letzten Jahren ist gerade die Nutzung und Förderung

¹¹ Das Geflecht der Nordseepipelines in Aufzählung: „Langeled, Cats, Seal, Sage, Pulsar pipelines connect to the UK for consumption in the UK or transit. Europipe I/II, Norpipe, Zeepipe are pipelines connected directly to the continental EU import points in Emden and Zeebrügge.“ (Bjørnmose et al. 2009, 8)

von unkonventionellem Gas angestiegen. “The share of gas in the world energy mix continues to rise, with unconventional gas playing an increasingly significant role in meeting growing gas demand.” (IEA 2013, 100) Ein Grund dafür könnte sein, dass neben technologischem Fortschritt in dieser Richtung auch Abhängigkeiten vermindert werden können. Begonnen hatte die breite Nutzung dieser Art von Gas in den USA. “Unconventional gas accounts for almost half of the growth in global output and its development spreads well beyond North America, notably after 2020, making China and Australia major contributors to global production growth.” (IEA 2013, 99) Konventionelles Erdgas tritt in der Welt konzentrierter auf. „Im Unterschied zum Erdöl lassen sich hier aber zwei dominierende Reserveregionen erkennen: Der nahe und mittlere Osten sowie die Region der ehemaligen UDSSR verfügen zusammen über annähernd drei Viertel der Welterdgasreserven“ (Nötzold 2011, 36). Inmitten dieser beiden Gasregionen liegt Europa in Bezug auf den Transport von Erdgas günstig – denn die EU selbst verfügt über vergleichsweise geringeres Erdgasvorkommen. „Europa weist selbst inklusive Norwegen mit 2.4% genau wie beim Erdöl die regional geringsten Reserven auf.“ (Nötzold 2011, 37) Darüber hinaus wird vermutlich in der Europäischen Union auch gegen den internationalen Trend die Gasproduktion nicht weiter zunehmen (vgl. IEA 2013, 108). Ein ähnliches Bild zeichnet sich auch in der Gasnutzung ab: “With gas use declining by a further 2% in 2012, as economic conditions depressed overall energy demand, and increased renewables supply and cheaper coal-fired generation (aided by depressed CO2 prices) backed out gas in the power sector.” (IEA 2013, 101) Was Europa betrifft, gilt insgesamt für die OECD Region, dass die Nutzung von erneuerbaren Energien vermutlich langfristig den Gasverbrauch in der OECD Region sinken lassen wird, „because of saturation effects and strong penetration of renewables in the power sector in Europe“ (IEA 2013, 102). Neben der Energiewende hemmen auch technische Aspekte eine weitere Nutzung von Gas in der Europäischen Union. „Insbesondere die Unterstützung für (Erdgas-) Infrastrukturprojekte stellten sich in der Vergangenheit mehrfach als Zankapfel dar.“ (Fischer 2011, 62) Mit anderen Worten - die weitere Gasnutzung der EU hängt von internen und externen Faktoren ab.

Kernkraft

Kernkraft wird hier der Vollständigkeit halber erwähnt. Insgesamt ist die Bewertung der Bedeutung der Kernkraft für die Energiepolitik der EU derzeit allerdings schwierig, da Kernkraft in der Diskussion eher als ein Auslaufmodell wirkt. Die deutsche Bundesanstalt für Geowissenschaften und Rohstoffe geht davon aus, dass die Nachfrage des für den Betrieb

von Kernkraftwerken notwendigen Rohstoffs Uran in den nächsten Jahren zurückgehen wird (vgl. BGR 2013, 30.) Das heißt allerdings nicht, dass Kernkraft in der EU keine Rolle spielen würde. Derzeit wird nach wie vor ca. 14% der Energie der EU aus Kernkraft gewonnen (vgl. Eurostat 2014a). Die Risiken der Nutzung von Kernkraft als Energieträger sind allerdings hoch. Der größte Nachteil der Atomkraft ist das hohe Risiko der Nutzung. Bei einem nuklearen Unglück droht ein hohes Maß an Verstrahlung ganzer Regionen, wie es die Unglücke von Tschernobyl und Fukushima gezeigt haben. Ein weiterer Nachteil ist die teure Infrastruktur und das Entsorgungsproblem des Atommülls. Kernkraftwerke sind teuer im Bau, im Betrieb sowie im Abbau - bis heute gibt es keine tragfähige Lösung zur Endlagerung von Atommüll. „Public concerns typically include safety, radioactive waste management, nuclear weapons proliferation, transparency in the approach to public consultation, climate change and energy security.” (IEA 2014, 347) Europa scheint hinsichtlich der Bedeutung der Nutzung der Kernkraft zweigeteilt. Deutschland hat den Kernenergieausstieg beschlossen und Länder wie Belgien und Italien beabsichtigen den Ausbau der Atomkraft zu stoppen. Länder wie u.a. Finnland, Tschechien und Ungarn begreifen die Atomkraft jedoch weiterhin als wichtigen Bestandteil ihres Energiemix. (vgl. BGR 2013, 33). Da die Kernkraft allerdings nicht Bestandteil des EEPR ist, wird in dieser Arbeit auf die detaillierte Betrachtung der Kernkraft verzichtet.

Erneuerbare Energien

Insgesamt wurden 2012 in der EU 184.4 Mtoe Energie aus erneuerbaren Quellen erzeugt. Davon wurden 177.4 Mtoe selber erzeugt - das sind 96,2% (vgl. Eurostat 2014d). Erneuerbare Energien sind derzeit stark in der Entwicklung und werden als die Zukunft der europäischen Energieversorgung angesehen. Die derzeit wichtigsten erneuerbaren Energien sind die Energiegewinnung aus Wasserkraft, Windkraft, Solartechnik und aus Biomasse. Daneben gibt es auch noch andere Möglichkeiten der Nutzung erneuerbarer Energien wie beispielsweise die Geothermie. Diese werden als Energieträger in diesem Fall allerdings außer Acht gelassen, da ihre Aufzählung und Diskussion den Rahmen dieser Arbeit sprengen würden. Hinsichtlich der erneuerbaren Energien finden sich derzeit die meisten beschäftigten Personen in den Bereichen Solarenergie, Biomasse und Windkraft (vgl. IRENA 2014, 18). Der Vorteil erneuerbarer Energien ist die Nachhaltigkeit ihrer Nutzung. Eine Herausforderung für die zunehmende Nutzung von Energie aus erneuerbaren Quellen wird in der EU vor allem der Energienetzausbau sein. „Grid upgrades will mean that low carbon generation at a decentralised level can be collected and redistributed among demand centers.” (IRENA 2014,

41) Ebenso Schwierigkeiten könnte die Bereitstellung von Speicherkapazitäten für Energie machen. „Controllable energy storage at scale would allow renewable energy generated at one moment to be used later and greatly increase the level of penetration of variable renewables at least cost.“ (IRENA 2014, 40) Die Frage der vermehrten Nutzung von erneuerbarer Energie wird vermutlich die europäische Energiepolitik noch weiterhin beschäftigen.

Wasserkraft

Wasserkraft stellt sicherlich die traditionellste der erneuerbaren Energien dar. Die Nutzung von Wasser als Energieträger ist historisch gewachsen. In zwölf EU-Staaten stellt derzeit Wasserkraft die wichtigste erneuerbare Energiequelle dar (vgl. Gross & Mautz 2015, 54). Dennoch kam es zur großflächigen Stromerzeugung mittels Wasserkraft in Europa erst im vergangenen Jahrhundert. Wasserkraft kann mittels Turbinenkraftwerken zur Stromerzeugung eingesetzt werden (Gezeitenkraftwerke werden in dieser Untersuchung unter der Rubrik Wasserkraft zusammengefasst) und auch mittels Pumpspeicherkraftwerken Strom speichern.

In der EU wurden 2012 28,8 Mtoe Wasserkraft erzeugt; damit beträgt der Anteil der Wasserkraft im Bereich der erneuerbaren Energien ca. 16% (vgl. Eurostat 2014d). Für die Energieerzeugung gilt sie an sich als eine saubere Stromquelle, da sie keinerlei Emissionen verursacht. Dennoch bestehen Umweltrisiken beim Bau großer Wasserkraftgewinnungsprojekte (Beispielsweise eine Beeinträchtigung der Vegetation durch Wasserkraftprojekte). In der europäischen Energiepolitik ist die Nutzung der Wasserkraft fest verankert. Europäische Staaten mit einem hohen Wasservorkommen können diese nutzen, um hohe Mengen ihres Strombedarfs zu decken, wie es unter anderem Österreich tut.

Windkraft

Sicherlich eine der sichtbarsten Formen einer möglichen Energiewende in der europäischen Energiepolitik stellt der Bau von Windkraftanlagen dar. 2012 wurden in der EU ca. 17,7 Mtoe Windenergie produziert, damit stammen 9% der erneuerbaren Energien aus Windenergie (vgl. Eurostat 2014d). Diese weithin sichtbaren Windräder erfreuen sich in der EU immer größerer Beliebtheit. Technisch gesehen sind Windräder immer noch in der Entwicklung. „Hence over the last 40 years there has been continuous increase in the rotor diameter of commercially available wind turbines from less than 30m to more the 100m.“ (Burton et al. 2011, 4) Auch erfährt diese Technologie eine enorme Weiterentwicklung, was die Energieausbeute angeht. „Innovations allow today’s turbines to harvest significantly more wind at a given site.“ (IRENA 2014, 39)

Verschiedene Arten der Windkraftgewinnung sind möglich. Am häufigsten wird derzeit mittels Windrädern Windenergie gewonnen. In der Regel treiben dabei Windräder eine Turbine an. Diese gibt es sowohl als Onshore-Projekte, d.h. eine oder mehrere zusammengefasste Windräder stehen in der Landschaft, sowie als Offshore-Projekte, die in der Regel in Form von Windparks in den windreichen Gewässern im Meer stehen. „Unlike onshore wind farms, which can be as small as a single turbine, offshore wind farms tend to be as large as possible“ (IRENA 2014, 39). Die Offshore-Windkraftanlagen haben den Vorteil einer wesentlich höheren Energieausbeute als Landprojekte, da es auf dem offenen Meer meist windiger ist. Allerdings erfordern Offshore-Anlagen zentral zusammengefasste Projekten und damit eine neue Infrastruktur. Es benötigt neue Stromtrassen, um windreiche Gebiete mit windarmen Gebieten zu verbinden. Die Vorteile von Windkraft sind dieselben wie bei der Wasserkraft: ein Emissionswert von null Prozent bei der Energiegewinnung. Der Nachteil ist, dass die Energieausbeute eines einzelnen Windrades im Vergleich relativ gering ist.

Solarstrom

Energie direkt von der Sonne zu gewinnen erscheint relativ naheliegend. So erfreut sich auch die Solartechnik immer größerer Beliebtheit. In der EU beträgt der Anteil erzeugter Energie aus solaren Quellen derzeit 9,1 Mtoe - das sind 5% Anteil an der Energieproduktion der EU aus erneuerbaren Energiequellen (vgl. Eurostat 2014e). Ein Grund dafür ist die zugängliche Nutzung dieser Energieform. “Solar PV systems are the most accessible renewable energy technology, as their modularity means that they are within reach of individuals, co-operatives and small-scale businesses.” (IRENA 2014, 35) Europa bietet gerade im Süden ideale Voraussetzungen dafür. In Bezug auf die Solarenergie gibt es zwei Möglichkeiten: dezentrale Energieversorgung mittels einzelner Solarpaneele, die auf einzelne Anlagen hin betrachtet wenig Stromausbeute versprechen oder große, in Regionen mit starker Sonnenintensität, betriebenen Solarparks in südlichen Regionen.

Ein Vorteil der Solarenergie ist der relativ geringe Emissionswert bei seiner Erzeugung. Außerdem gibt es keinerlei Umweltbelastung durch Umweltverschmutzungen, Gestank oder Lärm. Der Nachteil der Erzeugung von Solarpaneelen ist die rohstoffintensive Herstellung der Solarpaneele. Für diese werden relativ viele – auf der Erde selten vorkommende - Rohstoffe benötigt. Deshalb ist wiederum mit Umweltbelastungen und höheren Kosten zu rechnen.

Biomasse

2012 werden in der EU 116.083 Mtoe Energie aus Biomasse produziert. Darunter fallen nach der Kategorisierung von Eurostat feste Biobrennstoffe, Biogas, Siedlungsabfälle (erneuerbare), Biobenzin, Biodiesel, Holzkohle und Bio-Flugbenzin. Insgesamt ist das ein Anteil von 65,4% an der gesamten Produktion von erneuerbaren Energien in der EU (vgl. Eurostat 2014d). Biomasse ist im Repertoire der erneuerbaren Energien derzeit nicht ganz unumstritten. Das Prinzip der Biomasse ist jenes, dass nachwachsende Ressourcen genutzt werden, um aus diesen Energie zu gewinnen. „Unter dem Begriff der ‚Biomasse‘ werden sämtliche Stoffe (d.h. kohlenstoffhaltige Materie) organischer Herkunft verstanden.“ (Kaltschmitt et al. 2009, 2) Die Hoffnung, die mit der Nutzung von Biomasse einhergeht, ist, eine einigermaßen ausgeglichene CO₂ Bilanz zu erhalten. Da bei der Energiegewinnung nur das CO₂ abgeschieden wird, welches schon im Wachstumsprozess der unter der Kategorie Biomasse zusammengefassten Pflanzenarten der Atmosphäre entnommen wurde. „Biomasse kann im Verlauf einer Bereitstellungskette auf unterschiedliche Weise aufgearbeitet und letztlich in die gewünschte End- bzw. Nutzenergie umgewandelt werden.“ (Kaltschmitt et al. 2009, 5) Die Verarbeitungsmöglichkeiten sind also vielfältig. Das Prinzip der Energiegewinnung aus Biomasse scheint vordergründig mit vielen Vorteilen versehen. So bringt es neben dem bereits genannten Vorteil der geringeren Emissionsbelastung im Vergleich zur Nutzung fossiler Rohstoffe auch eine nachhaltige Energiegewinnung. Ein Peak wie in der Rohstoffförderung ist nicht zu erwarten, da die benötigten Rohstoffe nachwachsen und gleichzeitig sind der Energieeinsatz und die Kosten zum Fördern der benötigten Rohstoffe weitaus geringer. Nachteile, die mit einer intensiven Nutzung von Biomasse als Energieträger auftreten, sind die Verdrängung von landwirtschaftlich nutzbarem Raum für Lebensmittelproduktion und damit einhergehende Verknappungen sowie Verteuerungen von Lebensmitteln. Des Weiteren gibt es bei der Biomassenutzung wieder Nachteile durch Umweltbelastungen, die durch den Transport von Biomasse entstehen können. Um Biomasse effizient und nachhaltig nutzen zu können bedarf es einer dezentralen Struktur an Anlagen, die Biomasse verarbeiten können, damit Biomasse regional genutzt wird, ohne dabei in zu großem Maße in die Umwelt einzugreifen.

4.4 Rechtliche Verankerung der europäischen Energiepolitik – Die Energiepolitik im AEUV

Der Energiepolitik wird im Allgemeinen Vertrag über die Arbeitsweise der Europäischen Union (AEUV) ein eigenes Kapitel gewidmet. Dieses Kapitel ist im Artikel 194 des AEUV formuliert und setzt die energiepolitischen Zielsetzungen der Europäischen Union fest. Dieser Artikel fand sich schon im nicht verwirklichten Verfassungsvertrag der Europäischen Union wieder und wurde mit kleinen Änderungen fast vollständig in den Vertrag von Lissabon übernommen (vgl. Hackländer & Ehrliche 2008). Insgesamt formuliert der AEUV in Artikel 194 vier energiepolitische Ziele:

„(1) Die Energiepolitik der Union verfolgt im Geiste der Solidarität zwischen den Mitgliedsstaaten im Rahmen der Verwirklichung oder des Funktionierens des Binnenmarkts und unter Berücksichtigung der Notwendigkeit der Erhaltung und Verbesserung der Umwelt folgende Ziele:

- a) Sicherstellung des Funktionierens des Energiemarktes
- b) Gewährleistung der Energieversorgungssicherheit in der Union
- c) Förderung der Energieeffizienz und von Energieeinsparungen sowie Entwicklung neuer und erneuerbaren Energiequellen sowie
- d) Förderung der Interkonnektion der Energienetze.“ (AEUV, Art. 194, Abs. 1.)

Die formale Zuständigkeit für den Erlass energiepolitischen Maßnahmen wird, außer wenn es sich um Maßnahmen von steuerlicher Natur handelt, in das ordentliche Gesetzgebungsverfahren der EU eingebettet. Der Absatz 2 des Artikels 194 bestimmt, dass Gesetze, die den Energiebereich betreffen, nach Stellungnahmen des Wirtschafts- und Sozialausschuss der EU, sowie des Ausschusses der Regionen, durch den Rat und das Parlament erlassen werden. Ferner beinhaltet er das Recht der Mitgliedsländer, ihren Energiemix selbst zu bestimmen. Absatz 3 besagt, dass energiepolitische Maßnahmen, die Steuern betreffen, allein vom Rat mit Anhörung des Parlaments verabschiedet werden sollen. Durch die Implementierung der Energiepolitik in den Vertrag von Lissabon ist die Integration des europäischen Energiemarkts vertieft.

4.5 Die Entwicklung der energiepolitischen Integration

Die Entwicklung der energiepolitischen Integration der EU ist im Wesentlichen in zwei Abschnitte unterteilt. Zunächst folgen die Entwicklungen bis Mitte der 90er Jahre von der Energiepolitik der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl (EGKS) bis zu Energiepolitik der EU. Der zweite Abschnitt behandelt die energiepolitische Integration nach

dem Vertrag von Lissabon. In diesen beiden Punkten sollen die wesentlichsten Eckdaten der energiepolitischen Integration skizziert werden.

4.5.1 Energiepolitische Integration bis 2009

Dass Energiepolitik für die Union ein relevantes Thema ist, zeichnete sich schon in den Vorläuferverträgen der Europäischen Union ab. „The European Union traces its origins to the establishment in 1952 of the European Coal and Steel Community (ECSC).“ (Duffield & Birchfield 2011, 2) Dieser, im deutschen Europäische Gemeinschaft für Kohle und Stahl (EGKS) genannte Zusammenschluss der sechs Staaten Frankreich, Deutschland, Italien und der Benelux Staaten hatte das Ziel, den Markt für den zu diesem Zeitpunkt dominierenden Energieträger Kohle zu harmonisieren und eventuellen Energieversorgungsunsicherheiten vorzubeugen. Die Energiepolitik spielte damit schon in den Anfängen der europäischen Integration eine wichtige Rolle und war von der Dominanz der Kohle als wichtigstem Energieträger stark geprägt.

Die Versuche, weitere Energieträger in den europäischen Integrationsprozess einzubinden, scheiterten jedoch vorerst - trotz erster Bestrebungen in der kurz darauf einsetzenden Suezkanalkrise. „Die Suezkanalkrise 1956 bot den ersten externen Anlass für die Hohe Behörde der EGKS, zu versuchen, ihre Kompetenzen auf Öl, Gas und Strom auszudehnen, wobei ihr allerdings kein Erfolg beschieden war.“ (Pollak & Slominski 2010, 69) Bei dieser Krise stand erstmals in der Geschichte der EU die Erdölversorgung von europäischen Staaten in Frage.

Als man die Verträge über eine gemeinsame Wirtschaftsgemeinschaft unterzeichnete, wurde allerdings nur die Kernenergie explizit in die Verträge integriert. „So wurden 1957 in Rom die Verträge über die Europäische Wirtschaftsgemeinschaft (EWG) und die Europäische Atomgemeinschaft (EAG) unterzeichnet (*Römische Verträge*). Nach einer problemlosen Ratifizierung traten die beiden Verträge am 1. Januar 1958 in Kraft.“ (Pollak & Slominski 2010, 67) Der später in Euratom umbenannte Vertrag hatte folgende Ziele: Zusammenlegung von Forschung im Kernenergiebereich zur friedlichen Nutzung, Investitionserleichterungen, eine gemeinsame Versorgungspolitik und einheitliche technische Sicherheitsstandards zum Schutz der Bevölkerung (vgl. Pollak & Slominski 2010, 68). Euratom ist bis heute Bestandteil der EU-Verträge geblieben. Eine weitere Zäsur in der europäischen Energiepolitik stellte 1973 die erste Ölkrise dar. Sie markiert zum Einen, was sich schon in der Suezkanalkrise abgezeichnet hatte, nämlich den Übergang vom Kohle- zum Ölzeitalter und zum Anderen stellte sie einen externen Faktor dar, welcher die Abhängigkeit der europäischen Staaten von

Erdöllieferungen empfindlich aufzeigte. Hervorgerufen wurde die Ölkrise durch das Eindringen ägyptischer Truppen in israelisches Hoheitsgebiet und die anschließende militärische Gegenreaktion von Israel und seinen westlichen Verbündeten, die die ägyptischen Truppen auf der Sinaihalbinsel besiegten und infolgedessen kam es zur Besetzung der syrischen Golanhöhen durch israelische Truppen. Als Reaktion auf die Parteinahme der westlichen Staaten schlossen sich die arabischen erdölexportierenden Länder am 4. November 1973 in der Organization of Petroleum Exporting Countries (OPEC) zusammen und entschieden, ihre Produktion deutlich zu vermindern. (vgl. Pollak & Slominski 2010, 72) Dadurch wurde auch ein Umdenken in der Energiepolitik angestoßen. „Standen bis 1973 die Versorgungssicherheit und ein niedrigeres Preisniveau im Mittelpunkt, so war es nun die sichere und dauerhafte Versorgung“ (Pollak & Slominski 2010, 74). Im Zuge dieses Paradigmenwechsels kam es 1974 zur Gründung der Internationalen Energieagentur (IEA), die als autonome Einheit der OECD eine Kooperation der Industriestaaten im Energiebereich darstellt. Unter ihrer Einbindung konnten Maßnahmen verabschiedet werden, welche im Sinne der Energieversorgungssicherheit standen. „Das *Übereinkommen über ein internationales Energieprogramm*, unterzeichnet von 16 Staaten und administriert von der IEA, sah einen automatischen Oil-Sharing-Mechanismus vor, wenn in einem der Teilnehmerländer eine Verknappung um sieben Prozent eintrat.“ (Pollak & Slominski 2010, 72) Beteiligt daran waren alle EWG-Staaten mit Ausnahme von Frankreich. Trotz dieser Maßnahmen konnte allerdings die zweite Ölkrise nicht verhindert werden. „Die zweite drastische Steigerung des Ölpreises folgte 1979, ausgelöst durch Förderungsaußfälle und Verunsicherung nach der Absetzung von Schah Reza Pahlavi durch Anhänger von Ajatollah Chomeini und dem im September 1980 beginnenden ersten Iran-Irak-Krieg.“ (Pollak & Slominski 2010, 74) Hinsichtlich ihrer Auswirkungen auf die Energiepolitik fiel die Reaktion deutlich geringer aus. Vielmehr kam in den 1980er Jahren ein neues energiepolitisches Thema auf die Agenda, welche in den bisherigen energiepolitischen Überlegungen nur eine marginale Rolle spielte.

1986 wurde mit der Unterzeichnung der Einheitlichen Europäischen Akte die Verbindung zwischen Energiepolitik und Umweltpolitik geschaffen. „Die EEA nahm den Umweltschutz in das Primärrecht der Gemeinschaft auf, wodurch es der Gemeinschaft von nun an erlaubt war, energiepolitisch relevante Rechtsakte auch über den Weg des Umweltschutzes zu erlassen.“ (Pollak & Slominski 2010, 77) Dieser hatte mit Auftreten der Umweltbewegungen und nicht zuletzt durch den Bericht des Club of Rome die *Grenzen des Wachstums* und er damit einsetzenden Erkenntnis, dass Ressourcen endlich sind, an Bedeutung gewonnen.

1992 kam es mit der Unterzeichnung des Vertrags von Maastricht, welcher am 1. November 1993 in Kraft trat, zu einer leichten Vertiefung der Integration im Energiebereich. „Dieser Vertrag, [...] erwähnte die Energie zum ersten Mal ausdrücklich im Primärrecht, allerdings wurde der Wunsch der Kommission nach einem eigenen Energiekapitel nicht Rechnung getragen.“ (Pollak & Slominski 2010, 81) Dadurch zeigt sich auch, dass Energiepolitik zwar immer ein wichtiger Bestandteil der allgemeinen europäischen Integration war, allerdings jegliche Versuche ein großes Energiekapitel zu verabschieden, nicht gelangen. „Until and through much of the 1990s, energy policy remained largely an orphan of the integration process.“ (Birchfield & Duffield 2011, 2) Trotz äußerer Faktoren, wie den beiden Ölkrisen, dem Aufkommen von anderen Energieträgern als Hauptenergieträgern und den neuen Herausforderungen durch den notwendig geworden Umweltschutz, scheiterten viele Versuche daran, diesen Herausforderungen mit einer starken europäischen Energiepolitik entgegenzutreten. “Every decade from the mid-1950s and to the mid-1990s saw at least one effort to establish a general European energy policy, but none of these came to fruition.” (Birchfield & Duffield 2011, 3) War die Energiepolitik in diesen Bereichen eher von einem fragmentarischen Charakter geprägt, so zeigte sie sich in anderen Bereichen durchsetzungsfähiger und zwar vor allem in jenem Bereich, der die Liberalisierung des europäischen Energiemarktes im Auge hatte. (vgl. Birchfield & Duffield 2011, 3) In diesem und im Sinne der Versorgungssicherheit konnte 1994 die europäische Energiecharta verabschiedet werden. „Energie sollte nunmehr nach GATT Regeln gehandelt werden; Exploration, Produktion und Transport sollten nicht diskriminierend sein. [...] Alle Unterzeichner müssen den Transport von Energie zulassen, auch wenn es Konflikte mit einem Partner gibt.“ (Pollak & Slominski 2010, 82) Des Weiteren sieht das Vertragswerk einen Versuch der Schaffung eines rechtlichen Rahmens für die Förderung langfristiger Zusammenarbeit im Energiebereich vor (vgl. europa.eu 2015b). Damit wurde der Versuch unternommen, Energiepolitik kompetitiver zu gestalten und staatliche Regulierungen zu vermindern.

1995 wurden mit dem Grünbuch „Für eine Energiepolitik in Europa“ der Europäischen Kommission die Versuche der Implementierung einer gesamteuropäischen Energiestrategie weitergeführt. Dieses Grünbuch setzt sich folgendes zum Ziel: Integration des Marktes, Deregulierung, Verminderung von staatlichen Eingriffen auf ein Minimum, Verbraucherschutz, Förderung des wirtschaftlichen wie sozialen Zusammenhalts, Wettbewerbsfähigkeit, Versorgungssicherheit und Umweltschutz in Einklang zu bringen. (vgl. Pollak & Slominski 2010, 85). Ein weiteres, für den Energiebereich bedeutendes

Grünbuch der Europäischen Kommission folgte 2000.¹² Dieses kann unter anderem als Grundstein für die Integration der Energiepolitik von den nuller Jahren bis heute angesehen werden – hin zu einer europäischen Strategie für europäische Energieversorgungssicherheit. Es wurde das Ziel formuliert, zwischen den Zielen Energieautarkie, Umweltschutz und Marktintegration zu vermitteln. (vgl. Pollak & Slominski 2010, 86, 87) Zum einen wurde deutlich, dass der Import von Energie in der EU auch in Zukunft eine wichtige Rolle spielen würde (vgl. Nuscheler 2009, 116) und zum anderen, betont es den Zusammenhang zwischen Energie- und Umweltpolitik. Dieser wird noch deutlicher, da die EU mit den Herausforderungen durch das Kyoto Protokoll konfrontiert wird. 2003 wurde in der Richtlinie 2003/87/EG die Grundlage für den Handel mit Emissionszertifikaten in der EU gelegt, welche insbesondere den Energiebereich betreffen. Die Richtlinie sieht vor, ein „System für den Handel mit Treibhausgasemissionszertifikaten“ zu schaffen, um das 2002 verabschiedete Kyoto Protokoll umzusetzen und damit nach dem Wettbewerbsprinzip den europäischen Emissionsausstoß zu verringern. (vgl. Richtlinie 2003/87/EG) Von dieser Richtlinie ist die Versorgung wie der Verbrauch von Energie in der EU betroffen. 2006 wurden neue Leitlinien für Transeuropäische Energienetze (TEN-E) beschlossen (Entscheidung Nr. 1364/2006/EG). Dabei sollen grenzüberschreitende Energienetze im Kofinanzierungsverfahren mit Mitteln der EU gefördert werden (vgl. europa.eu 2015c). Einen wieder umfassenderen Anspruch an die europäische Energiepolitik stellte das Grünbuch der Europäischen Kommission vom 8. März 2006, *Eine europäische Strategie für nachhaltige wettbewerbsfähige und sichere Energie* dar.¹³ „Es skizziert Maßnahmen zur Stärkung der Infrastruktur, zur Diversifizierung von Energieträgern, zur Verminderung der Energienachfrage und zum Ausbau von Energiekooperationen.“ (Nuscheler 2009, 116) Dieses ist besonders hinsichtlich jenes Aspekts interessant, dass es wieder eine gesamteuropäische Energiestrategie in den Vordergrund stellt. „In the middle of the decade, these somewhat scattershot efforts were replaced by a more integrated approach to energy policy.“ (Birchfield & Duffield 2011, 5) Dieser Anspruch stand dann auch während der Vertragsverhandlungen von Lissabon im Jahr 2007 im Vordergrund. Eine Policy, die dadurch entstand, war auch die Implementierung des SET-Plans. 2007 wurde von der Europäischen Kommission der europäische Strategieplan für Energietechnologie (SET-Plan) verabschiedet (COM(2007) 723 final). Dieser sieht die Erhöhung von Forschungsanstrengungen hinsichtlich der Entwicklung von kohlenstoffarmer Technologie vor, wie auch eine verbesserte Koordination der beteiligten Akteure. Darüber

¹² COM(2000) 769 final

¹³ COM(2006) 105 final

hinaus will der SET-Plan eine neue Führungsstruktur in der Energietechnologie implementieren, weshalb er eine gemeinsame strategische Planung dieser Vorhaben anstößt. (vgl. europa.eu 2015d) Der Vertrag von Lissabon markiert den Beginn der formalen Implementierung der Energiepolitik in das Vertragswerk der Europäischen Union und den Anspruch, dass die EU sich mit allen Formen von Energieträgern beschäftigen will.

4.5.2 Energiepolitische Integration nach dem Vertrag von Lissabon

Weitere Projekte, die Schritte zu einer vertiefenden Integration der Energiepolitik der EU darstellen, sind das in dieser Arbeit intensiv zu behandelnde Europäisches Energieprogramm zu wirtschaftlichem Wiederaufbau (EEPR). Dann folgte 2010 die Verabschiedung der Europa 2020 Energiestrategie mit den Zielen, Wettbewerb im Energiemarkt zu fördern, die Energieversorgung sicherzustellen und Nachhaltigkeitsziele zu fördern; ferner sollte diese viele parallel verlaufende Energievorhaben bündeln. 2012 verabschiedete die Kommission die Mitteilung *Erneuerbare Energien: ein wichtiger Faktor auf dem europäischen Energiemarkt*. In dieser bekräftigt die Kommission das Ziel, bis 2020 den Anteil erneuerbarer Energien in der EU auf 20% zu steigern. Außerdem gibt sie Hinweise über die Zeit nach 2020 hinaus und erhofft sich bis 2030 sowie darüber hinaus, mithilfe von Erneuerbaren Energien wirtschaftliches Wachstum zu schaffen. (vgl. COM(2012) 271 final). Die Nachfolge davon ist der Rahmen für die Energie- und Klimapolitik 2030 (vgl. COM(2014) 15 final).

Die 2020 Energiestrategie für Europa

Die Ziele der Energiestrategie 2020 beinhalteten fünf Schwerpunkte: Energieeffizienz, Schaffung eines integrierten Energiemarkts, Stärkung der Verbraucherautonomie sowie eine Erhöhung von Sicherheit und Gefahrenabwehr, außerdem der Ausbau der Führungsrolle Europas im Bereich von Energietechnologie und Innovation sowie die externe Dimension des europäischen Energiemarkts zu stärken.

Die effiziente Energienutzung sollte bis 2020 durch die Einsparung von 20 % der im Jahr 2010 verbrauchten Energie erreicht werden. Der integrierte Energiemarkt sollte ausgebaut werden, indem nationale Energiemärkte stärker integriert und grenzüberschreitende Energieverbindungen ausgebaut werden. Ferner sollte die Förderung erneuerbarer Energien stärker an die Wettbewerbsbedingungen angepasst werden. Energiesicherheit für die europäischen BürgerInnen und Unternehmen sollte geschaffen werden, indem die Energiepolitik verbraucherfreundlicher gestaltet wird und die Sicherheit und die Gefahrenabwehr bei Energieförderung und -transport erhöht werden. Der geforderte

Technologiewandel soll im Einklang mit den europäischen Zielen, eine Dekarbonisierung des Strom- und Verkehrssektors bis 2050 zu erreichen, stehen. Darin enthalten sind die Förderung von intelligenten Netzen sowie die Förderung einzelner Projekte im Bereich der erneuerbaren Energien. Der fünfte Schwerpunkt dieser Strategie sieht vor, die Energieaußenpolitik zu stärken, was bedeutet, soweit es möglich ist, auch EU-Nachbarstaaten in den gemeinsamen europäischen Energiemarkt zu integrieren, Importsicherheit zu gewährleisten bzw. Energieimporte zu diversifizieren und den Energiedurchfluss durch die Energietransitländer sicherzustellen. (vgl. COM (2010) 639 final/2)

Ein Rahmen für die Energie- und Klimapolitik bis 2030

Der Rahmen für die Energie- und Klimapolitik bis 2030 beinhaltet folgende Schwerpunkte: die Herbeiführung eines kosteneffizienten Emissionsreduktionspfades, die Verringerung des Emissionsausstoßes und die Förderung CO₂-armer Technologien bei Stärkung von Rechtssicherheit für Forschung und Entwicklung. Daneben wird - mit den 2020 Zielen vergleichbar - die Stärkung des Energiebinnenmarktes, die Senkung der Kosten für erneuerbare Energien, die Stärkung der Energiesicherheit und ein Benchmarking-System vorgesehen.

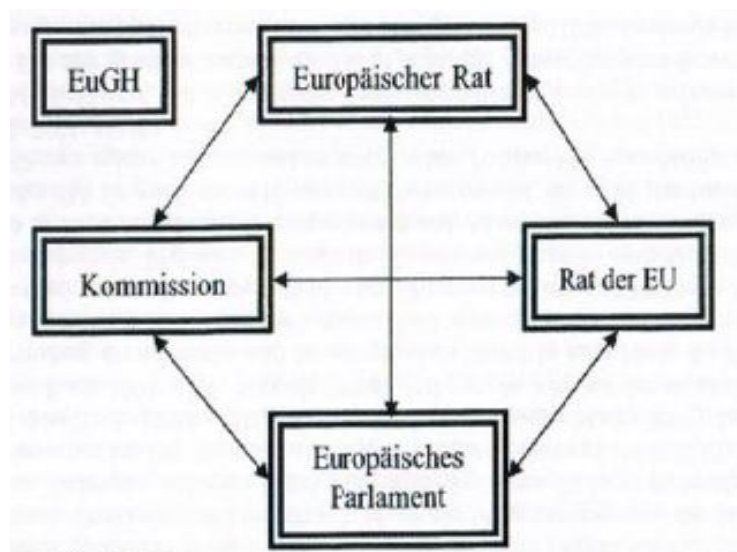
Der Treibhausgasausstoß soll bis 2030 um 40% gegenüber dem Niveau von 1990 verringert werden und dieses Ziel soll möglichst kostengünstig erreicht werden. Im Rahmen der Senkung steht auch der Wunsch nach einer Reform des derzeitigen Emissionshandelssystems. Im Bereich der erneuerbaren Energien stellt die Kommission derzeit durch unterschiedliche nationale Regelungen eine Behinderung des Wettbewerbs fest. Diese Regelungen sollen in Einklang gebracht werden, um die Ziele für erneuerbare Energie für die Zeit nach 2020 bearbeiten zu können. Ein weiteres Ziel ist, die Energieeffizienz in der EU zu steigern; erreicht werden soll dies unter anderem durch eine Einführung neuer Energieeffizienznormen. Ferner soll der Wettbewerb in den integrierten Märkten bei gleichzeitiger Gewährleistung sicherer und kostengünstiger Energie für die europäischen VerbraucherInnen garantiert werden. Auch die Versorgungssicherheit soll mithilfe der Diversifizierung der Energiebezugsländer für Energieimporte und der Förderung von Energie aus nichtfossilen Brennstoffen gefördert werden. Ein neuer europäischer Governance-Plan soll geschaffen werden, um nationalstaatliche und europäische Energiepolitik in Einklang zu bringen, vor allem zur Zielerreichung europäischer Energiepolitik und zur Harmonisierung des europäischen Energiemarktes. Ein Benchmarking-System soll geschaffen werden, um die Erfüllung der Ziele nachverfolgen zu können. Darüber hinaus sieht der Energierahmen Einzelmaßnahmen vor, z.B. Emissionen im Verkehr zu senken, Technologien wie die CO₂-

Abscheidung und Innovationen allgemein zu fördern oder die internationale Dimension der Energiepolitik stärker in den Fokus zu nehmen. (vgl. COM(2014) 15 final).

4.6 Akteure der europäischen Energiepolitik

Dieses Kapitel versucht allgemein einen Überblick über die Akteure der Energiepolitik in der Europäischen Union zu geben. Dieser Abschnitt soll weniger dazu dienen, aufzuzeigen, wie das politische System der Europäischen Union im Allgemeinen funktioniert, denn diese Informationen können aus diversen Fachbüchern viel ausführlicher und umfangreicher bezogen werden, als es in dieser Masterarbeit möglich wäre. Vielmehr soll es in diesem Abschnitt darum gehen, herauszuarbeiten, welche Rolle die derzeit relevante Literatur den Akteuren in der europäischen Energiepolitik zuschreibt.

Abb. 9 Die Institutionen der EU



(Quelle: Wessels 2009)

Das politische System der Europäischen Union umfasst die folgenden Institutionen: im Bereich des Decision-Making-Prozesses umfasst es den Europäischen Rat, die Europäische Kommission, das Europäische Parlament, den Rat der Europäischen Union; im Judikativen den Europäischen Gerichtshof (EuGH) als oberstes Gericht der Europäischen Union. All diese Institutionen unterscheiden sich merklich in ihren Kompetenzen und Aufgaben.

Der Europäische Rat steht an der Spitze der Institutionen und setzt sich aus den Staats- und Regierungschefs der europäischen Mitgliedsstaaten sowie dem Ratspräsidenten zusammen. Er ist für die allgemeinen politischen Zielvorstellungen der EU zuständig und legt die politischen

Prioritäten fest. Anders als die anderen Institutionen der EU darf er allerdings keine Rechtsvorschriften erlassen. In der Regel kommt der Europäische Rat viermal zusammen. Mit dem Inkrafttreten des Vertrags von Lissabon 2009 wurde der Europäische Rat auch offiziell zur politischen Institution der EU. (vgl. european-council.europa.eu 2014) Davor besaß der Europäische Rat lediglich den Status einer intergouvernementalen Institution (vgl. Harbo 2005, 124).

Die Europäische Kommission, auch bekannt als „Motor der europäischen Integration“ sowie als „Hüterin der Verträge“ besteht - seit dem Beitritt Kroatiens - aus 28 KommissarInnen, welche jeweils Verantwortung für ein bestimmtes Ressort innehaben. Unterstützt werden sie vom Kommissionspräsidenten, welcher seit dem Vertrag von Lissabon direkt vom Europäischen Parlament gewählt wird. Sie besitzt das alleinige Initiativrecht in der EU und stellt die Einhaltung der EU-Verträge sicher. (vgl. europa.eu 2015e)

Das europäische Parlament ist die einzige Institution, deren Mitglieder direkt gewählt sind. Zusammen mit dem Rat der Europäischen Union verabschiedet es Verordnungen und Richtlinien.

Des Weiteren gilt es den Europäischen Gerichtshof zu erwähnen. Der EuGH wird zu den klassischen Institutionen der EU gezählt. In der Energiepolitik gestaltet er zwar nicht direkt Gesetze mit, doch prägen seine Urteile dennoch die Richtung, in die sich einzelne politische Fragen entwickeln. (vgl. Fischer 2011, 51)

Neben diesen klassischen Institutionen gibt es noch die Interessensvertretungen, darunter den Wirtschafts- und Sozialausschuss der Europäischen Union, der sich aus den VertreterInnen von Wirtschaftsverbänden, Sozialpartnern und Verbänden zusammensetzt. Der Ausschuss der Regionen besteht aus den VertreterInnen der Regionen der EU-Staaten. Beide haben ein institutionalisiertes Begutachtungsrecht von EU-Verordnungen und Richtlinien. Darüber hinaus gibt es eine Vielzahl an nichtinstitutionalisierten Interessensvertretungen, Think Tanks und Lobbying-Büros, die versuchen, Einfluss auf die Rolle des Decision-Making-Prozess der EU zu nehmen. Zuletzt bleiben noch die Mitgliedstaaten zu erwähnen, die ebenfalls Einfluss auf den politischen Prozess der EU nehmen können.

4.6.1 Der Europäische Rat

In der Energiepolitik ist der Europäische Rat befugt, die Leitlinien vorzugeben und wird in diesem Politikfeld in den letzten Jahren immer wichtiger. „In der Energie- und Klimapolitik, hat v.a. die Bedeutung des Europäischen Rates zugenommen.“ (Christoffersen 2009, 85 cit in

Pollak & Slominski 2010, 99) Der Europäische Rat ist neben dem Rat der Europäischen Union eine Institution, in der die Mitgliedsstaaten ihre Interessen im Institutionengefüge der EU direkt formulieren können.

„Durch seine Leitungs- und Lenkungsfunction werden den Ratsformationen durch die Schlussfolgerungen des Europäischen Rates bereits Strukturen vorgegeben, auch wenn diese keinen Gesetzgeberischen Charakter haben. Gleichzeitig bereiten der Umwelt- oder Energieministerrat die Sitzungen des Europäischen Rates vor.“ (Fischer 2011, 62)

In Energiefragen gibt es somit durchaus Interdependenzen zwischen Europäischen Rat und Ministerrat. Der Europäische Rat fungiert u.a. als Ideengeber in der Energiepolitik: „Seine Relevanz besteht darin, dass er zentrale politische Richtungsentscheidungen vornimmt und die Ziele formuliert“ (Pollak & Slominiski 2010, 99). Damit übernimmt er in der Energiepolitik eine ähnliche Rolle wie generell im politischen System der Europäischen Union.

4.6.2 Die Europäische Kommission

Im politischen System der EU ist die Kommission mit keinem anderen EU-Organ zu vergleichen. Sie ist das alleinige Initiativorgan der EU-Gesetzgebung. „Die Kommission ist einerseits Initiativorgan der EU, besitzt jedoch nur wenig Einfluss auf die Ergebnisse von Entscheidungsprozessen; Sie verfügt über keine direkte Legitimation durch die Unionsbürger und ist dennoch das größte EU-Organ“ (Fischer 2011, 52). Ferner hat sie Budgethoheit und vertritt die EU nach außen. „The Commission is responsible for proposing EU legislation, managing and implementing EU policies and the budget, enforcing EU law (jointly with the ECJ), and representing the EU on the international stage (for example the WTO).“ (Hix & Lord 2011, 8) In der Europäischen Kommission sind bislang den Ressorts wiederum so genannte Generaldirektionen (DG)¹⁴ unterstellt. Da Energiepolitik ein Feld ist, welches eine Vielzahl von Stakeholdern hat, stehen diese aufgrund von inhaltlichen Überschneidungen in gewisser Weise in Interdependenz zueinander. Einen Überblick zu geben, welche DGs Hauptakteure in der Energiepolitik sind, versucht die International Energy Agency (IEA) im Jahr 2008. Dabei sind die relevantesten Generaldirektionen für den Energiebereich laut IEA¹⁵, unter Einbezug der mittlerweile fortgeschrittenen EU-Integration, gilt zunächst die DG Energie (ENER) zu nennen welche die zentrale Initiativkraft im Energiebereich ist. Ferner haben die DG Mobilität und Verkehr (MOVE), vormals mit der DG Energie verbunden, die

¹⁴ DG = franz.: Direction Générale

¹⁵ Aufgrund des Fortschritts der EU-Integration kam es zur Veränderung in der Struktur der DG's, die ursprüngliche Liste mit Stand 2008 reiht die DG's folgendermaßen: Transport and Energy (TREN), DG Competition (COMP), die DG Environment (ENV), die DG Enterprise (ENT), die DG External Relations (RELEX), die DG Research (RES), die DG Trade und das Joint Research Center (JRC). (vgl. IEA 2008, 35, 36)

DG Wettbewerb (COMP), welche die gemeinsame Wettbewerbspolitik beaufsichtigt sowie die DG Klimapolitik (CLIMA), die verantwortlich für Klimapolitik ist, Einfluss auf die Energiepolitik. Im Laufe dieser Arbeit kam es zur Umgestaltung der Kommission durch die Wahl Jean-Claude Junckers zum Kommissionsvorsitzenden und seiner Umgestaltung der Kommission. In der Kommission Barroso II war der zuständige Kommissar der Deutsche Günther Oettinger. Jetzt ist der Spanier Miguel Arias Cañete für den Energiebereich zuständig. Zusätzlich bekam der Slowake Maroš Šefčovič die Zuständigkeit zur Entwicklung der Energieunion, wodurch seine Zuständigkeit auch in den Energiebereich fällt. Unterstützt werden beide vom französischen Generaldirektor der DG, Dominique Rostori, der bislang seine Position behalten durfte. Hinzu kommen noch die DG Unternehmen und Industrie (ENTR), verantwortlich für Unternehmen und Industrie, der European External Service (EEAS), verantwortlich für die EU Außenbeziehungen, DG Forschung und Innovation (RTD), DG Handel (Trade) und die Gemeinsame Forschungsstelle (JRT). (vgl. IEA 2008, 35, 36) Im Zuge der fortschreitenden europäischen Integration betreibt die Kommission auch eine tiefere Integration der europäischen Energiepolitik.

„Die Kommission tritt generell für eine stärkere Rolle der EU in sämtlichen Bereichen der Energiepolitik ein und betrachtet den Energiebinnenmarkt als zentralen Dreh- und Angelpunkt einer einheitlichen europäischen Energiepolitik, einschließlich ihrer klima-, außen und sicherheitspolitischen Dimension – eine Einschätzung, die angesichts der starken Kompetenzen der Kommission wenig überrascht.“ (Pollak & Slominski 2010, 100)

Initiativkraft bedeutet, dass meist die Vorschläge für Verordnungen und Richtlinien von der Kommission verabschiedet werden und dem Rat und dem Parlament mitgeteilt werden. Über Pläne und Vorhaben informieren Weiß- und Grünbücher, die dazu dienen, im Initiativprozess öffentliche Konsultationen einzuholen. Meist geht den EU-Verordnungen und Richtlinien im Energiebereich ein längerer Initiativwerdungsprozess in der Kommission voraus, bis sie von Rat und Parlament verabschiedet wurden.

4.6.3 Das Europäische Parlament

Das Europäische Parlament ist in seiner Tätigkeit, was den Energiebereich betrifft, sicherlich eine der transparentesten Institutionen. „Das Europäische Parlament ist das einzige Organ der EU, das direkt von den Bürgerinnen und Bürgern gewählt wird. Folglich setzt es sich aus den Vertretern der Unionsbürgerinnen – und Bürgern zusammen“ (Pollak & Slominski 2012, 71). Auch was seine demokratische Legitimation betrifft, ist es somit im Institutionengefüge der EU eine der demokratisch legitimiertesten Institutionen. Mit dem Vertrag von Lissabon gab

es für das Europäische Parlament sowohl einen Kompetenzzugewinn wie auch eine Veränderung in der Anzahl der Parlamentssitze. Laut Artikel 14 Abs. 1 EUV wird das Europäische Parlament „mit dem Rat als Gesetzgeber tätig und übt gemeinsam mit ihm die Haushaltsbefugnisse aus. Es erfüllt Aufgaben der politischen Kontrolle und Beratungsfunktionen nach Maßgabe der Verträge. Es wählt den Präsidenten der Kommission“ (EUV Artikel 14 Abs. 1). Das Parlament muss also bei Verordnungen und Richtlinien gemeinsam seine Zustimmung erteilen, damit diese in Kraft treten können. „Nur in wenigen – im Übrigen auch nicht sonderlich wichtigen – Politikbereichen kann der Rat noch ohne Zustimmung des Parlaments beschließen“ (Hartmann 2009, 137).

Was die Anzahl der Sitze im Europäischen Parlament betrifft, so sind die einzelnen Mitgliedsstaaten ihrer Größe nach repräsentiert. Mit der diesjährigen Europawahl greifen auch hier die Änderungen des Vertrags von Lissabon, welcher die Sitzverteilung neu regelt. Die Anzahl der Sitze im Europäischen Parlament darf demnach laut EUV Artikel 14 Abs. 2 „750 nicht überschreiten, zuzüglich des Präsidenten, die Bürgerinnen und Bürger sind im Europäischen Parlament degressiv proportional, mindestens jedoch mit sechs Mitgliedern je Mitgliedstaat vertreten. Kein Mitgliedstaat erhält mehr als 96 Sitze“ (EUV Artikel 14 Abs. 2). Das bedeutet, dass Österreich zum Beispiel einen Sitz hinzugewann und Deutschland einen Sitz verlor. Wie auch in nationalen Parlamenten, ist der Großteil der Abgeordneten in Fraktionen entlang der traditionellen Parteifamilien organisiert, allerdings sollte man vorsichtig sein, Fraktionen im Europäische Parlament Fraktionen in einem nationalen Parlament gleichzusetzen. „The EU confronts domestic political parties with a new structure of threats and opportunities.“ (Hix & Lord 1997, 5) Im Abstimmungsverhalten der Parteien können also durchaus Unterschiede zum Abstimmungsverhalten in nationalen Parlamenten auftreten. Die derzeit im Europäischen Parlament vertretenen Fraktionen sind: EVP, S&D, ALDE, GREENS/EFA, ECR, GUE/NGL, EFD und eine Anzahl Abgeordneter, die fraktionslos sind (vgl. europarl.europa.eu 2014).¹⁶ Aufgrund der hohen Anzahl der Abgeordneten von EVP und S&D nehmen diese beiden Gruppen bisher eine dominierende Stellung ein.

Wie in nationalen Parlamenten auch, kommt den jeweiligen Ausschüssen eine besondere Rolle zu. Eine ganz klare Trennung, welcher Ausschuss für Energiefragen zuständig ist, lässt

¹⁶ EPP: Fraktion der Europäischen Volkspartei (Christdemokraten) und europäischer Demokraten, S&D: Fraktion der Sozialdemokratischen Partei Europas, ALDE:Fraktion der Allianz der Liberalen und Demokraten für Europa, GREENS/EFA: Fraktion der Grünen / Freie Europäische Allianz, ECR: Europäische Konservative und Reformisten, GUE/NGL: Europäischen Linke/Nordische Grüne, EFD: Fraktion „Europa der Freiheit und der Demokratie“, Fraktionslose (vgl. europarl.europa.eu 2014)

sich hier nicht vornehmen, da sich manche Politikfelder überschneiden. Dennoch gibt es zwei Ausschüsse, die sich in besonderem Maße mit energiepolitischen Themen beschäftigen. Der Ausschuss für Industrie, Forschung und Energie (ITRE) bereitet legislative Entscheidungen, die Energiepolitik betreffen, vor und ist dabei nahezu federführend. Der Ausschuss für Umweltfragen, Lebensmittelsicherheit und Volksgesundheit (ENVI) trägt die Hauptverantwortung für klimapolitische Entscheidungen des Europäischen Parlaments. Da es mitunter zu inhaltlichen Überschneidungen zwischen Energie- und Umweltpolitik kommt, sind die Zuständigkeiten der beiden Ausschüsse oft umstritten. Darüber hinaus gab es in den Jahren 2007-2009 einen nichtständigen Ausschuss zum Klimawandel, der allerdings nicht über gesetzgeberische Befugnisse verfügte. (vgl. Fischer 2011, 59)

Insgesamt nimmt das Parlament nicht nur am Gesetzgebungsprozess teil, sondern treibt auch zumindest einen Teil der Integration der Energiepolitik voran. Denn „[d]as Europäische Parlament war in der Vergangenheit stets eine treibende Kraft der weiteren Europäisierung energiepolitischer Fragen“ (Fischer 2011, 60). In der europäischen Energiepolitik nimmt das Parlament damit durchaus eine gestaltende Rolle ein.

4.6.4 Der Rat der Europäischen Union

Der Rat der Europäischen Union, auch als Ministerrat bekannt, ist allgemein zuständig für die Verabschiedung von Normen. „Der Rat besteht dabei aus je einem Vertreter eines Mitgliedsstaates auf Ministerebene, der für den von ihm vertretenen Staat auf verbindliche Weise handeln darf.“ (Uccar & Gschiegl 2010, 196) Der Europäische Rat setzt sich dabei in unterschiedlicher Formation je nach Politikbereich zusammen. „Zu differenzieren gilt es dabei zwischen dem allgemeinen Rat, der sich aus den jeweiligen Außenministern zusammensetzt, und den Fachministerräten, die nach jeweiligen Fachbereichen und Politikfeldern benannt sind“ (Uccar & Gschiegl 2010, 196). Insgesamt kennt der Ministerrat eine Vielzahl an Formationen und Zusammensetzungen. Der Ratsvorsitz rotiert nach einem festgelegten Prinzip - was wichtig dahingehend ist, als dass die Ratspräsidentschaft Einfluss auf die jeweilige Energiepolitik haben kann (vgl. Fischer 2011, 62). Mit Bezug auf den Vorsitz im Rat der Europäischen Union nimmt der Rat der Außenminister eine Sonderstellung ein. „Den ständigen Vorsitz im Rat der Außenminister führt die Hohe Vertreterin der Union für Außen- und Sicherheitspolitik. Bei den übrigen Tagungen des Rates führt der betreffende Minister des EU-Mitgliedstaats den Vorsitz, der turnusmäßig den EU-Ratsvorsitz innehat. (vgl. europa.eu 2015f). Der Rat der Europäischen Union ist die Institution, in der die Interessen der Regierungen der EU-Mitgliedstaaten berücksichtigt werden. „Im Lichte der institutionellen

Leitideen kann der Rat als intergouvernemental ausgerichtetes Gremium verstanden werden, das Regierungen zur Durchsetzung nationaler Interessen gegenüber EG-Organen supranationaler Ausrichtung nutzen.“ (Wessels 2008, 191) Dies wird vor allem auch im Bereich der Energiepolitik zum Ausdruck gebracht. Hierbei werden Ratssitzungen dazu genutzt, die energiepolitischen Positionen der jeweiligen Regierungen innerhalb der EU zu formulieren. „In der Energiepolitik stellt der Ministerrat die einzige Institution dar, in der explizit die jeweiligen Ausgangslagen und Probleme der einzelnen Mitgliedsstaaten zum Tragen kommen.“ (Fischer 2011, 62) Wie das Europäische Parlament ist der Rat der Europäischen Union befugt, Änderungsvorschläge für Richtlinien und Verordnungen zu machen.¹⁷

Doch welche Ratsformation ist genau zuständig für die Energiepolitik der EU? In der Beantwortung dieser Frage lässt sich keine genaue Abgrenzung der Zuständigkeiten treffen, da die Energiepolitik in der EU ein Politikbereich ist, der unterschiedliche Politikfelder beeinflusst. Insgesamt lässt sich sagen, dass in der Energiepolitik der Ministerrat in der Formation Verkehr, Telekommunikation und Energie in erster Linie für energiepolitische Fragen zuständig ist. Des Weiteren befasst sich auch der Umweltministerrat mit Energiefragen. Darüber hinaus ist der Rat für Allgemeine Angelegenheiten, der Rat für Auswärtige Angelegenheiten oder auch der Rat für Wettbewerbsfähigkeit in einigen Fällen für Energiepolitik zuständig. (vgl. Fischer 2011, 62)

4.6.5 Interest Groups

Die Rolle der InteressensvertreterInnen ist höchst ambivalent. Zum einen stehen sie im Verdacht, ohne Kompromisse für ihre eigenen Interessen zu lobbyieren, zum anderen ist die Frage nach ihrem tatsächlichen politischen Einfluss in den Politikwissenschaften umstritten. Unterstützen sie den politischen Betrieb konstruktiv mit ihrer Expertise? Oder beeinflussen sie das politische System in eine bestimmte Richtung? Dieser Abschnitt wird sich mit der Rolle der InteressensvertreterInnen im Energiebereich befassen.

Der Versuch, auf den politischen Betrieb der EU Einfluss zu nehmen, beginnt in professionalisierter Form in den 70er Jahren. „Lobbying of the political process by private firms took off at the national level in Europe in the 1970’s and 1980’s, when governments began to set standards for the marketplace through new forms of economic and social regulation.“ (Hix & Høland 2011, 165) Damit entstanden neue Akteure, die abseits der institutionalisierten EU-Institutionen stehen. Die Anzahl der InteressensvertreterInnen ist

¹⁷ Das Gesetzgebungsverfahren der EU wird im Artikel 294 des Allgemeinen Vertrags über die Arbeitsweise der Europäischen Union (AEUV) festgelegt.

seitdem kontinuierlich angewachsen. „Together these groups employ over 10.000 people, in other words there are as many people on the outside in Brussels trying to influence the EU institutions as there are on the inside involved in drafting and negotiating EU-Policies.” (Hix 2011, 447) Die genaue Anzahl kann allerdings schwierig belegt werden, da sie variiert. Ein Grund dafür ist die geringe Größe der Büros - um als Interessensvertretung ein Büro in Brüssel zu betreiben, benötigt es nicht viel. Brüssel steht hier sinnbildlich als Ort, weil hier derzeit die meisten Interest Groups sitzen, selbstverständlich können sich diese auch an anderen Orten befinden. Tatsächlich sind die Büros der Interest Groups, gemessen an ihrem partiellen Einfluss, eher klein. “Large firm EU public affairs capacities in Brussels are often quite small, based around one executive and a personal assistant.” (Greenwood 2011, 19) Ergänzt wird das Personal in manchen Fällen noch durch ein bis zwei PraktikantInnen. Was den Energiebereich betrifft, sind die Interessensverbände hinsichtlich der Personalanzahl im EU-Betrieb stark vertreten. Betrachtet man die zehn personalstärksten Interessensverbände, gibt es dort allein acht Stück, die für die Energiefragen eine bedeutende Rolle spielen (vgl. Greenwood 2011, 73).¹⁸

Für Interessensvertretungen gibt es die Möglichkeit, sich in das Transparenzregister der EU, das European Transparency Register (ETR), einzutragen. Dieses garantiert bestimmte Privilegien, wie den Zugang zu EU-Institutionen und soll auch bestimmte Regeln für Interessensvertretungen festlegen. „Am 25.06.2014 waren 6652 Organisationen registriert“ (ec.europa.eu 2014). Die Bandbreite der Organisationen reicht von so genannten In-House-Lobbyisten zu Gewerbe- und Berufsverbänden, die die größte Anzahl mit 3305 registrierten Interessensvertretungen stellen. Als zweitgrößte Gruppe fungieren die Nichtregierungsorganisationen (NGOs) mit 1707 Interessensvertretungen, danach kommen Beratungsfirmen, Anwaltskanzleien und selbständige Berater (816 Organisationen). An dritter Stelle mit 480 Organisationen liegen Think Tanks; Forschungs- und Hochschuleinrichtungen folgen an vierter Stelle. Darüber hinaus gibt es Organisationen, die lokale, regionale und kommunale Behörden und andere öffentliche oder gemischte Einrichtungen vertreten (302 Organisationen), sowie eine geringe Anzahl an Organisationen, die Kirchen und Religions-

¹⁸ Liste der europäischen Interessensverbände mit den meisten Mitarbeitern 2011: 1. European Chemicals Industry Association (CEFIC, 160 MitarbeiterInnen), 2. Committee of Agricultural Organisations in the EU COPA/COGECA (50 MitarbeiterInnen), 3. European Federation of Pharmaceutical Industry Associations (EFPIA, 46 MitarbeiterInnen), 4. Business Europe (45 MitarbeiterInnen), 5. Association of European Insurers (CEA, 44 MitarbeiterInnen), 6. Union of the Electric Industries (EURELECTRIC 32 MitarbeiterInnen), 7. European Association of Craft, Small and Medium Sized Enterprises (UEAPME, 32MitarbeiterInnen), 8. European Confederation of Iron and Steel Industries (EUROFER, 30 Mitarbeiter), 9. European Cement Industrie Association (CEMBUREAU, 29MitarbeiterInnen), 10. European Association of Chambers of Commerce and Industry (EUROCHAMBERS, 27MitarbeiterInnen) (vgl. Greenwood 2011, 73)

gemeinschaften vertreten. (vgl. ec.europa.eu 2014) Zu beachten gilt es bei dieser Auswahl allerdings, dass nicht alle auf der EU-Ebene lobbyierenden Organisationen in diesem Register vermerkt sind. „Conversely, the register is not mandatory, though entries are incentivized, and there remain some organizations which are everyday players in EU-interest representation which are not signed up.” (Greenwood 2011, 9) Dieser Umstand macht es auch nicht immer leicht, den tatsächlichen Einfluss von Interessensgruppen auf EU policies zu untersuchen, da die Unterschiede zwischen formellen und informellen Interessenvertretung fließend sind. Hinzu kommt die Besonderheit des politischen Systems der EU, dass Interessen nicht nur auf EU-Ebene vertreten werden müssen, um europäische Entscheidungen zu beeinflussen. “Most interests, in recognition that they are significantly affected by EU policy, develop channels of political communication at both national and European levels.” (Greenwood 2011, 27) Es hängt von jeweiligen Interessen und Strategien ab, wie erfolgreich diese Art der Einflussnahme ist. Interest Groups nehmen somit tatsächlich Einfluss auf das politische System der EU und auf den Energiebereich. Ferner lässt sich konstatieren, dass es im Charakter von interessensvertretenden Organisationen liegt, zu versuchen, über einen privilegierten Weg Zugang zum politischen Geschehen zu bekommen. “This carries with inherent elite tendencies, which conditions the character of their contribution.” (Greenwood 2011, 21) Dadurch können sich informelle und nicht unbedingt demokratisch legitimierte Netzwerke ergeben. „Certainly, most EU interest groups are associations of associations, operated by professional staff with a focus more on the ‘Brussels circuit’ of exchanges rather than on ‘communicating Europe’.” (Greenwood 2011, 21) Der tatsächliche Einfluss von Lobbyismus muss hingegen nicht unbedingt von den Ressourcen, die einer Interessensvertretung zur Verfügung stehen, bestimmt sein.

“However, business interests do not have it all their own way. On the one hand, the centralization of market regulation in Brussels provides a focus for public interests, such as trade unions and environmental groups, to organize at the European level. On the other hand, institutional competition between the EU-institutions provides an incentive for the Commission and the European Parliament to grant access to and even fund underrepresented groups.” (Hix & Høland 2011, 185)

Zusammenfassend lässt sich sagen, dass InteressensvertreterInnen im politischen Betrieb der EU auf nahezu allen Ebenen versuchen, Einfluss auf das politische Geschehen der EU zu nehmen. Konträr zu den offiziellen VertreterInnen der EU-Institutionen bestimmt die Qualität ihrer Netzwerke und ihrer Argumente den Erfolg der Einflussnahme. Eine große Anzahl der Interessensvertretungen sind von den Geschehnissen in der Energiepolitik betroffen, was zur Annahme führt, dass sie in diesem Bereich auch versuchen, ihre Interessen durchzusetzen.

4.6.6 Die Rolle der EU-Mitgliedstaaten

Selbstverständlich spielen die 28 EU- Mitgliedstaaten in der Energiepolitik der EU eine Rolle, da es sich um einen supranationalen Staatenbund handelt und sich somit EU-Entscheidungen auch unmittelbar auf die Mitgliedstaaten auswirken. In diesem Abschnitt soll das Verhältnis zwischen EU und ihren Mitgliedstaaten in der Energiepolitik auf institutioneller Ebene beleuchtet werden. Wichtig ist, dass EU-Entscheidungen in der Energiepolitik auch wegweisend für die Mitgliedstaaten sein können und nicht in allen Fällen nur einen Kompromisscharakter haben. „Die Europäische Union ist trotz ihrer supranationalen Elemente in erster Linie eine Gemeinschaft ihrer Mitgliedstaaten. Dennoch ist die EU Politik meist mehr als der kleinste gemeinsame Nenner der mitgliedstaatlichen Positionen.“ (Fischer 2011, 64) Während bei großen Entscheidungen oft noch ein Konsens zwischen den Mitgliedstaaten gefunden werden kann, treten eher bei der konkreten Umsetzung bestimmter Politikfelder Differenzen zwischen den verschiedenen EU-Staaten auf. „Einzelstaatliche Differenzen treten dann erst in einer späteren Phase des *Policy Cycle* auf – dann, wenn es um konkrete Regelungen im Rahmen der von bindenden Rechtsakten bzw. um die Implementierung europäischer Politik geht.“ (Pollak & Slominiski 2010, 99) Darüber hinaus finden sich in der EU in Bezug auf die Mitgliedstaaten auch Elemente, die einem föderalen Staatssystem ähneln - gerade im Bereich der Entscheidungsfindung. Im Einzelnen ist dabei jener Trend gemeint, dass kleine Staaten im Verhältnis zu ihrer Einwohneranzahl und ihrer Größe eher überrepräsentiert und große Staaten unterrepräsentiert sind. (vgl. Anderson 2008, 16) Insgesamt muss jedoch konstatiert werden, dass die Positionierung der Mitgliedstaaten auch als Ausdruck der jeweilig vorherrschenden Interessenskonstellationen gewertet werden kann.

4.7 Zwischenfazit der Energiepolitik der EU

Das Zwischenfazit über den europäischen Energiemix in der Krise, die historische Situation und die institutionellen Akteure in der Energiepolitik umfasst folgende Punkte: eine krisenhafte Ausformung der europäischen Energiepolitik in den Zeiten der multiplen Krise, eine sich langsam entwickelnde, ganzheitliche Integration der Energiepolitik und eine Akteurskonstellation, bei der neben der etablierten Politik auch andere Akteure, wie dominante gesellschaftliche Gruppen und einzelne Mitgliedstaaten auftreten.

Der europäische Energiemix ist durch eine immer noch starke Nutzung von traditionellen Energieträgern gekennzeichnet. So scheint sowohl die Finanz- und Wirtschaftskrise, wie auch

die darauf folgende Staatsschuldenkrise Einfluss auf die Energienutzung und Produktion zu haben. Aber auch die Klima- und Energiekrise wird durch den europäischen Energiemix mitverursacht. Die Nutzung traditioneller Energieträger ist mit Nachteilen behaftet. Einer davon ist die hohe Importabhängigkeit der EU bei den r traditionellen Energieträgern. Während in Bezug auf Kohle auch die Nutzung von europäischer Kohle denkbar wäre, ist es im Bereich Erdöl und Erdgas nach derzeitigem Stand der Forschung für die EU aufgrund mangelnder eigener Ressourcen schlichtweg nicht möglich, energieautark zu sein. Dies schafft Importabhängigkeit und bringt negative Folgen für die Umwelt mit sich. Auch erneuerbare Energien spielen noch eine geringe Rolle in der Energiepolitik. Die in der Theorie der multiplen Krise aufgestellten Bedingungen für die Energiekrise zeigen sich allein schon in der Betrachtung des europäischen Energiemix': Folgeschwer ist die Importabhängigkeit der EU vor allem bei den Energieträgern Kohle, Öl und Gas sowie ein noch geringer Anteil erneuerbarer Energien bei der Gesamtproduktion. Die einzige Konstante ist, dass der Anteil der EU am weltweiten Energieverbrauch vermutlich zurückgehen wird, allerdings um den Preis eines vermuteten weltweiten Anstiegs des gesamten Energiebedarfs. Hierbei stellt sich die Frage der Verlagerung des Problems.

Die energiepolitische Integration ist ein fortlaufender Prozess. Unter den gegebenen Umständen zeigt sich diese seit Beginn der stärkeren europäischen Integration Anfang der 90er Jahre und stand unter dem Einfluss des neoliberalen Hegemonieprojekts. In die europäische Energiepolitik integrierten sich vor allem schwerpunktmäßig jene Bereiche, die mit dem Projekt "Europäischer Binnenmarkt" im Zusammenhang stehen. Dies findet seinen Ausdruck in den Zielvorgaben der Europäischen Energiepolitik im AEUV. Vor allem in der starken Betonung des Marktes, denn das Ziel der unbedingten Garantie eines liberalisierten Marktes wird über alle anderen Ziele gestellt. „Die EU stellt sich damit als institutionell verankerte Arena dar, die durch neoliberale Kräfte dominiert, aber keineswegs vollkommen kontrolliert wird.“ (Bieling & Steinhilber 2000, 104) Trotz der noch vorhandenen Stärke des neoliberalen Hegemonieprojekts sieht sich die energiepolitische Integration auch durch die Entwicklungen der Vielfachkrise zu Veränderungen gezwungen. Der Abbau der Energieabhängigkeit und der Wunsch nach einer umweltfreundlichen Energieversorgung tauchen zumindest in den Zielen des AEUV auf, wenn auch verbunden mit der Forderung nach einem liberalisierten Energiebinnenmarkt.

Die Analyse der Akteure in der europäischen Energiepolitik zeigt das Bild einer nach wie vor ungleichen Machtverteilung. Das vielzitierte „Demokratiedefizit“ der EU ist nach wie vor

gegeben, da nicht alle Institutionen direkt demokratisch legitimiert sind. Dies geht mit einer zunehmenden Professionalisierung der Einflussnahme auf die europäische Politik einher. „Das demokratische Defizit und die zunehmende Dominanz von sozialen Kräften, die mit dem transnationalen Kapital und seinem weitgehend neoliberalen Projekt verbunden sind, bilden in diesem Sinne zwei Seiten ein- und derselben Medaille.“ (Van Appeldoorn 2000, 193) Dies trifft auch auf die Energiepolitik zu. Hier sind die entscheidenden Akteure vor allem die Europäische Kommission, der Europäische Rat und gesellschaftliche Gruppen mit ungleich verteilten Einflussmöglichkeiten. Rein formal sind die Institutionen zwar nicht auf externe Beratungen der Politik angewiesen, doch zeigt die Analyse der Akteure, dass auch so genannte Interest Groups einen Einfluss auf die Gesetzgebung der EU haben.

Dabei nimmt die Kommission eine besondere Stellung ein.

„Aufgrund der Besonderheit der Europäischen Kommission als alleinige Initiativkraft der EU ist es für diese auch bedeutend die Unterstützung mächtiger gesellschaftlicher Gruppen zu gewinnen, insbesondere da die Vorschläge im Gesetzgebungsprozess noch von den Mitgliedsstaaten, als dem Rat der EU und dem Europäischen Parlament bestätigt werden muss. Auf dieser Ebene sind es meist die Vertreter der Wirtschaft die Einfluss auf europäische Gesetzgebung zu nehmen.“ (Van Appeldoorn 2000, 193)

Der analytische Begriff der *transnationalen Klasse* kann damit unter Umständen auch in der Analyse der europäischen Energiepolitik angewendet werden und ist vor allem dadurch begünstigt, dass energiepolitische Entscheidungen der EU auch im Interessensgebiet der großen Interest Groups liegen.

5. Das Europäische Energieprogramm zur Konjunkturbelebung (EEPR)

Das EPPR entstand im Rahmen des European Economic Recovery Plan der Ende 2008 von der Europäischen Kommission verabschiedet wurde und besteht aus zwei Verordnungen.¹⁹

Das EEPR wurde am 28.01. 2009 von der Europäischen Kommission vorgeschlagen und nach Stellungnahme des Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschuss, vom Europäischen Parlament und dem Rat der Europäischen Union am 13. Juli 2009 als Verordnung (EG) Nr. 663/2009 verabschiedet.²⁰

2010 wurde durch die Kommission die Änderung der Verordnung des EEPR vorgeschlagen²¹, diese am 15. Dezember nach Einholung der Stellungnahme des Ausschusses der Regionen vom Rat der Europäischen Union und vom Europäischen Parlament verabschiedet um am 30 Dezember 2010 im Amtsblatt der Europäischen Union veröffentlicht.²²

COM(2008) 800 final

Am 26. November 2008 schlägt die Europäische Kommission *COM(2008) 800 final Communication from the Commission to the European Council A European Economic Recovery Plan* vor. Dieser legt das Grundgerüst für ein Konjunkturpaket in Höhe von 200 Mrd. Euro, beziehungsweise 1,5% des BIP der EU, welches aus dem Haushalt der Europäischen Union finanziert wird und den Folgen der Finanz- und Wirtschaftskrise entgegengesetzt werden soll. Dieser Plan bildet den Rahmen für das EEPR. Das Geld soll zum einen allgemein die Binnennachfrage innerhalb der EU erhöhen und zum anderen Investitionen in Zukunftsweisende (smart Investments) nachhaltige Infrastruktur und Technologien beinhalten. Es sollen Jobs geschaffen werden, neue und saubere Technologien gefördert werden, man will Kohlenstoffemissionen reduzieren und Energieeffizienzmaßnahmen fördern und es soll neue Infrastruktur geschaffen werden.

Verordnung (EG) Nr. 663/2009

Die *Verordnung (EG) Nr. 663/2009 [...] über ein Programm zur Konjunkturbelebung durch eine finanzielle Unterstützung der Gemeinschaft zugunsten von Vorhaben im Energiebereich*“ ist in seiner Intention ein einmaliges Konjunkturprogramm, das mittels Investitionen in den

¹⁹ COM (2008) 800 final „A European Economic Recovery Plan“

²⁰ COM (2009) 35 final

²¹ COM(2010) 283 final

²² Verordnung (EU) NR. 1233/2010

Energiebereich, die Wirtschaft der EU nach der Finanz-und Wirtschaftskrise wieder ankurbeln soll. Gleichzeitig soll es Arbeitsplätze schaffen, die Binnennachfrage steigern, zur Energieversorgungssicherheit und zur nachhaltigen Energieversorgung in der EU beitragen.

Die Energieversorgung wird als Grundlage wirtschaftlichen Handelns in der EU angesehen. Die Überlegung, die einem Energieprogramm zugrunde liegt, ist jene, dass langfristige Stärke und Nachhaltigkeit der europäischen Wirtschaft nur möglich ist, wenn sie der Notwendigkeit der Minderung des Treibhausgasausstoß Rechnung trägt und Energieversorgungssicherheit herrscht (vgl. VO (EG) Nr. 663/2009, Erw. 2). Ferner ist die Überlegung, dass ein Konjunkturprogramm im Energiebereich nur dann positive gesamtwirtschaftliche Auswirkungen hat, wenn es Maßnahmen finanziert, die gegen die Wirtschaftskrisen helfen und zur Energieversorgungssicherheit innerhalb der EU beitragen.

Das EEPR soll, konzentriert auf wenige - in der europäischen Energiepolitik als sinnvoll erachtete Projekte – Bereiche, europäische Energieprojekte finanzieren. Dabei herauszustreichen ist, dass es sich um ein einmaliges Projekt handeln soll. Spätere Förderungsmöglichkeiten von Energieprojekten nach dem Modell des EEPR schließt der Verordnungstext von 2009 aus (vgl. VO (EG) Nr. 663/2009, Erw. 5).

Konkret gefördert werden sollen mithilfe des EEPR innereuropäische grenzüberschreitende Gas- und Strominfrastrukturprojekte, Offshore-Windenergieprojekte und CCS-Projekte. (vgl. VO (EG) Nr. 663/2009, Art. 1). Der finanzielle Rahmen dieses Programms beträgt 3,98 Mrd. Euro, die bis Ende 2010 an die als förderungswürdig erachteten Unterprogramme ausgezahlt werden sollen. (vgl. VO (EG) Nr. 663/2009, Art. 3, Abs. 1). 2009 wurden 47 Projekte als förderungswürdig eingestuft, davon 18 Gasprojekte, 9 Stromnetzprojekte, 2 Projekte für kleine Inseln, 9 Offshore-Windkraftprojekte und 6 CCS Projekte (vgl. VO (EG) Nr. 663/2009, Anhang). Mittlerweile spricht die Kommission von 59 geförderten Projekten. Davon Gas- und Strominfrastruktur: 44 Projekte; Offshore-Windenergie: 9 Projekte und CCS: 6 Projekte. (vgl. COM(2014) 669 final)

Der Projektzeitraum wird in der ursprünglichen Version vom Zeitpunkt der Veröffentlichung im Amtsblatt der Europäischen Union bis zum Ende der Auszahlung Ende 2010 definiert. Der letzte Bericht über die Durchführung des EEPR, der in dieser Arbeit Erwähnung findet, ist im Oktober 2014 als Mitteilung der Europäischen Kommission COM(2014) 699 final erschienen.

Verordnung (EU) Nr. 1233/2010

Am 30. Dezember 2010 wird die am 15. Dezember 2010 beschlossene *Verordnung (EU) Nr. 1233/2010[...] zur Änderung der Verordnung (EG) Nr. 663/2009 über ein Programm zur Konjunkturbelebung durch eine finanzielle Unterstützung der Gemeinschaft zugunsten von Vorhaben im Energiebereich* im Amtsblatt der EU veröffentlicht. Hintergrund der Abänderung ist der im EEPR enthaltene Entschluss, dass Mittel die nicht für EEPR-Projekte verwendet werden können in Projekte fließen sollen, die der nachhaltigen Energieversorgung und effizienten Energienutzung dienen. Durch diese Abänderung wird festgelegt, dass die EU ein spezielles Instrument (Fazilität) einrichtet, dass die EEPR Restmittel auf Projekte verteilt die erneuerbare Energien und Energieeffizienzmaßnahmen auf lokaler und regionaler Ebene fördert. Das Geld soll durch regionale und lokale Behörden ausgezahlt werden. Auch soll ein Fokus auf der Förderung von Maßnahmen in urbanen Räumen stattfinden. (vgl. VO (EU) Nr. 1233/2010, Erw. 4) Die Mittel des Instruments sollen mit der Abänderung bis 31. März 2014 an Projekte zugewiesen werden, sind bis zu diesem Zeitraum noch nicht alle Mittel zugewiesen, werden die verbliebenen Mittel wieder in den Gesamthaushalt der EU zurückfließen. Spätestens bis 2034 müssen die Mittel ausgezahlt werden (vgl. VO (EU) Nr. 1233/2010, Art 1, Abs. 2b).

Der Finanzrahmen dieses Instruments beträgt 146.344.644,50 EUR (vgl. VO (EU) Nr. 1233/2010 2010, Art. 1, Abs. 3). Förderungswürdige Projekte sind: öffentliche Gebäude, private Gebäude, Kraft-Wärme-Kopplung, Fernwärmenetze, dezentrale erneuerbare Energiequellen, umweltverträglicher Stadtverkehr, lokale Infrastrukturen wie intelligente Netze, effiziente Straßenbeleuchtung, intelligente Messsysteme. (vgl. VO (EU) Nr. 1233/2010, Anhang II, Abs. 1). Die Änderung an der Verordnung des EEPR legt damit fest wie mit den nicht primär verbrauchten EEPR-Mittel zu verfahren sei und erweitert das EEPR.

5.1 Schematische Analyse des EEPR

5.1.1 Problemwahrnehmung

Um die Problemwahrnehmung analysieren zu können bedarf es im Rahmen dieser Arbeit einer Analyse der Prozesse innerhalb des Europäischen Rats und der Europäischen Kommission im Vorfeld der Implementierung des ersten Vorschlags zum EEPR. Dabei soll ein Fokus darauf liegen wie die Herausforderungen durch Finanzkrise, Klimawandel und Sorge um die Energieversorgungssicherheit als gemeinsames Problem begriffen wurden, das die Grundbedingung für das EEPR darstellt.

Die Finanzkrise und Maßnahmen gegen die Krise

Anfang 2008, in der ersten Kommissionssitzung des Jahres, wächst innerhalb der Europäischen Kommission die Sorge, dass die Finanzkrise sich zu einer Wirtschaftskrise wandeln wird. Der damalige Kommissionspräsident José Manuel Barroso macht deutlich, dass er aufgrund der angespannten Lage der Finanzmärkte und der drohenden wirtschaftlichen Rezession die Gefahr einer Lähmung der Handlungsfähigkeit der Politik sieht. Aus diesem Grund sieht er es als Notwendigkeit an, dass die Europäische Kommission eine Führungsrolle im Kampf gegen die Krise und ihre Folgen einnimmt. (vgl. PV(2008) 1814/F1). Auch der Europäische Rat befasst sich wenig später in der Ratssitzung im März 2008 mit der Krise und stellt dabei fest, dass vorhandene Politikinstrumente unter Umständen nicht ausreichen um der Finanzkrise zu begegnen. So stellt er fest, dass im Kampf gegen die Finanzkrise verbesserte Maßnahmen zum Krisenmanagement benötigt werden (vgl. 7652/1/08 REV 1). Das Bewusstsein, dass die EU es mit einer Wirtschaftskrise zu tun bekommt steigert sich noch einmal mehr. Im ökonomischen Ausblick für das Frühjahr 2008 weist der zu diesem Zeitpunkt für Wirtschaft und Wettbewerb zuständige Kommissar Joaquín Almunia auf einen drohenden Anstieg der Inflation hin, der einhergeht mit einem Anstieg der Energie- und Lebensmittelpreise in der EU (vgl. PV(2008) 1825/F1). Zu diesem Zeitpunkt ist das tatsächliche Ausmaß der Krise noch nicht vollständig abzusehen. Dies geschieht dann im späten Frühling 2008. Als in der Kommission das Bewusstsein dafür zu wachsen scheint, dass durch und neben der Finanz- und Wirtschaftskrise auch der Energiebereich Krisenerscheinungen trägt. Im Juni im Anschluss an die Sitzung des Europäischen Rates berichtet der damalige Energiekommissar Andris Piebalgs, dass die Energiepreise mittelfristig auf hohem Niveau stagnieren werden (vgl. PV(2008) 1833/F1). Davon ist auch der Ölpreis betroffen, der sich laut damaligen Binnenkommissar Charlie McCreevy auf einem Rekordlevel befindet. (vgl. PV(2008) 1839/F1) Dieser Zustand konsolidiert sich im Ausblick auf die zweite Jahreshälfte des Jahres 2008 wird erwähnt, dass die Krise noch nicht ausgestanden ist, Lebensmittel- und Energiepreise sind weiterhin hoch, die Nachfrage nach Europäischen Produkten geht zurück und die Angst wächst dass die Auswirkungen der Finanzkrise immer mehr auf die Realwirtschaft überspringen wird (vgl. PV(2008) 139/F1). Es zeigt sich in diesen Prozessen eine Zuspitzung des Handlungsdrucks auf die Krise reagieren zu wollen. Energiethemen treten mit Krisenthemen im Problemwahrnehmungsprozess gemeinsam auf.

Krise der Energieversorgungssicherheit

Das Thema Energieversorgungssicherheit wird im unmittelbaren Vorfeld des EEPR schon im April in den Kommissionssitzungen behandelt. Zu diesem Zeitpunkt konzentriert man sich in diesem Zusammenhang allerdings noch eher auf die europäische Energieaußenpolitik. Ein Mittel die Energieversorgungssicherheit zu gewährleisten sei die Notwendigkeit diese in die europäische Nachbarschaftspolitik zu integrieren. (vgl. PV(2008) 1827/F1) Im Frühjahr wächst auch im Europäischen Rat die Sorge, über steigende Energiepreise. Auf dem Ratstreffen im Juni 2008 zeigt sich der Europäische Rat in Sorge über die hohen Öl und Gaspreise und ihre gesamtwirtschaftlichen Auswirkungen. (vgl. 11018/1/08 REV) Danach in der Jahresmitte 2008, unter anderem auch aufgrund der Georgienkrise wächst das Bewusstsein dafür Energieversorgungssicherheit wieder stärker in den innenpolitischen Fokus zu nehmen. Die Georgienkrise ist zunächst im September 2008 auf der Agenda in einer außerordentlichen Ratssitzung. Bei dieser wächst im Rat das Bewusstsein dafür, dass die Energieversorgungsrouten der EU diversifiziert werden sollten. (vgl. 12594/2/08 REV 2) Kurz darauf wird in der Kommission konstatiert, dass sie noch im Jahre 2008 eine Analyse durchführen will, die besagt in wie fern Energieversorgungssicherheit gewährleistet werden könne und wie die Energieversorgung diversifiziert werden könne. (vgl. PV(2008) 1841/F1) Vor dem regulären Europäischen Rat im Oktober 2008 diskutierte die Kommission noch einmal ausführlich das Thema Energieversorgungssicherheit. (vgl. PV(2008) 1847/F1) Dieser griff dann das Thema auf und bestätigte Energieversorgungssicherheit sei von unbedingter Wichtigkeit für die EU. (vgl. 14368/08 Concl) In dem Bewusstsein sich mit diesem Thema auseinanderzusetzen gelangt die Kommission ein paar Wochen später zur Erkenntnis, dass die Energienetzverbindungen den Ansprüchen der Energieversorgungssicherheit nicht mehr genügen und deshalb diese ausgebaut werden müssten. (vgl. PV(2008) 1851/F1) Der Problemwahrnehmungsprozess um die Energieversorgungssicherheit gestaltet sich innerhalb der Kommission demnach als Prozess, welcher das Thema Energieversorgungssicherheit im Laufe des Jahres 2008 von der Energieaußen- in die Energieinnenpolitik verlagert.

Klimawandel

Schon im Vorfeld des EEPR-Gesetzgebungsprozess ist die Notwendigkeit auf den Klimawandel zu reagieren immer wieder Teil der Sitzungen des Europäischen Rats und der Kommission. Das Bewusstsein auf diese Problematik zu reagieren, gehört wie es scheint zum Europäischen Konsens der nuller Jahre. Dennoch gab es immer wieder auch thematische Schwerpunktsitzungen des Europäischen Rats zu diesem Sujet. So auch Im Dezember 2007.

Der Europäische Rat beschäftigte sich im Dezember 2007 intensiv mit den Folgen des Klimawandels. Er sieht diesen vor allem als Herausforderung der Energiepolitik, es wird das Ziel formuliert den Kampf gegen den Klimawandel mit Energieversorgungssicherheit und Wettbewerbspolitik in Einklang zu bringen. (vgl. 16616/1/07 Rev 1) Auf der ersten Sitzung der Kommission 2008 berichtet dann José Manuel Barroso den anderen KommissarInnen, dass sich der Europäische Rat mit den Auswirkungen des Klimawandels und auch mit dem Potential der erneuerbaren Energien auseinandergesetzt habe. (vgl. PV(2008) 1814/F1) Der Klimawandel kann nicht nur auf einer Ebene bekämpft werden, so der Diskussionsprozess innerhalb der Kommission im Jahre 2008. Im Sommer und Herbst 2008 wird von der Notwendigkeit den Kampf gegen den Klimawandel auf die Bereiche Regionalentwicklung und Wirtschaftspolitik auszudehnen gesprochen. 48 Mrd. Euro seien nötig im Kampf gegen den Klimawandel auf regionaler Ebene. (vgl. PV(2008) 1830/F1) Die Bekämpfung des Klimawandels besitzt an Wichtigkeit. (vgl. PV(2008) 1843/F1) Zum Problembewusstsein vom Zusammenhang zwischen Energie- und Klimapolitik kommt es in der Ratssitzung vom Oktober 2008. In dieser wird betont, Energiepolitik und Klimawandel stellen eine gemeinsame Herausforderung dar. (vgl. 14368/08) Die Notwendigkeit mit konkreten Energieprojekten den Klimawandel zu bekämpfen wird in Folge der Kommissionssitzung im Anschluss an den Europäischen Rat betont. (vgl. PV(2008) 1848/F1) Im unmittelbaren Vorfeld des EEPR scheint die Problematik des Klimawandels der Kommission allgemein bewusst. Was man allerdings innerhalb des Problemwahrnehmungsprozess beobachten kann, ist die immer stärker werdende Zuwendung zum Handlungswillen, Klimapolitik mit Energiepolitischen Maßnahmen zu betreiben.

5.1.2 Agenda Setting

In der Analyse des Agenda-Setting Prozesses geht es darum, zu analysieren wer auf den Agenda-setting Prozess maßgeblich Einfluss genommen hat, beziehungsweise wer Einfluss auf neue Impulse hatte, die zum EEPR führten.

Das Agenda-Setting durch die Europäische Kommission

Als Initiativorgan fällt der Europäischen Kommission eine besondere Rolle im Agenda-setting Prozess rund um die Implementierungsphase des EEPR zu. Der Einführung des EEPR geht innerhalb der Kommission ein reger Diskurs über die Rolle der Wiederankurbelung des wirtschaftlichen Wachstums in der EU voraus.

Im Anschluss an die Sitzung des Europäischen Rats im Oktober wird noch einmal vom Kommissionspräsidenten auf die Wichtigkeit, sich mit Energiefragen und den Klimawandel betreffende Fragen auseinanderzusetzen, hingewiesen. (vgl. PV(2008) 1848/F1) Über die Umsetzung dieser Frage scheint allerdings in der Kommission noch Uneinigkeit zu herrschen, weshalb der Präsident noch einmal einen starken Kommissionsinternen Konsens für diese Fragen fordert. (vgl. PV(2008) 1850/F1) Eine Woche später scheint dieser Konsens gefunden zu sein, als der Kommissionspräsident Klimawandel, Energiefragen und Wachstumsfragen als sich gegenseitig beeinflussend ansieht und dafür eine ganzheitliche Strategie fordert. (vgl. PV(2008) 1850/F1) Im November 2008 schlägt die Kommission dem Europäischen Rat den European Economic Recovery Plan (COM/2008/800 final) vor. Dieser soll insgesamt ca. 1.5% des Europäischen BIP ausmachen in Summe also ca. 200 Mrd. Euro. Davon sollen 170 Mrd. Euro von den Mitgliedsstaaten finanziert werden und 30 Mrd. (ca. 0.3% des BIP) aus EU-Mitteln. Von diesen sollen Mittel in Höhe von 5 Mrd. Euro in die Energieinfrastruktur und in den Ausbau von Breitbandausbau fließen. Die damit verbundenen Hoffnung ist, den Rückgang der Investitionen im Bausektor aufzufangen, zu einem nachhaltigen Wachstum beizutragen, die Energiesicherheit zu verbessern sowie Infrastrukturausbau in Europa zu beschleunigen. Dieser European Economic Recovery Plan bildet also die Rahmenbedingungen in der das EEPR entstehen kann. Am 16. Dezember ruft der Kommissionspräsident alle Kommissare dazu auf Projekte vorzustellen, die mit dem Recovery Plan einhergehen könnten. (vgl. PV(2008) 1856 F1) Eine Woche später gibt es eine Debatte, was in Bezug auf den Klimawandel getan werden könnte. (vgl. PV(2009) 1857 F1) Bei der Vorstellung des EEPR-Vorschlags in der Kommission, wird zunächst darauf verwiesen, dass der Europäische Rat mit seiner Budgetusage vom Dezember 2008 einen maßgeblichen Anteil hatte an der Realisierung des EEPR. Daraufhin hatte die Kommission den Vorschlag zum EEPR entwickelt. Man wollte in, als strategisch wichtig empfundenen Energiebereichen, Maßnahmen setzen. Diese sollten auch eine Ausgewogenheit in der Verteilung der Projekte an die Mitgliedsstaaten garantieren. Im Zusammenhang mit dem EEPR Vorschlag wurde daraufhin gefordert, sicher zu gehen, dass diese auch im Einklang mit den vom Rat geforderten Maßnahmen hinsichtlich von Energieeinsparungsmaßnahmen und erneuerbarer Energien. Ferner wurde der Wunsch geäußert, eher in Projekte zu investieren, die kurzfristig Auswirkungen hätten, als in solche, die sich eher langfristig auswirken wie CCS-Projekte. Auch wurde der Wunsch geäußert Infrastrukturprojekte in den Ländern zu unterstützen deren Energiesicherheit am meisten bedroht sei. Diese Forderungen wurden

allerdings im Rahmen des Agenda-Settings nicht mehr berücksichtigt. (vgl. PV(2009)1860/F1)

Vorschlag COM(2009) 35 final

Am 28.01.2009 schlägt die Kommission dann schließlich dem Europäischen Parlament und dem Rat der Europäischen Union im Dokument COM(2009) 35 final, die Verordnung über ein Programm zur Konjunkturbelebung durch eine finanzielle Unterstützung der Gemeinschaft zugunsten von Vorhaben im Energiebereich vor. Diese Verordnung sähe sich als Teil und praktische Umsetzung des Europäischen Konjunkturprogrammes (COM(2008) 800 final). Es soll ein Paket einmaliger Investitionen in so genannten Schlüsselbereichen des Energiebereichs darstellen, die zur wirtschaftlichen Erholung nach der Finanz- und Wirtschaftskrise in der Europäischen Union beitragen sollen. Des Weiteren soll es mit den Zielen der europäischen Energiepolitik der letzten Jahre übereinstimmen, zur Energieversorgungssicherheit und zur Reduzierung von Treibhausgasemissionen beitragen. Das Programm soll einen Gesamtumfang von 3.5 Mrd. Euro haben, die in den Jahren 2009 und 2010 in die mit 1,75 Mrd. Euro Gas- und Strom Verbindungsvorhaben, 500 Mio Euro in Offshore-Windprojekte und 1,25 Mrd. Euro in Kohlenstoffabscheidungs- und -Speicherungsprojekte (CCS-Projekte) investieren will. Rechtlich soll diese Verordnung zu diesem Zeitpunkt auf Artikel 156 EG-Vertrag für die Gas- und Stromverbindungsleitungsprojekte und für die anderen Maßnahmen auf Artikel 175 stützen. Die Kommission hatte die Mittelvergabe für die Offshore-Windkraftprojekte und CCS-Projekte in den Umweltbereich gerückt. Deshalb war auch eine Mitentscheidung des Parlaments zur Verabschiedung für die Implementierung des EEPR vonnöten. In Bezug auf die Projekte im Falle der Kohlenstoffabscheidung- und Speicherung und der Offshore-Windkraft baue die Projektliste auf Vorschläge der Verordnung des Europäischen Strategieplan für Energietechnologie (SET-Plan) auf. Im Falle der Gas- und Strominfrastrukturprojekte wird die Liste von der Überarbeitung der Europäischen Energiestrategie beeinflusst. (vgl. COM (2009) 35 final)

Einfluss der Interest Groups auf den Agenda-Setting Prozess des EEPR

Aufgrund der schnellen Umsetzung des Programmes gab es keine offiziell durchgeführten öffentlichen Konsultationen für interessierte Kreise, ferner fanden keine offiziellen Konsultationen von ExpertInnen im Vorfeld statt und es wurde keine Folgenabschätzung unternommen. Deshalb ist die Rolle der Interest-Groups auf den Agenda-Setting Prozess nicht leicht nachzuverfolgen. Dennoch gibt es einige Belege dafür, dass Interest-Groups und

Verbände zumindest indirekt Einfluss auf das Agenda Setting hatten. In diesem Zusammenhang zu erwähnen ist das vierte Berliner Forum für fossile Brennstoffe der Europäischen Kommission, welches im Oktober 2008 in Berlin stattfand.

Das vierte Berliner Forum für fossile Brennstoffe der Europäischen Kommission und das fünfte Treffen der Europäischen Windenergieplattform

Eine Art Konsultation, die für die Implementierung der Projekte im Bereich der CCS-Technologie für das EEPR von Bedeutung war, ist das vierte Berliner Forum der Europäischen Kommission für fossile Brennstoffe, das am 6. und 7. Oktober 2008 in Berlin stattfand. Offizielle TeilnehmerInnen des Forums waren VertreterInnen der Europäischen Kommission, von nationalen Ministerien sowie VertreterInnen der größten Europäischen Öl, Gas und Kohle Firmen und Verbände.²³

Die Ergebnisse dieses Forums waren, dass CCS-Technologie hinsichtlich einer möglichen Nachhaltigkeit von Treibstoffen wichtig sein könnte. Die Umsetzung der Förderung könnte in einem Maßnahmenpaket zur Förderung kohlenstoffarmer Technologien im Folgejahr passieren. Dafür wird Geld, Technologie und Infrastruktur benötigt. Diese solle so rasch wie möglich innerhalb der nächsten Jahre entstehen. Erfolg für CCS könne sich nur einstellen, wenn auch die Öffentlichkeit von der Sinnhaftigkeit von CCS-Technologien überzeugt würde. Aus diesem Grund sollen Arbeitsgruppen unter der Einbindung der Gas-koordinierenden und Ölversorgenden Gruppen Konzepte ausarbeiten wie CCS-Maßnahmen ein Rahmen gesetzt werden kann, wie Finanzierungsmöglichkeiten entstehen können und wie die nötige Infrastruktur geschaffen werden könnte. (vgl. Europäische Kommission, 2008a; Europäische Kommission, 2008b) Das EEPR selbst verweist auf die Ergebnisse dieses Forums als meinungsstiftend für die Implementierung der CCS-Projekte.

Einen weiteren Anteil am Agenda-Setting-Prozess in Bezug auf die Projekte zur Förderung der Offshore-Windkraft, trägt das Europäische Forum für Windenergietechnologie. Die Vorschläge zu förderungswürdigen Offshore-Windkraftprojekten stammen aus der Feder dieses Forums. An diesem sind die VertreterInnen der größten in Europa aktiven Windkraftfirmen des Europäischen Markts beteiligt. Dieses wurde vom Europäischen Rat am 8 September 2008 beauftragt sich mit Offshore-Projekten zu befassen. Vor allem dieses sieht

²³ VertreterInnen von nationalen Wirtschaftsministerien, VertreterInnen der großen Ölkongzerne wie ExxonMobil, Total und VertreterInnen der Großen Energiekongzerne wie Eon, VertreterInnenn von Öl- und Gasverbänden wie der International Association of Oil & Gas Producers sowie VertreterInnnen der DG TREN der Europäischen Kommission.

auf langfristiger Basis die Zukunft der Windkraft in Europa in Offshore-Anlagen gegenüber dem Onshore-Bereich. (vgl. European Wind Energy Platform 2008)

Streit um die Projektliste im Europäischen Rat

Nachdem die Kommission am 28.01.2009 den Vorschlag für das EEPR machte kommt es zu Debatten und Auseinandersetzungen im Europäischen Rat. Als Agendasetzer hinsichtlich der finalen Projektliste fungiert damit unweigerlich der Europäische Rat. Die ursprünglich von der Europäischen Kommission vorgeschlagenen Projekte wurden von den Mitgliedstaaten innerhalb des Rats kritisiert hinsichtlich ihrer Art und ihrer regionalen Verteilung. Dabei zeigten sich Portugal, Italien und das von der Gaskrise besonders betroffene Bulgarien höchst unzufrieden mit der Auswahl der Projekte (Süddeutsche Zeitung 2009a cit. in: Fisher 2011, 153). Auf der Ratssitzung im März 2009 konnte über die Streitpunkte eine Einigung erzielt werden. (vgl. 7880/1/09 REV 1) Die Mittel des EEPR wurden aufgestockt, da neue Begehrlichkeiten der Mitgliedsländer entstanden sind. In der neuen Konzeption sollte es die Höhe von 4,00 Mrd. Euro haben. Italien und Frankreich bekamen ein CCS-Projekt dazu, Frankreich und Luxemburg sollten an die Nordsee Offshore-Leitungen angebunden werden, zusätzlich sollten Elektrizitätsverbindungen zwischen Malta und Italien und zwischen Österreich und Ungarn geschaffen werden, des Weiteren wurden die Mittel für Gas-Reverse-Flow Technologie für alle Mitgliedstaaten um 400% erhöht und Gasverbindungen zwischen Slowakei und Polen, Ungarn und Kroatien und Bulgarien und Rumänien geschaffen. Insgesamt wurden bei vielen Projekten die finanziellen Mittel erhöht außer bei den Projekten für kleine Inseln, Zypern und Malta, diesen wurde dabei 5 Mrd. abgezogen. (vgl. 7848/1/09 REV 1) Aufgrund des Vorschlags lässt sich auch in etwa nachverfolgen welche Staaten sich insgesamt eher durchsetzen konnten. Die Projektliste blieb bei der Implementierung des von 2009 EEPR erhalten. Im Anschluss an diesen Vorschlag berief der Europäische Rat ein Trilog-Verfahren zwischen Rat der Europäischen Union und dem Europäischen Parlament ein um im Vorfeld des Gesetzgebungsprozesses einen Konsens zu erzielen.

Energieeffizienzmaßnahmen und erneuerbare Energien Projekte fördern - Der Eintritt des Europäischen Parlament in den Agenda-Setting Prozess

Dieses nutzte das Europäische Parlament um in den Agenda-Setting Prozess einzutreten. Kritikpunkt des Parlaments war, dass Energieeffizienz Maßnahmen und Förderung erneuerbarer Energien auf der Mikro-Ebene nicht in das Programm aufgenommen wurden. Sowie der Ansatz des Programmes nur Großprojekte zu fördern. In den Prozess trat das Europäische Parlament ein, indem es Amendments durchsetzte, die besagten, falls EEPR-

Mittel nicht an die ursprünglich vorgesehenen Projekte ausgezahlt werden können, dann sollten diese anderweitig in Energieeffizienzmaßnahmen oder in erneuerbare Energien auf der Mikro-Ebene fließen. Damit legte das Europäische Parlament den Grundstein für die Abänderung EEPR-Verordnung. (vgl. P6_TC1-COD(2009)0010) Durchgesetzt hatte sich damit auch innerhalb des Europäischen Parlaments eine Position, die besagt, dass Konjunkturmaßnahmen im Energiebereich auch die Förderung von Projekten im Bereich erneuerbarer Energien und Energieeffizienzmaßnahmen zum Inhalt haben müsse. Im Änderungsvorschlag wird darauf hingewiesen, dass man die Mittel gegebenenfalls im Rahmen des smart cities Programms der EU verwenden könne. (vgl. A6-0261/2009) Das Europäische Parlament wird mit dieser Agenda Setzung auch zum Agenda-setzer der Abänderung der EEPR Verordnung.

Der Rat der Europäischen Union billigt den Eintritt des Europäischen Parlaments in den Agenda-Setting-Prozess und billigt Abänderungsvorschläge des Parlaments, das es im Falle des nicht-abrufens der EEPR-Mittel diese anderweitig für Energieeffizienzmaßnahmen und im Bereich der Förderung von erneuerbaren Energien auf der Mikroebene verwendet werden sollen. (vgl. 11318/09 ADD 1 REV 1)

Die Abänderung der EEPR-Verordnung

Am 31.05.2010 macht die Europäische Kommission einen Verordnungsvorschlag für die Abänderung des der EEPR Verordnung COM(2010) 283 final . In diesem geht sie davon aus, dass fast die gesamten EEPR Mittel (In Summe 3,98 Mrd. Euro) im Verlauf des Frühjahrs 2010 gebunden sein werden. Davon werden allerdings lediglich etwa 114 Mio. Euro der Mittel ungebunden sein, wie es zu diesem Zeitpunkt aussieht. Die Kommission geht allerdings davon aus, dass eine oder zwei Projektträger die Bedingungen für den Erhalt der EEPR-Mittel nicht erfüllen werden, womit dieser Betrag noch ansteigen könnte. Die Kommission erfüllt damit die Anforderung der Mittelumwidmung und definiert, dass man ein Finanzinstrument schaffen will, das die freigewordenen Mittel in die zu fördernden Projekte steckt. Damit wird auch genauer festgelegt, wer von den frei gewordenen Mitteln profitieren kann: dezentrale Investitionen vor allem für kommunale, lokale und regionale Behörden mit dem Fokus der Förderung von dezentralen Energiequellen im lokalen Kontext, saubere Verkehrsmittel, lokale Infrastruktur, Intelligente Netze, effiziente Straßenbeleuchtung und Messsysteme, Fernwärme und fernkühle Systeme und Projekte im Bereich der Förderung von öffentlichen und privaten Gebäuden. (vgl. COM(2010) 283 final)

Das Parlament belässt es aber nicht bei diesem Vorschlag sondern kann auch bei dieser Änderung Abänderungen durchsetzen. Diese betreffen allerdings weniger den Kern des EEPR. Um einige Abänderungen zu benennen solle das Ziel die Gelder auszuzahlen beibehalten werden. Es soll beachtet werden, dass es bei der Finanzierung nicht zu Überschneidungen mit anderen Finanzinstrumenten kommt. Es soll beachtet werden, dass sich in manchen Fällen auf der nationalen Ebene mehr Wirkung erzielen lassen könne, ferner, sollen die Investitionsprojekte im Zusammenhang mit Europa 2020 Strategie stehen. Die Förderung soll weiterhin einmalig bleiben und kein Vorbild für reguläre Projektfinanzierung sein. Ein wesentlicher Änderungspunkt ist vor allem die Datierung der Projekte, so müssen die mit Geldmittel ausgestatte Projekte bis 31. März 2014 die Finanzierung bereitstellen und bis März soll das Geld 2034 Investiert werden. Darüber hinaus hat die EU Anspruch auf Rendite der Projekte und es kommt zu einer Textänderung die explizit regenerative Energiequellen und nicht nur Energien, als Förderungswürdig klassifiziert. (vgl. A7-0246/2010) Da die Agenda im Wesentlichen schon durch das Parlament mitverursacht wurde, scheint der Versuch, weitreichendere Änderungen an der Verordnung durchzusetzen, nicht gemacht worden zu sein.

Auch der Rat der Europäischen Union macht den Eindruck, als dass er sich in diesem Fall nicht grundlegend in den Agenda-Setting-Prozess einmischt. (vgl. 17700/10 ADD 1) So wird die Verordnung (EU) Nr. 1233/2010 am 15. Dezember 2010 verabschiedet.

5.1.3 Politikformulierung und Entscheidungsfindung

Unweigerlich lässt sich keine exakte Trennung zwischen Agenda-Setting und Politikformulierung vornehmen, da die Bereiche ineinanderfließen. Dieser Punkt soll aufzeigen, wie im Rahmen des EEPR um Positionen gerungen wurde um damit die Entstehung des EEPR besser nachverfolgen zu können. Zunächst einmal wird dabei die Frage spannend sein, wie es zur Ausformulierung der konkreten EEPR-Projekte kommt. Und wie kommt es zur Ausformulierung Positionen hinsichtlich des EEPR?

Kontroversen innerhalb der Kommission

Innerhalb der Kommission setzte sich generell die Position durch, dass die EEPR- Projekte das wirtschaftliche Wachstum stimulieren sollten und zur Energieversorgungssicherheit beitragen können, dass man Technologien fördern sollte, die dazu beitragen die Energieversorgung zu diversifizieren und zukunftssträchtige Technologien im Energiebereich fördern sollte. Eine Position die sich nicht durchsetzen konnte in der ursprünglichen Politik-

Formulierung des ersten EEPR-Vorschlags der Kommission war jene, Energieeffizienzmaßnahmen im Rahmen des EERP zu fördern, auch wurde leichte Kritik an der Förderung der CCS-Technologie geäußert, in der Hinsicht, dass aufgrund der erst langfristig zu erwartenden Nutzen dieser Technologie noch nicht abzusehen sei, ob diese geeignet wäre als Krisenbekämpfungsmittel zu dienen. Des Weiteren wurde bemängelt, dass zu wenige Energieverbindungprojekte in der Ostsee-Region beziehungsweise in Osteuropa auf der Projektliste zu finden waren. (vgl. PV (2009) 1860/F1)

Die Rolle der Interest-Groups bei der Politikformulierung

Im Rahmen der Untersuchung der Politikformulierung von Seiten der Interest-Groups lässt sich auf die Zusammenfassungen der öffentlichen Konsultationsverfahren, die im Zusammenhang mit im EEPR verwendeten Technologien stattfanden, zurückgreifen. Am weitesten zurück liegt dabei die öffentliche Konsultation über den European Strategic Energy Technology Plan (SET-Plan), welcher 2007 abgehalten wurde. Im ersten Halbjahr fanden die Konsultationen die EU Action to promote Offshore Wind Energy statt, danach kamen die Green Paper Europäische Netze Konsultationen. Das öffentliche Konsultationsverfahren rund um die Communication concerning Measure to safeguard security of Natural Gas Supply, fand zwischen November 2008 und März 2009 statt, es ist fraglich ob Ergebnisse aus diesen Verfahren schon in das EEPR eingeflossen sind. Es eignet sich allerdings zur Analyse insofern, als dass es die Sichtweise der Europäischen am Konsultationsverfahren teilnehmenden Öffentlichkeit hinsichtlich dieses Themas zu diesem Zeitpunkt aufzeigt.

Zur Politikformulierung hinsichtlich der Förderung der Offshore-Windenergie und der CCS-Technologie: Im September 2007 werden die Ergebnisse des *Report on the public Consultation on the European Strategic Energy Technology Plan (SET-Plan)* veröffentlicht. An dieser hatten sich 604 Organisationen und individuelle Akteure beteiligt. (Die Mehrheit aus Deutschland, Belgien, Frankreich, Großbritannien, Niederlande, davon die meisten Firmen, dann Organisationen, universitäre und nicht universitäre Forschungseinrichtungen, NGO's, Staatliche Organisationen, Gewerkschaften). In dieser zeigte sich, dass die beteiligten Akteure mehrheitlich davon ausgingen, dass Windkraft zum Erreichen der Energieziele beitragen könnte. Gesondert befragt spricht sich Mehrheit der Befragten, zu diesem Zeitpunkt eher für die Förderung von Onshore-Projekten aus mit 58%, 51% präferieren Offshore-Windkraftprojekte. Befragt zu den Bereichen in denen die TeilnehmerInnen der Meinung sind, dass aktuelle Anstrengungen nicht ausreichend sind sprechen sich 41 % der Akteure für CCS-Technologie, in der Präferenzliste nimmt diese Technologie den siebten Platz ein, nach

Technologien wie Technologien zur Energiespeicherung. (vgl. Europäische Kommission 2007)

Das sich trotz der in diesem Konsultationsverfahren ausgedrückten noch relativ geringen Priorisierung der CCS-Technologie die Position durchsetzen konnte, die von einer Notwendigkeit dieser Technologie im Rahmen eines EEPR ausging, kann im Rahmen dieser Untersuchung vermutlich mit den auf dem *vierten Berliner Forum für fossile Brennstoffe der Europäischen Kommission* zusammenhängen, bei der das „who is who“ der Europäischen Öl, Kohle und Gasindustrie zusammen mit der Kommission eine Forderung ausarbeitete, dass die CCS-Technologie hinsichtlich einer möglichen Nachhaltigkeit von Treibstoffen wichtig sei, dass dafür allerdings Geld, Technologie und Infrastruktur benötigt werde. Diese solle wie auf dem Forum festgehalten so rasch wie möglich innerhalb der nächsten Jahre entstehen. Demgegenüber wurde allerdings auch die Befürchtung geäußert, Erfolg für CCS könne sich nur einstellen, wenn auch die Öffentlichkeit von der Sinnhaftigkeit der CCS-Technologien überzeugt könne. (vgl. Europäische Kommission 2008b)

Die Notwendigkeit der Förderung der Offshore-Windkraft durch die EU wird im Rahmen des öffentlichen Konsultationsverfahrens zur *EU Action to promote Offshore Wind Energy Report on the Public Consultation* bestätigt. Der Bericht wurde im November 2008 veröffentlicht. Diese fanden zwischen April und Juni 2008 statt. An dieser hatten sich 136 individuelle Akteure und 101 Firmen und Organisationen beteiligt. Bei den Individuellen Akteuren waren die meisten aus Frankreich, Italien, Deutschland, Belgien und Großbritannien, die meisten beteiligten Firmen und Organisationen kamen aus Deutschland, Großbritannien, Frankreich, Niederlande und Belgien. Davon 59 aus der Privatwirtschaft, 11 Thinktanks und universitäre Einrichtungen, 10 Regierungsorganisationen, 9 Umweltorganisationen, 9 andere, 2 aus dem maritimen Bereich und eine aus dem gewerkschaftlichen Sektor. Beteiligte Firmen waren Stromkonzerne wie Vattenfall und Eon, Firmenverbände die mit der Entwicklung von Windenergietechnik zu tun haben. Dann Thinktanks und Forschungseinrichtungen wie beispielsweise die Fraunhofer Gesellschaft, Regierungsorganisationen wie Regionalvertretungen und Umweltministerien und andere. Dabei wurde gefordert, es müssen Stromnetze an Land für den Transport des offshore gewonnenen Windstroms optimiert werden. Die erforderliche Technologie muss weiterentwickelt werden und nationale Regelungen und Gesetze zur Unterstützung von Offshore-Windkraftprojekten sollten zugunsten der Förderung der einfacheren Errichtung und Nutzung der Offshore-Windkraft angepasst und optimiert werden. (vgl. Europäische Kommission 2008c) Die Position, der

generellen Präferenz der Förderung von Offshore-Windkraft gegenüber Onshore-Projekten kann sich auf Seiten der Interest-Groups durchsetzen, indem durch die European Wind Energy Plattform begründet wird, dass die Zukunft der Windenergienutzung langfristig im Offshore-Bereich liegt. (vgl. European Wind Energy Platform 2008)

In Bezug auf die Energienetze zeigten die öffentliche Konsultation um die *Green Paper Europäische Netze Konsultationen*, deren Ergebnisse im März 2009 veröffentlicht wurden, ein großes Interesse der Interest-Groups an der Förderung Europäischer Energienetze. An der Konsultation nahmen insgesamt 91 Interessensvertretende AkteurInnen teil, 60 davon aus der Industrie, darunter viele namhafte großen Europäischen Energieunternehmen von RWE, ENI bis hin zur österreichischen Verbund. Darüber hinaus Firmen, die am Aufbau von Energienetzen beteiligt sind, aus dem Bereich der erneuerbaren Energien, Solar- und Windkraftfirmen. Ferner 13 Individuen, Umweltverbände und NGO's, 13 Regierungen, 2 aus dem akademischen Bereich und ein Regulator. Als Ergebnis stand die Forderung nach einer besseren Angleichung der Europäischen Netze, das Einbinden von Klimaschutzziele in den Netzausbauprozess, Bürokratieabbau zugunsten einfacherer Realisierungen von grenzüberschreitenden Netzprojekten. (vgl. Europäische Kommission 2009a) Es wurde in diesem Fall eine Position formuliert, die sich für eine stärkere Integration der EU im Energienetzausbau stark machte.

In Bezug auf die Projekte im Bereich der Gasversorgung wurden im April 2009 die Ergebnisse des Konsultationsverfahrens rund um die *Communication Concerning Measure to Safeguard Security of Natural Gas Supply* veröffentlicht. Hierbei werden in der offiziellen Veröffentlichung der Ergebnisse keine Angaben über die am Konsultationsprozess insgesamt beteiligten Akteure gemacht. Offizielle Erwähnung finden allerdings Papers von fünf Interessensverbänden der Öl- und Gasindustrie, sowie eine Studie der Universität Cambridge. Die Ergebnisse zusammenfassend, wird in Bezug auf die Gasversorgung gefordert, dass die EU-einen ganzheitlichen Anspruch in der Gasversorgung einnehmen solle, der auch auf die spezifische Situation in den Mitgliedsstaaten Rücksicht nimmt. Auf der technischen Seite wird der Einsatz von Reverse-Flow-Technologien unterstützt. (vgl. Europäische Kommission 2009b) Die Position ist hierbei eine den Maßnahmen im Gasbereich des EEPR positiv zugewandte.

Kontroversen innerhalb des Europäischen Rats um die regionale Verteilung der EEPR - Projekte

Wie schon im Agenda-Setting Prozess dargestellt betrafen Konflikte um die Politikformulierung innerhalb des Europäischen Rats vor allem die praktische Seite der konkreten Projekte. Generell ging es, wie der Vergleich der Projektlisten zeigt, vor allem um Finanzierungsfragen des EEPR und darum welche Regionen von welchen Projekten profitieren. Formuliert wurde diese Politik indem die Projektliste im Vergleich zum Kommissionsvorschlag (COM(2009) 35 final) erweitert wurde und der Finanzrahmen erhöht wurde. (vgl. 7848/1/09 REV 1)

Fokus auf Kleinprojekte - die Debatte im Europäischen Parlament und im Rat der Europäischen Union

Das Europäische Parlament befasste sich im Plenum am 6.05.2009 in erster Lesung mit dem EEPR. Innerhalb des Parlaments gab es Unstimmigkeiten über die Finanzierung, die Art der geförderten Projekte sowie hinsichtlich der Nachhaltigkeitsaspekte des EEPR.

Vorausgegangen war eine Abstimmung im ITRE Ausschuss, welche am 31.03.2009 mit 37 zu 4 Stimmen (5 Enthaltungen) für die Implementierung des EEPR mit eingefügten Änderungen aussprach, des Weiteren kamen Finanzierungsvorschläge kleinere Abänderungsanträge vom BUDG (Haushaltsausschuss) und vom REGI (Ausschuss für Regionale Entwicklung). (vgl. A6-0261/2009) Berichterstatter an das Europäische Parlament war der litauische Abgeordnete Eugenijus Maldeikis. In der finalen Abstimmung stimmten die Abgeordneten mit 515 Stimmen gegenüber 88 Gegenstimmen und 8 Enthaltungen für den Kommissionsvorschlag und mit 526 gegenüber 64 Gegenstimmen bei 14 Enthaltungen für die draft legislative resolution. (vgl. Statistics - 2009/0010(COD)) Innerhalb der Debatte über das EEPR wurden abgesehen von der Begrüßung der Maßnahmen folgende Positionen deutlich: Ein Streit um Krisensteuerung als eine einmalige Maßnahme oder als langfristige Umstellung des Wirtschaftssystems. Die Mehrheit der Fraktionen sah generell einen Sinn im Ansatz des EEPR, der Konjunkturbelebung mittels staatlichen Förderungsmaßnahmen im Energiebereich. Kritisiert wurde der Ansatz des Programmes von der Grünen Fraktion die einen Green New Deal stattdessen erwartet hätte und einem Vertreter der damals bestehenden Europakritischen IN/DEM Fraktion, der sich keine Wirkung von konjunkturbelebenden Maßnahmen im Energiebereich vorstellen konnte. Ein weiterer kritisch gesehener Punkt war der Zeitpunkt der Implementierung des EEPR, dieser stellte ebenfalls Teil der Debatte im Parlament dar. Die EVP-Fraktion kritisierte, den Zeitpunkt der Implementierung des EEPR nach schon beschlossenen Haushalt und die S&D Fraktion äußerte Kritik an der Verzögerung am Gesetzgebungsprozess des EEPR durch den Europäischen Rat. Die ALDE-Fraktion hätte

das Projekt insgesamt eher langfristig angelegt. Besonders kontrovers wurden die EEPR-Projekte an sich diskutiert. Die Grüne Fraktion hätte sich eine andere Verteilung der Projekte zugunsten der Länder Osteuropas gewünscht. Die GUE/NGL Fraktion sieht die Höhe der Förderungen im Energiebereich gegenüber anderen politischen Bereichen zu hoch. Teile der EVP Fraktion hätten sich auch die Förderung anderer neuer Energietechnologien wie z. B. die Geothermie gewünscht. Der Bereich der CCS-Technologie wird abgelehnt von Teilen der S&D Fraktion und der EVP Fraktion und damit von einer Mehrheit der Abgeordneten. (vgl. CRE 06/05/2009 2)

Innerhalb des Rats der Europäischen Union gibt es eine Kontroverse zwischen den Positionen Förderung von zentralen Projekten im Energiebereich gegenüber Förderung von dezentralen Projekten. Die Ratsformation Wirtschaft und Finanzen des Rats der Europäischen Union, gab am 7. Juli 2009 bekannt, dass sie in erster Lesung alle Änderungsvorschläge des EEPR durch das Europäische Parlament in erster Lesung angenommen habe. In den Anmerkungen geben die Vertreter Portugals zu bedenken, dass Finanzierung von Maßnahmen der Energieeffizienz- und erneuerbaren Energien am ehesten Wirkung zeigen, wenn sie auf der Mikroebene stattfinden. Die in Anmerkung von Portugal formulierte Position kann sich allerdings nur was die Änderung des EEPR betrifft durchsetzen. (vgl. 11318/09 ADD 1 REV 1)

Änderung der Politikformulierung durch die Kommission im Rahmen der Änderung des EEPR

Die Position dezentrale Energieversorgung und Förderung von Energieeffizienzmaßnahmen findet vor allem in der Abänderung des EEPR Eingang. (vgl. COM(2010) 283 final) Deutlich hervorzuheben bleibt allerdings die Anmerkung, dass im Zuge der Abänderung der Verordnung die Höhe der bei der Abänderung zu Verfügung gestellten Mittel im Vergleich zum gesamten finanziellen Rahmen des EEPR eher gering ist.

Dezentralität und Regionalität für Energieprojekte als Konsens bei der EEPR Abänderung

Wesentlich weniger Kontroversen wie die ursprüngliche Version des EEPR 2009 lieferte der Vorschlag über die Abänderung des EEPR im Europäischen Parlament. Dies drückte sich weitestgehend durch einen Konsens bei der Abstimmung über die Verordnungsänderung aus. 582 Ja Stimmen gegenüber 27 Nein-Stimmen bei sieben Enthaltungen, beinhaltet die Abstimmung am 11.11.2010. (vgl. statistics - 2010/0150(COD)) Einigkeit darüber dass die Änderung eine sinnvolle Maßnahme sei, herrschte 2010 über nahezu alle Fraktionsgrenzen hinweg. Betrachtet man die eingefügten Amendments so wird sichtbar, dass es hier eher um

die Fragen von spezifischen Formulierungen ging als um die Maßnahme an sich. Besonders begrüßt wurde auch die Bereitstellung der Mittel in Höhe von knapp 150 Mio. Euro zur dezentralen Förderung von Energieeffizienzmaßnahmen und nachhaltigen lokalen Energieprojekten. In der ersten Lesung im Europäischen Parlament am 11. November 2010 wurde der Abänderungsvorschlag der Verordnung generell begrüßt, Kontroversen bestanden hinsichtlich der Frage ob Energieprojekte zentral oder dezentral zu fördern seien. Generell herrschte Konsens darüber, dass die lokale und dezentrale Ebene bei Energieprojekten zur Konjunkturbelebung zu berücksichtigen ist. Dies wurde auch gesondert in dem Bericht der Berichterstatterin Kathleen Van Brempt (S&D) erwähnt. Der sich zu diesem Zeitpunkt neu im Amt befindende Energiekommissar Günther Oettinger, berichtet an das Parlament von 43 zu diesem Zeitpunkt existierenden Finanzierungsentscheidungen für das EEPR. Da das EEPR mit der Abänderung hinsichtlich erweiterter Maßnahmen im Bereich Energieeffizienz und lokaler Förderungsmöglichkeiten ausgestattet wird, findet das das EEPR auch Unterstützung durch die grüne Fraktion im Europäischen Parlament. Unter Vorbehalt, dass man die Mittel noch erhöhen sollte. Hinsichtlich der Kontroverse lokaler gegenüber zentraler Energieversorgung gibt es zum einen die Meinungen, die die Förderung zentraler Energieversorgungsprojekten generell kritisch gegenüberstehen zu scheinen, hierzu passen die Wortbeiträge der Linken und der grünen Fraktion. Daneben gibt es die Meinungen, der EVP, S&D und der ALDE Fraktion, die begrüßen, dass eine sowohl als auch Förderung stattfindet. Generell kritisch steht die rechtskonservative ECR-Fraktion der Abänderung der Verordnung gegenüber, da für sie zu diesem Zeitpunkt die Zukunft der Energieversorgung Europas kurzfristig allein in der Förderung von Gasprojekten liege. (vgl. CRE 11/11/2010 – 4)

Kontroversen über staatlicher Förderung von Energieprojekten im Rat der EU

Die Abstimmung im Rat der EU zu Abänderung des EEPR verläuft mit Abwesenheit der deutschen Delegation im Vorfeld. Großbritannien merkt an, dass dieses Instrument den Prinzipien der Budgetdisziplin im Weg stehen könnte. Allerdings aufgrund des schwierigen Implementierungsprozess und des gefundenen Konsens wird Großbritannien dem Paket zustimmen. (vgl. 17700/10 ADD 1) Innerhalb des Rats der EU taucht damit ein leichter Austeritätsdiskurs in der Formulierung der Anmerkung durch Großbritannien auf, allerdings kann sich dieser nicht durchsetzen, so dass der Rat der EU der Abänderung des EEPR zustimmt und die Abänderung des EEPR am 15 Dezember 2010 in Kraft treten kann.

5.1.4 Implementierung und Evaluierung

Welche EEPR Projekte wurden konkret umgesetzt und wie lässt sich das EEPR evaluieren? Kurz vor der Beendigung dieser Arbeit erschien ein neuer Bericht der Kommission über den Fortschritt der Implementierung der EEPR-Projekte. Dieser soll in dieser Arbeit Erwähnung finden. Insgesamt wird die Analyse der Implementierung der EEPR-Projekte seinen Fokus auf die technische Dimension der Implementierung des EEPR legen. Aufgezeigt werden soll, welche Projekte realisiert wurden und in wie weit die Gelder des EEPR bisher ausgezahlt wurden. Dieser Punkt bietet quasi die technische Seite der Evaluierung des EEPR. Die Inhaltliche Ebene und damit auch die Analyse des EEPR im gesellschaftlichen Zusammenhang soll der nächste Punkt der Analyse bieten.

Insgesamt wurden bis Ende 2013 30 Projekte von mittlerweile 61 Projekten fertiggestellt. Aus den EEPR- Mitteln wurden € 1,499,826,548 ausbezahlt. Da sich allerdings einige Projekte in der Fertigstellungsphase befinden wird erwartet, dass diesen noch bis Ende des Jahres 2014 Mittel ausgezahlt werden können. 13 Kleinprojekte profitierten von der Abänderung des EEPR, davon fünf in Frankreich, jeweils zwei in Deutschland und Italien und jeweils eines in Ungarn, Großbritannien und Rumänien (vgl. COM(2014) 669 final Annex 3).²⁴ Zwei Bereiche des EEPR gestalteten sich bisher jedoch als Herausforderung in der Umsetzung. Erstens die Offshore-Windkraft Anbindung an die bestehenden Energienetze und zweitens die Einführung der CCS-Technologie. Als Problemfelder für diese beiden Bereiche entwickelte sich laut Bericht der Kommission vor allem die Umsetzung der Projekte in den Mitgliedstaaten. Regierungs- und Regulationsbehörden hatten es bis zu diesem Zeitpunkt noch nicht geschafft die regulatorisch nötigen Rahmenbedingungen für die beiden Projekte zu schaffen, technische Herausforderungen erwiesen sich als hochkomplex und die Öffentlichkeit tat sich schwer diese Projekte zu akzeptieren und zeigte sich besorgt über die Auswirkungen der Projekte auf die Umwelt. (vgl. COM(2014) 669 final)

CCS-Projekte

Die Implementierung der CCS-Projekte gestaltete sich mehr als schwierig. Bisher konnte von allen CCS-Projekten nur eines fertig gestellt werden. Die Pilotanlage des Compostilla-Projekts in Spanien, die Ende 2013 fertiggestellt wurde. Allerdings mit der Einschränkung, dass in dieser nur die Teile des CCS-Projekts umgesetzt wurden die mit den Geldern des

²⁴ Die EEPR-Kleinförderungen in Aufzählung: Paris Autolib (FR), Dalkia Orléans (FR), Dalkia Rennes (FR), Dalkia Tours (FR), SPL Rhône Alpes (FR), Jewish Museum Berlin(DE), University Pasing(DE), Hospital S. Orsola(IT), Telcha Aosta(IT), Banca Transilvania(RO), Cardenden(UK), MEK(HU).

EEPR Co-finanziert waren. Die restlichen geplanten Bestandteile des Projekts wurden nicht realisiert. Auch die beiden verbliebenen CCS-Projekte, ROAD in den Niederlanden und Don Valley in Großbritannien kämpfen derzeit mit ihrer Finanzierung, so, dass unklar ist ob diese jemals vollständig umgesetzt werden. (vgl. COM(2014) 669 final) Die langsame Einstellung der CCS-Projekte war ein schleicher Prozess. Als man CCS-Projekten in das EEPR festschrieb, war die Technologie noch in der Pilotphase, die Umsetzung aller CCS-Projekte hätte diese in die Demonstrationsphase gebracht. In einer Folgenabschätzung der Kommission, die sich 2008 mit der CCS-Technologie auseinandersetzt wird deutlich, der Nutzen der CCS-Technologie ist nicht unumstritten, mögliche Folgen für die Umwelt sind bis heute nicht hinreichend geklärt. So ist nicht abzusehen welche Folgen unbeabsichtigtes Entweichen von vorher eingelagertem CO₂ für die Umwelt hätte. Ferner wird die Befürchtung geäußert, dass CCS die Ursachen des Klimawandels, nämlich das Verbrennen fossiler Energieträger nicht beseitigen würde und, dass sich derzeit bestehende Abhängigkeiten verfestigen könnten. (vgl. SEC(2008)) 2011 wird in der Bewertung der CCS-Projekte darauf hingewiesen, die geplanten Projekte würden den Forschungsfortschritt im Bereich der CCS-Technologie erheblich beschleunigen. Geplant war unter anderem, das sich die unterschiedlichen Projekte untereinander über den Forschungsfortschritt in der CCS-Technologie austauschen würden. 2011 wurden im CCS-Bereich ca. 400 Jobs neu geschaffen, zu diesem Zeitpunkt wartete man noch darauf, dass Bestimmungen zur CCS-Technologie in nationales Recht umgesetzt würden. (vgl. Deloitte 2011, 3,4) Ein Jahr später spricht die Kommission die ein Jahr später die Evaluierung der EEPR-Projekte selbst in die Hand nimmt, zwar von einem guten Fortschritt und der Wichtigkeit der CCS-Projekte, merkt aber an, dass bis Oktober 2012 noch für keins der CCS-Projekte endgültige Investitionsentscheidungen vorhanden waren. Gründe dafür waren laut der Kommission die schlechte Wirtschaftslage und der niedrige CO₂-Preis. (vgl. COM (2012) 445, final) 2013 vermerkt die Kommission, dass der niedrige CO₂ Preis im Rahmen des Emissionszertifikatshandelssystem dafür verantwortlich, sei das Investitionen nicht bereitgestellt werden, auch spricht man erstmals davon, dass die EEPR-Mittel nicht elementarer Bestandteil der CCS-Projekte seien, sondern lediglich als Anschubfinanzierung dieser Technologie gedacht gewesen wären. Eingerichtet werden konnte allerdings das CCS-Projektnetz. Die Kommission überdachte darauf ihre Sicht auf die CCS-Technologie und wollte noch einmal überprüfen, warum CCS-Technologieprojekte nicht vorankommen. Mittels eines Konsultationsverfahrens, sollte noch einmal die europäische Öffentlichkeit über ihr Interesse an dieser Technik befragt werden. (vgl. COM (2013) 791, final)

Offshore-Windkraft

Bei der Implementierung von Offshore-Windkraftprojekten gibt es auf der einen Seite Fortschritt im Bereich des Windkraftanlagen- und Turbinenbaus. Nicht gut sieht es allerdings für die Projekte aus, die für die Netzintegration von Offshore-Windkraftanlagen gedacht gewesen wären. Insgesamt konnten bisher drei Offshore-Windkraftanlagen fertiggestellt (Bard 1, Borkum West 2, Thornton Bank) werden. Ein Projekt verzögert sich aufgrund von Finanzmittelbedarfs (Global Tech 1) Und ein Projekt verzögert sich aufgrund fehlender Genehmigungen (Aberdeen Offshore Fram – Wind Deployment Center). (vgl. COM(2014) 669 Annex 2) Die drei bisher fertigen Windparks liefern zusammen eine Leistung von 925 MW. Ein weiteres Projekt sollte bis Ende 2014 fertig gestellt sein (Nordsee Ost).

Im Bereich der Netzintegration von Offshore-Windkraftbereich wurde bisher kein Projekt vollständig fertiggestellt. Ein Projekt wurde ganz aufgegeben aufgrund einer Änderung des Projektplans (HVDC Hub) und zwei Projekte werden sich nach derzeitigem Stand erheblich verzögern aufgrund eines Preisanstiegs (Kriegers Flak) und fehlender Genehmigungen (Cobra Cable). (vgl. COM(2014) 669 final Annex 2)

Stromnetzausbauten

Fertig gestellte Stromnetzprojekte sind 7: Malta Electricity Project, Malta- Italy Interconnection, Estlink – 2, Ireland/Wales Interconnection, Portugal-Spain Interconnection Reinforcement 1, 2, Wien-Győr. Derzeit noch laufende Projekte sind: Nordbalt 01, Nordbalt 02, France Spain Interconnection, Sicilly Continentally Italy. Mit dem Projekt Halle/Saale/Schweinfurt sollte innerhalb Deutschlands eine Nordost- Südwestverbindung für den Stromtransport geschaffen werden dieses Projekt wartet noch auf erforderliche Genehmigungen. (vgl. COM(2014) 669 final Annex 2) Die Auswirkungen der Ausbauten werden folgendermaßen beschrieben. Zwei Verbindungen zwischen Portugal und Spanien tragen dazu bei, Strom aus erneuerbaren Energiequellen zwischen diesen beiden Ländern auszutauschen. Des Weiteren kann mit einer neuen Stromleitung zwischen England und Irland erstmals auch Strom zwischen diesen beiden Ländern ausgetauscht werden. Dazu kommen drei Stromverbindungen in der Ostseeregion, die den Strombinnenmarkt und die Stromversorgung diversifizieren sollen. (vgl. COM(2014) 669 final) Bei der Auswahl der Stromverbindungen wurden Netze angebunden, die einerseits bisher schlecht bis gar nicht europäischen Stromnetz ausgeschlossen waren und andererseits auch das Teilen von Energie aus erneuerbaren Energiequellen ermöglicht. Geschaffen wurde Infrastruktur, die es in dieser Form vorher nicht gab.

Gasprojekte

Realisierte Gasprojekte sind bisher: Slovenia-Austria Gas-Transmission System, Romania Hungary Interconnection, Hungary-Croatia-Connection, Western Axis Larrau Interconnection, Germany-Belgium- United Kingdom Pipeline, Baltic Pipe Denmark, Baltic-Pipe Poland, Bulgaria Greece Interconnection, Expansion of Gas storage in the Czech hub. France-Belgium Interconnection. Es gibt 10 laufende EEPR-Projekte in diesem Bereich, diese sind: Bulgaria-Romania Interconnection (Verzögerung wegen fehlender Genehmigungen), eine kurze Unterbrechung gab es bei dem French Gas Network auf der Afrika-Spanien Achse, des Weiteren verzögerten sich das Polish LNG Terminal, der Slovakia-Hungary Interconnector. Nicht-realisiert wurden die Projekte, Zypern (soll beendet werden), Nabucco (Projekt- Aus ist bekannt gegeben). ITGI Poseidon (soll beendet werden), GALSI Italien - Algerien (soll beendet werden). Bei den Gasprojekten ist sicherlich das spektakulärste Aus, aller EEPR-Projekte zu vermelden. So scheiterte sang- und klanglos das im Vorfeld diskutierte Pipelineprojekt Nabucco. Dieses hätte Gas aus der Region des kaspischen Meeres unter der Umgehung von Russland direkt in die EU gebracht. Allerdings wurde dieses Projekt zugunsten einer anderen Verbindung eingestellt.

Bei den Reverse-Flow-Gasprojekten konnten bis auf zwei Projekte bisher alle Projekte realisiert werden²⁵ (12 insgesamt), das Projekt in Polen hatte sich verzögert und wird aller Voraussicht nach weitergehen, nur das Projekt in Rumänien musste ganz aufgegeben werden. Die Gasprojekte decken drei Bereiche ab, die Diversifikation innerhalb der europäischen Gasversorgung, fehlende Verbindungen zwischen Mitgliedstaaten werden geschaffen und Schwankungen in der Gasversorgung können mit den Reverse-Flow-Projekten begegnet werden. (vgl. COM(2014) 669 final) Allerdings gab es Stimmen die bemängelten, dass der Anteil der EEPR-Mittel für die Reverse-Flow-Projekte in Bezug auf die Sicherung der Versorgungssicherheit zu gering gewesen wären, da diese wirtschaftlich nicht selbsttragend wären. (vgl. Deloitte 2011, 26) Was die Implementierung der Reverse-Flow-Projekte angeht, so konnten diese beinahe vollständig und mit wenig Verzögerung installiert werden.

5.2 Inhaltliche Analyse des EEPR

Die inhaltliche Analyse analysiert das EEPR auf der inhaltlichen Ebene. Dabei soll untersucht werden in wieweit die betrachteten Aspekte der multiplen Krise für das EEPR inhaltlich ausschlaggebend sind.

²⁵ Realisierte Reverse-Flow-Projekte bisher: Austria 01,02,03,04.Slovakia 01,02. Czech Republic 01, 02, Hungary, Czech-Republic-Poland, Portugal, Latvia-Lithuania.

5.2.1 Krisendefinition des EEPR

Die Krise als Finanz- und Wirtschaftskrise

Das EEPR definiert die Krise zuallererst als Wirtschafts- und Finanzkrise, der es zu begegnen gilt. „*Die europäische Wirtschaft erlebt einen starken Abschwung infolge der Finanzkrise.*“ (VO (EG) Nr. 663/2009, Erw. 1) Bei der Erstimplementierung des EEPR scheint man zunächst von einer Krisendynamik auszugehen, welche die gesamte Wirtschaftsleitung der EU zurückgehen lässt, sowie das Vertrauen der Marktteilnehmer erschüttert. Die Krise wirkt sich aus, indem sie unter anderem als *Vertrauenskrise unter den MarktteilnehmerInnen* (vgl. VO (EG) Nr. 663/2009, Erw. 1) beschrieben wird. Bei der Änderung des EEPR scheint sich die Krisendynamik verändert zu haben, hin zu einer Krise die das Paradigma des bisherigen wirtschaftlichen Wachstumsgedanken in Frage stellt. Wirtschaftliches *Wachstum* soll auch durch eine strategische Neuausrichtung der EU-Energiepolitik, umweltverträglicher werden (vgl. VO (EG) Nr. 663/2009, Erw. 7) Innerhalb der Logik des EEPR ist also eine Änderung hinsichtlich der Ziele zu betrachten, geht es zunächst um eine Wiederherstellung des Status Quo vor der Krise, ist in der Abänderung eine leichte Tendenz zu beobachten hin zum Wunsch einer Neuausrichtung des Wirtschaftssystems nach Krise.

Die Krise als Energiekrise

Die Krise scheint zusätzlich zur ökonomischen Krise auch innerhalb der Krisenauseinandersetzung nach der Logik des EEPR im Energiebereich zu bestehen. Zum Ersten tritt diese Krise als Krise im Bereich der Energieversorgungssicherheit auf. Krisendynamiken im Energiebereich beinhalten wie es scheint eine nicht mehr zeitgerechte Europäische Energieinfrastruktur. „Im Falle der Gas- und Strominfrastruktur sind bestimmte Herausforderung erst in den letzten Jahren entstanden.“ (VO (EG) Nr. 663/2009, Erw. 8) Ferner Versorgungskrisen: (Beispielsweise im Gas- und Öl Bereich) „*Die jüngsten Gaskrisen (Winter 2006 und Winter 2009) sowie der Anstieg des Ölpreises bis Mitte 2008 haben gezeigt wie verwundbar Europa ist.*“ (VO (EG) Nr. 663/2009, Erw. 8) Des Weiteren, eine zunehmende Importabhängigkeit der EU im Energiebereich. „*Die heimischen Energieressourcen haben sich in einem solchen Maße verringert, dass die Energieversorgung Europas immer mehr von Importen abhängig ist.*“ (VO (EG) Nr. 663/2009, Erw. 8) Innerhalb der Augmentation des EEPR lassen sich also durchaus auch Fälle finden, in denen das EEPR zumindest im Ansatz von einer Art Energiekrise in Europa auszugehen scheint.

Die Klimakrise

Die Klimakrise scheint, wenn auch nicht direkt erwähnt, zumindest fest verankert in der Definition des EEPR. Die Klimakrise äußert sich im Sprachgebrauch des EEPR zunächst in der Erkenntnis, dass derzeit insgesamt zu viel Treibhausgas emittiert wird. Es spricht davon, dass das EEPR so zu konstruieren sei, dass es *„der Notwendigkeit der Minderung der Treibhausgasemissionen Rechnung trägt“* (VO (EG) Nr. 663/2009, Erw. 2). In seiner Überarbeitung wird das EEPR deutlicher, hinsichtlich der Faktoren, die zur Verursachung der Klimakrise in dieser Zeit beitragen. Die Krisendynamik scheint sich unter anderem in einer auf wirtschaftliches Wachstum ausgerichteten Politik zu manifestieren, die nicht zwangsläufig umweltverträglich oder nachhaltig ist.

„Im Geist der Strategie für nachhaltiges Wachstum und Beschäftigung (Europa 2020) und entsprechend dem Klima- und Energiepaket der EU und ihrem Aktionsplan für Energieeffizienz von 2006 würden die Entwicklung weiterer erneuerbarer Energiequellen und die Förderung von Energieeffizienz zu einem umweltverträglichen Wachstum, zur Schaffung einer wettbewerbsfähigen und nachhaltigen Wirtschaft und zur Bekämpfung des Klimawandels beitragen.“ (VO (EG) Nr. 663/2009, Erw. 3)

Das EEPR definiert also, dass die Klimakrise besteht und die Europäische Union in einer bestimmten Form darauf reagieren wird.

5.2.2 Definition von Konjunkturbelebung des EEPR

Im Sinne der Forschungsfrage, mit welchen Maßnahmen die Europäische Union der Finanz- und Wirtschaftskrise entgegentritt, ist eine inhaltliche Analyse, wie das EEPR Konjunkturbelebung definiert nicht uninteressant. Vor allem geht es darum, das Selbstverständnis der Europäischen Union in Punkto Konjunkturbelebung zu betrachten wenn es darum geht einer Krise ein EEPR entgegenzusetzen. Das EEPR seiner eigenen Logik entsprechend, sieht zur Konjunkturbelebung eine außergewöhnliche einmalige Maßnahme vor, in der Förderung von Energieinfrastrukturprojekten die Wirtschafts- und Energiepolitik vereint und darüber hinaus noch Subziele verfolgt.

Einmaligkeit des Konjunkturprogramms

Zunächst einmal scheint es von zentraler Bedeutung für das Programm, dass es einer nicht-alltäglichen Maßnahme bedarf um wieder für einen Aufschwung in der Wirtschaft zu sorgen.

„Zur Bewältigung dieser schwierigen, bisher einmaligen Wirtschaftslage bedarf es außergewöhnlicher und sofortiger Anstrengungen. Um das Vertrauen der Marktteilnehmer wiederherzustellen, müssen unverzüglich Maßnahmen zur Stützung der Wirtschaft ergriffen werden.“ (VO (EG) Nr. 663/2009, Erw. 1)

Die Bemühungen, die in dieser Maßnahme liegen, sollen vor allem dazu führen, dass eine Marktsituation, die in einem auf Wettbewerb ausgerichteten Wirtschaftsmodell vorherrscht, mittels einer vertrauensbildenden Maßnahme wieder hergestellt wird. Mit anderen Worten eine durch die Krise ins Stocken geratene Marktsituation soll mittels eines außergewöhnlichen Eingriffs des Staates in den ansonsten als frei beschriebenen Markt wieder „angekurbelt“, werden. Diese Maßnahmen sollen allerdings konzentriert nur in einzelnen Bereichen des Marktes gesetzt werden. *„Ein wichtiger Bestandteil des Konjunkturprogramms ist der Vorschlag, die Ausgaben der Gemeinschaft in bestimmten strategischen Sektoren zu erhöhen“* (VO (EG) Nr. 663/2009, Erw. 4) Soweit die „theoretische Umrahmung“ des EEPR.

Des Weiteren soll es sich bei einer solche Konjunkturmaßnahme unter alle Umständen möglichst um eine einmalige Sache handeln. *„Gleichwohl sollte das mit dieser Verordnung geschaffene Sonderprogramm keinesfalls einen Präzedenzfall für künftige Ko-Finanzierungssätze bei Infrastrukturinvestitionen darstellen.“* (VO (EG) Nr. 663/2009, Erw. 5) Hier ließe sich herauslesen, dass eine solche Maßnahme unter regulären konjunkturellen Bedingungen eigentlich unerwünscht sei.

Die Verbindung von Wirtschafts- und Energiepolitik

Konkret wird es in der Definition wie eine solche Maßnahme zu gestalten sei: *„Das Konjunkturprogramm wird nur dann wirken, wenn Maßnahmen finanziert werden, die sowohl gegen die Wirtschaftskrise helfen als auch den dringenden Energiebedarf der Gemeinschaft befriedigen.“* (VO (EG) Nr. 663/2009, Erw. 5) So scheint die Frage nach der Wirkung eines Konjunkturprogramms laut der Eigendefinition des EEPR zunächst einmal eng mit energiepolitischen Fragen verknüpft zu sein. Energie erscheint als Grundlage wirtschaftlichen Handelns, weshalb es von besonderer Wichtigkeit sei, Aspekte der Energiepolitik bei der Implementierung von krisen-entgegensteuernden Maßnahmen zu betrachten. Anders ausgedrückt bedeutet Wirkung in diesem Fall, dass die Wirtschaft wieder in Schwung kommt und diese Wirtschaft mit ausreichend Energie versorgt ist.

Subziele innerhalb des EEPR

Um „greifbare-, und „wesentliche“ Ergebnisse zu produzieren solle sich diese Maßnahme auf Sektoren konzentrieren, die neben der Verknüpfung von Wirtschaftspolitik und Energiepolitik noch die Subziele verfolgen, Energieversorgungssicherheit herzustellen und Treibhausgase zu reduzieren. (vgl. VO (EG) Nr. 663/2009, Erw. 6) Das Programm besitzt also neben dem Hauptziel, das etwa allgemein Wirtschaftsbelebung genannt werden könnte, noch zwei explizit erwähnte Nebenziele.

Energieinfrastrukturprojekte

Ausgestaltet werden soll ein Programm, das konkret Maßnahmen im Bereich von kurzfristig umsetzbareren Energieinfrastrukturprojekten einmalig fördert.

„Allerdings wird die Durchführung von Energieinfrastrukturvorhaben durch die aktuelle Wirtschafts- und Finanzkrise beeinträchtigt. Die Durchführung einiger wichtiger Projekte, darunter solcher von gemeinschaftlichem Interesse, könnte sich wegen der Geldknappheit stark verzögern“. (VO (EG) Nr. 663/2009, Erw. 9)

Da Infrastrukturvorhaben im Bereich der Energiepolitik besonders durch die Krise getroffen sind, scheint man sich zu erhoffen, dass durch Förderung der selbigen die Konjunktur wieder belebt wird.

Klare Kriterien der Finanzierung

Ein weiterer Punkt, welcher zum Erfolg eines EEPR beitragen soll ist auch die Unmittelbarkeit der Bereitstellung der finanziellen Mittel. *“Damit sich diese Verordnung umgehend auf die Wirtschaftskrise auswirkt, ist es unerlässlich, dass darin die Vorhaben aufgeführt werden, die [...] eine sofortige finanzielle Unterstützung erhalten können.“* (VO (EG) Nr. 663/2009, Erw. 12) Mittel sollten so schnell als möglich ausgezahlt werden um eine Wirkung zu erzielen. Ferner sollen diese nach Möglichkeit möglichst *„effizient“* und *„effektiv“* verwendet werden (vgl. VO (EG) Nr. 663/2009, Erw. 6) Trotz allem soll mit der Bereitstellung der Mittel nicht zu stark in den Markt eingegriffen werden. *„Die Gemeinschaftsfinanzierung sollte weder den Wettbewerb noch das Funktionieren des Binnenmarkts in ungebührlicher Weise verzerren.“* (VO (EG) Nr. 663/2009, Erw. 17)

Änderung des Konjunkturbelebungsbegriffs durch die Abänderung der EEPR-Verordnung

Mit der Änderung der Verordnung kommt es auch zu einem Bedeutungswandel des Verständnisses des EEPR's hinsichtlich des Begriffs von Konjunkturbelebung. *„Durch Unterstützung dieser politischen Ziele wird in der Union die Entstehung neuer Arbeitsplätze und umweltfreundlicher Marktchancen gefördert, was auch die Entwicklung einer wettbewerbsfähigen, sicheren und nachhaltigen Wirtschaft begünstigt.“* (VO (EU) Nr. 1233/2010, Erw. 3) Das Wirtschaftssystem der EU soll mit dieser Änderung beeinflusst werden, hinsichtlich der Nachhaltigkeit. Gleichzeitig sollen umweltfreundliche Akteure besseren Marktzugang erhalten. Der Konjunkturbelebungsbegriff geht mit dieser Formulierung weg von einem Konjunkturbegriff der das reine Funktionieren einer Wirtschaft zum Ziel hat, hin zu einem Konjunkturbegriff, der eine umweltfreundliche und nachhaltige Wirtschaft zum Ziel hat. Diese Änderung im Begriff des Verständnisses von Konjunktur-

belebung geht einher mit der Verknüpfung des Konjunkturbelebungsbegriff an die Kriterien eines Wirtschaftssystems in der „Europa 2020-Strategie“, die die Wirtschaftsbedingungen ändern will hinsichtlich eines *„umweltverträglichen Wachstum zur Schaffung einer wettbewerbsfähigen, vernetzten, nachhaltigen und umweltfreundlichen Wirtschaft, sowie zur Sicherung von Beschäftigung, zur Schaffung von Arbeitsplätzen und zur Bekämpfung des Klimawandels“* (VO (EU) Nr. 1233/2010 Erw. 7).

Das EEPR entstammt dem Bewusstsein, der Finanz- und Wirtschaftskrise, die zu einem wirtschaftlichen Abschwung in der Europäischen Union geführt hat und durch deren Auswirkungen die Konjunktur gebremst wurde. Nach der Logik des EEPR ist daher eine Konjunkturbelebung vonnöten. Konjunkturbelebung bedeutet im Zuge dieser Analyse mittels eines durch die EU einmalig zu Verfügung gestellten Infrastrukturpakets im Energiebereich in den Markt einzugreifen und dadurch Wachstumsimpulse zu setzen. Also gezielt einmalig und außerplanmäßig Gelder öffentlicher Haushalte bereitzustellen um damit Anschubfinanzierung für privatwirtschaftlich geführte Energieprojekte zu leisten.

Die Konjunktur gilt nach der Logik des EEPR als belebt, wenn der europäische Binnenmarkt wieder nach den Kriterien der freien Marktwirtschaft funktioniert und die Wirtschaft wieder wächst sowie das gegenseitige Vertrauen der MarktteilnehmerInnen wieder hergestellt ist. Ferner soll ein durch das EEPR mitgeschaffener integrierter europäischer Energiemarkt, zum Funktionieren der europäischen Wirtschaft beitragen. Mit der Novellierung der EEPR Verordnung gibt es eine Bedeutungsänderung von Konjunkturbelebung, welche besagt, dass Konjunktur belebt ist wenn, das wachstumsbasierte Wirtschaftsmodell sich erholt und gleichzeitig ein nachhaltiges, umweltfreundliches und vernetztes, auf dem wenig eingeschränkten Markt basierendes Wirtschaftssystem entstanden ist

5.2.3 Umweltpolitischer Anspruch des EEPR

Verringerung des Treibhausgasausstoßes

Der umweltpolitische Anspruch, der vermutlich die höchste Priorität innerhalb des EEPR hat, ist die Verringerung des Treibhausgasausstoßes. Die langfristige Stärke und Nachhaltigkeit der Europäischen Wirtschaft wird davon abhängen, wenn sie der Notwendigkeit der Minderung der Treibhausgasemissionen Rechnung trägt. (vgl. VO (EG) Nr. 663/2009, Erw. 2) heißt es schon auf der ersten Seite der EEPR Verordnung. Wäre es nicht zu einer Abänderung des EEPR gekommen und beim ursprünglichen Vorschlag der Kommission geblieben, so hätte das ganze Analysekapitel vermutlich „Verringerung der

Treibhausgasemissionen“ heißen könne. Da dieses Ziel neben Konjunktur und Energieversorgungssicherheit ein Hauptziel der ersten EPPR-Verordnung darstellt.

„Um greifbare und wesentliche Ergebnisse erzielen zu können, sollten diese Investitionen auf einige wenige bestimmte Sektoren konzentriert sein; dabei sollte es sich um Sektoren handeln, in denen die Maßnahmen einen deutlichen Beitrag zu den Zielen der Energieversorgungssicherheit und zur Reduzierung der Treibhausgasemissionen leisten“ (VO (EG) Nr. 663/2009, Erw. 13).

Ausnahmslos alle Maßnahmen des EEPR sollen direkt oder indirekt zur Reduktion der Treibhausgasemission beitragen. Seien es die Gas- und Energieinfrastrukturprojekte, die Förderung der Offshore-Windkraft, oder die 2010 beschlossenen Energieeffizienzmaßnahmen und Förderung der erneuerbaren Energien mit den EEPR-Restmitteln. Diese Ganzheitlichkeit eines Zieles wird soweit verfolgt, dass man sich erhofft sogar Treibhausgase von Treibhausgasverursachern, bei denen es nicht möglich ist diese einzusparen dann wenigstens verschwinden zu lassen, mittels der CCS-Technologie. Förderkriterien bei dieser sind: *„Die Vorhaben sind nachweislich in der Lage, mindestens 80 % des CO₂ in Industrieanlagen abzuscheiden sowie dieses CO₂ zu transportieren und unterirdisch geologisch sicher zu speichern“* (VO (EG) Nr. 663/2009, Art. 18, Abs. 1a). Das Ziel der Treibhausgasreduktion erscheint also im Großen und Ganzen als einer der wichtigsten umweltpolitischen Aspekte für das EEPR.

Infrastrukturoptimierung für aktuelle umweltpolitische Herausforderungen

Ein weiterer umweltpolitischer Aspekt ist die Wichtigkeit der Optimierung der Energieinfrastruktur hinsichtlich einer zukünftig umweltfreundlicheren Energiepolitik. So sollen nicht nur die Auswirkungen auf die Umwelt ein relevantes Vergabekriterium bei der Auswahl der EEPR-Projekte sein (vgl. VO (EG) Nr. 663/2009, Art. 8) Sondern das EEPR soll auch mittels seines großen Fokus auf die Energieinfrastruktur, dazu beitragen technische, umweltgegebene und finanzielle Hindernisse die der Verwirklichung der EEPR Zielen im Wege stehen zu überwinden (vgl. VO (EG) Nr. 663/2009, Art. 5) Der Fokus auf die Infrastruktur ergibt sich in diesem Fall vor allem wenn man die konkreten EEPR-Projekte betrachtet und diese mit ihrer dahinterliegenden Zielsetzung vergleicht.

Förderung von Erneuerbarer Energie

Der Umweltpolitische Aspekt der Förderung erneuerbaren Energien an sich wird in der ersten Version des EEPR als allgemeines Ziel verstanden. Begrifflich scheint das EEPR im Bereich der Förderung von erneuerbaren Energien schwammig zu agieren. Einerseits sollen die Infrastrukturmaßnahmen auch des EEPR den Veränderungen des Europäischen

Energiebinnenmarkts hinsichtlich einer Zunahme von erneuerbaren Energien gerecht werden. Mittels der Förderung von Offshore-Windkraftprojekten wird auch eine Technologie gefördert, die zu den erneuerbaren Energien zu zählen ist, andererseits nimmt die Ursprungsversion des EEPR die Förderung erneuerbarer Energien nicht als expliziten Punkt in die Ziele auf.

„Die Wahl dieser Sektoren erfolgte aufgrund der besonderen Rahmenbedingungen des Konjunkturprogramms und sollte nicht in Zweifel ziehen, dass der Energieeffizienz und der Förderung von Energie aus erneuerbaren Quellen, die in dem Konjunkturprogramm aufgeführt sind, weiterhin oberste Priorität eingeräumt wird.“ (VO (EG) Nr. 663/2009, Erw. 6)

Eine Neusetzung der Prioritäten hinsichtlich der Förderung von erneuerbaren Energien erhält das EEPR mit der Änderung der Verordnung 2010. Was in der Ursprungsversion noch angekündigt wird, eventuell verbleibenden EEPR Restmitteln in diese Bereiche zu stecken, wird in mit der Änderung der Verordnung 2010 direkt formuliert. Ein neues Finanzinstrument wird mit übrig gebliebenen EEPR-Mitteln geschaffen, die *„die Entwicklung von Vorhaben im Bereich der Energieeffizienz und erneuerbarer Energien unterstützen und die Finanzierung von Investitionsvorhaben lokaler, regionaler und nationaler Behörden [...] vor allem in Städten unterstützen“* (VO (EG) Nr. 663/2009, Erw. 4). Damit wird Notwendigkeit der Förderung von erneuerbaren Energien als umweltpolitischer Aspekt definiert. Vor allem scheint das EEPR mit seiner Änderung mittlerweile davon auszugehen, dass die Ziele eigentlich besser auf lokaler Ebene erreicht werden könnten *„Investitionshilfen für eine nachhaltige Energienutzung können am ehesten effektiv und nützlich sein, wenn sie auf die lokale Ebene ausgerichtet sind.“* (VO (EU) Nr. 1233/2010, Erw. 5)

Förderung von Energieeffizienzmaßnahmen

Energieeffizienzmaßnahmen als umweltpolitische Aspekte werden als vollständiger Teil des EEPR erst mit der Änderung der Verordnung herausgestrichen. Was die Energieeffizienzmaßnahmen von der Förderung der erneuerbaren Energien unterscheidet, ist, dass diese im Rahmen des EEPR immer doppelt genannt werden - Begrifflich hätte es vermutlich eher Förderung von erneuerbarer Energie auf der Mikroebene heißen sollen – In der Begründung über den Eingang von Energieeffizienzmaßnahmen in das EEPR heißt es:

„Im Geist der Strategie für nachhaltiges Wachstum und Beschäftigung (Europa 2020) und entsprechend dem Klima- und Energiepaket der EU und ihrem Aktionsplan für Energieeffizienz von 2006 würden die Entwicklung weiterer erneuerbarer Energiequellen und die Förderung von Energieeffizienz zu einem umweltverträglichen Wachstum, zur Schaffung einer wettbewerbsfähigen

und nachhaltigen Wirtschaft und zur Bekämpfung des Klimawandels beitragen.“ (VO (EU) Nr. 1233/2010, Erw. 3)

Energieeffizienzmaßnahmen werden somit im Rahmen des EEPR als relevant erklärt.

5.2.4 Der Beitrag zur Energieversorgungssicherheit des EEPR

Energieversorgungssicherheit als Notwendigkeit

Das EEPR geht von einer Notwendigkeit der Förderung von Energieversorgungssicherheit aus, diese konstituiert sich aus dem Auftreten diverser Energiekrisen, der allgemeinen Abhängigkeit von Öl und Gas der europäischen Energiepolitik sowie die Importabhängigkeit vieler Bereiche der derzeitigen europäischen Energieversorgung.

„Im Falle der Gas- und Strominfrastrukturen sind bestimmte Herausforderungen erst in den letzten Jahren entstanden. Die jüngsten Gaskrisen (Winter 2006 und Winter 2009) sowie der Anstieg des Ölpreises bis Mitte 2008 haben gezeigt, wie verwundbar Europa ist. Die heimischen Energieressourcen, d. h. Gas und Öl, haben sich in einem solchen Maß verringert, dass die Energieversorgung Europas immer mehr von Importen abhängig ist.“ (VO (EG) Nr. 663/2009 Erw. 8)

Ein besonderes Augenmerk kommt dabei der europäischen Gasversorgung zugute. Im Rahmen des EEPR wird davon ausgegangen, dass die Europäische Gasversorgung nicht mehr sicher ist. *„Diese Erkenntnis bekommt durch die zunehmende Sorge um die Sicherung zuverlässiger Gaslieferungen zusätzliches Gewicht.“ (VO (EG) Nr. 663/2009 Erw. 2)* Aus diesen Gründen erschließt sich eine gewisse Eigenlogik, die Nachvollziehbarkeit des Ziels „Energieversorgungssicherheit“ in das EEPR zu integrieren.

Energieversorgungssicherheit durch Ausbau der Infrastruktur

Energieversorgungssicherheit soll durch den Ausbau von Infrastrukturprojekten erlangt werden. Aus diesem Grund werden, wie es den Anschein hat, in der EEPR-Verordnung von 2009 Gas- und Strominfrastrukturprojekte, Offshore-Windenergie und Kohlenstoffabscheidung- und Speicherungsprojekte gefördert. (vgl. VO (EG) Nr. 663/2009 Art. 1) Diese Projekte sieht das EEPR als geeignet, die Stromversorgung in der EU für die nächsten Jahre sicherer zu machen. Der Infrastrukturausbau wird nach dem Text der EEPR-Verordnung erstens nötig sein um zukünftig verstärkt Energie aus erneuerbaren Energien nutzen zu können, zweitens, um die Energieversorgung insgesamt integrierter zu gestalten und im Zuge dessen auch Regionen an die integrierte Energieversorgung heranzuführen, die derzeit von ihr noch nicht erreicht werden und drittens, die Leistungsfähigkeit der Netze zu erhöhen. Im EEPR heißt es dazu es diene

„zum Ausbau des Netzes zur Stärkung des wirtschaftlichen und sozialen Zusammenhalts durch die Verminderung der Isolation der benachteiligten Gebiete und der Inselregionen der Gemeinschaft, zur Anbindung erneuerbarer Energiequellen, Sicherheit, Zuverlässigkeit und Interoperabilität der Verbundnetze sowie zur Solidarität zwischen den Mitgliedstaaten leisten“ (VO (EG) Nr. 663/2009, Erw. 13).

Gerade auf den Aufbau des europäischen Energiebinnenmarkts wird ein besonderer Fokus gelegt. *„Unter den Energieinfrastrukturvorhaben müssen diejenigen ausgewählt werden, die für das Funktionieren des Energiebinnenmarkts und auch zur wirtschaftlichen Erholung beitragen.“* (VO (EG) Nr. 663/2009 Erw. 10) Dieser wird als besonders notwendig angesehen, um zur europäischen Energieversorgungssicherheit beitragen zu können.

Energieversorgungssicherheit durch Diversifikation der Energieversorgung

Energieversorgungssicherheit kann nach der Logik des EEPR nur erreicht werden, wenn die europäische Energieversorgung diversifiziert wird. Dies bedeutet zum einen, dass die für die Energieversorgung notwendige Rohstoffversorgung diversifiziert werden sollte und zum anderen, dass die Energie selber auf unterschiedliche Arten produziert sein sollte.

„Grundlage für die Auswahl der Vorhaben sollte sein, dass diese die in der Überprüfung festgestellten Prioritäten umsetzen, eine angemessene Projektreife aufweisen und einen Beitrag zur Sicherheit und Diversifizierung der Energie- und Lieferquellen, zur Optimierung der Netzkapazität und Integration des Energiebinnenmarkts, insbesondere hinsichtlich der grenzüberschreitenden Abschnitte“ (VO (EG) Nr. 663/2009, Erw. 13).

Aus diesem Grund ist sei es also unerlässlich, neue Verbindungen zum Transport von Energie zu schaffen, seien es neue grenzüberschreitende Strom und Gasverbindungen wie auch technisch erneuerte Verbindungen im Gasbereich die so genannten Reverse-Flow-Verbindungen. Ziele sind dabei *„Sicherheit, Zuverlässigkeit und Interoperabilität der zusammengeschalteten Energienetze, einschließlich der Möglichkeit der Nutzung der Gasflüsse in mehrere Richtungen, wenn dies erforderlich ist“* zu erreichen (VO (EG) Nr. 663/2009, Art. 4e).

Was die Diversifikation der Energieproduktion angeht, so erhofft sich das EEPR mit der Förderung von Maßnahmen auf der Makroebene wie der Offshore-Windkraft Technologie der EEPR-Projekte weiter zu entwickeln. Es erhofft sich des Weiteren: *„Auswirkungen des Projekts und sein Beitrag zum Offshore Windnetzsystem der Gemeinschaft, einschließlich seines Replikationspotentials.“* (VO (EG) Nr. 663/2009, Art. 14f). Mit der Implementierung der Änderung der EEPR Verordnung soll dies auch auf der Mikroebene geschehen. Mit der

Förderung von „Stromerzeugung im kleinsten Maßstab aus erneuerbaren Energiequellen“ (VO (EU) Nr. 1233/2010, Anhang II, Abs. 1d)

Energieeffizienz und Förderung erneuerbarer Energiequellen

Energieversorgungssicherheit soll auch mit der Förderung erneuerbarer Energiequellen gelingen und der Förderung von Energieeffizienzmaßnahmen. Das EEPR beinhaltet schon in seiner ursprünglichen Version mit der Förderung der Offshore-Windkraftanlagen einen Teil dieses Gedankens. In der Änderung des EEPR wird dieser allerdings erst vollständig. Die nicht für die ursprünglichen EEPR Projekte verwendeten Mittel sollen genutzt werden um diese Bereiche zu fördern. Diese sollen *„Anreize für Vorhaben im Bereich der Energieeffizienz und Vorhaben zur Nutzung erneuerbarer Energiequellen geben“* (VO (EU) Nr. 1233/2010, Art. 1, Abs. 3) Damit kommt in Bezug auf die Versorgungssicherheit ein weiterer Aspekt hinzu.

5.3 Zusammenfassende Analyse des EEPR im Rahmen von Krisentendenzen in der Europäischen Union

In der Zusammenfassenden Analyse geht es darum aufzuzeigen wie sich das EEPR im Kontext einer krisenhaften Europäischen Energiepolitik gestaltet.

In der Betrachtung der so genannten historischen Situation entsteht das EEPR, zunächst allein als Maßnahme gegen die Auswirkungen der Finanz- und Wirtschaftskrise, in einer Situation die sich wie es die Betrachtungen des theoretischen Teils dieser Untersuchung zeigt jedoch als Vielfachkrise darstellt. Innerhalb dieser Krisensituation ist dabei die Finanz- und Wirtschaftskrise die unmittelbarste und sichtbarste Krisenerscheinung, die, so zeigt es die inhaltliche Analyse, den größten Anteil an der Implementierung des EEPR hat. Dennoch spielen auch die Auswirkungen der Klimakrise, welche zu einem früheren Zeitpunkt beginnt und die Einfluss auf die europäische Energiepolitik hat, sowie die Symptome der Energiekrise im Sinne der Vielfachkrise, die ebenfalls zu einem früheren Zeitpunkt beginnt, eine Rolle in Bezug auf die Implementierung des EEPR. Allen diesen Krisenphänomenen zollt das EEPR Rechnung und diese beeinflussen es. Dies spiegelt sich in der Analysephase des Policy-Cycle, die als Phase der Problemwahrnehmung aufscheint. In dieser zeigt sich wie ein Problembewusstseinsprozess der die drei genannten Krisenphänome erkennt, innerhalb der Kommission und des Europäischen Rats im Vorhinein entsteht. Die inhaltliche Analyse wiederum macht deutlich, wie sich die verschiedenen Merkmale der Vielfachkrise im EEPR in der Formulierung des Krisensteuerungsmechanismus ausdrücken.

Welche Interessenskonstellationen konnten sich durchsetzen bei der Implementierung des EEPR? Betrachtet man das EEPR im gesamten Kontext dieser Arbeit dann lässt sich in Bezug auf die Interessenskonstellationen die Tendenzen herausarbeiten, dass die wirtschaftlich-starken EU-Staaten sich insgesamt durchsetzen konnten in Bezug auf eine Projektverteilung hinsichtlich, dem Punkt, dass mehr EEPR-Projekte für diese Staaten beschlossen wurden. Hierbei seien als Beispiel vor allem die Nordseeanreiner-Staaten zu erwähnen, die überdurchschnittlich von Offshore-Windkraftprojekten profitieren und die insgesamt im Rahmen der EEPR-Verhandlungen mehr Projekte für sich herausschlagen konnten. In Bezug auf die Art der Projekte bildete sich eine Interessenskoalition von Industrievertretern und Kommission, die vorrangig auf Energiegroßprojekte im Rahmen von EEPR-Projekten setzte und sich auch aktiv an den Projektplanungen beteiligte. Ein besonderes Beispiel dafür ist die Förderung der CCS-Technologie. Diese tauchte erst relativ spät auf der Agenda auf, der Wille zur Förderung dieser Technologie wurde erst durch das Berliner Forum für fossile Energien bei dem führende VertreterInnen der europäischen Öl und Gas-Konzerne beteiligt waren deutlich. Deren Forderung die CCS-Technologie zu fördern wurde mit dem EEPR entsprochen.

Eine Interessenskoalition, die für die Förderung von dezentralen Kleinprojekten im Energiebereich bildete, war jene bestehend aus den meisten Fraktionen des Europäischen Parlaments und einzelnen Staaten im Rat der Europäischen Union. Diese konnte die Förderung von Energieeffizienzmaßnahmen und Förderung von erneuerbaren Energien auf der Mikro-Ebene durchsetzen, sie erreichte durch ihre Intervention im Rahmen des Gesetzgebungsprozess die Abänderung des EEPR hinsichtlich der Förderung dieser Maßnahmen mit Restmitteln, die nicht für ursprünglich geplante EEPR-Projekte ausgegeben werden konnten. Diese konnte die Kommission zum Abänderungsvorschlag des EEPR überzeugen und erreichte damit auch die Abänderung des EEPR.

Im Kontext der Analyse zeigt sich, dass die Konzeption einer ‚transnationalen Klasse‘, die Interessen innerhalb der europäischen Union durchsetzt unter Umständen auch für die europäische Energiepolitik Gültigkeit besitzen kann. Zumindest in manchen Bereichen. Es zeigt sich im Rahmen des Gesetzgebungsprozess des EEPR, dass Projekte nicht allein durch die klassischen Institutionen der EU durchgesetzt wurden sondern auch Interessenskoalitionen bestehend aus den führenden IndustrievertreterInnen, Interessensgruppen und Thinktanks, also transnational agierende Eliten, im Energiebereich Einfluss auf das EEPR genommen haben. Dies zeigt die Analyse der Politikformulierung. Erweitert wird dieses Erkenntnis mit

der Betrachtung der Rolle der Interest Groups in Bezug auf die Europäische Energiepolitik. Diese zeigt, dass allgemein von einem Einfluss nichtstaatlicher Akteure wie Interessensvertretungen auf die Europäische Energiepolitik ausgegangen werden kann. Die Rolle des Einflusses erscheint dabei abhängig vom Grad der Professionalisierung und des Wissens um den Zugang zum Policy-Prozess.

Im Bereich der Analyse der verfolgten Strategien muss unterschieden werden, welche Strategien wurden verfolgt im Rahmen des Implementierungsprozess des EEPR und welche Strategien verfolgt das EEPR selbst im Rahmen einer krisenhaften europäischen Energiepolitik? Zunächst wurden im Rahmen des Implementierungsprozess des EEPR folgende Strategien identifiziert. Erstens einmal jene Strategie, der Verbindung von Konjunkturbelebungsmaßnahmen mit Maßnahmen im Energiebereich. Den Anfang machte sicherlich in diesem Fall der European Economic Recovery Plan²⁶, indem er einen Zusammenhang formulierte. Diese Strategie wurde von der Europäischen Kommission verfolgt. Diese konnte sich dann auch durchsetzen, trotz Skepsis einzelner Mitgliedsstaaten oder Fraktionen. In dieser Form stellen diese Maßnahmen allerdings für die Europäische Energiepolitik ein Novum dar, wie es auch die Analyse der Geschichte der europäischen Energiepolitik zeigt. Mit der Implementierung des EEPR einher, geht auch die Strategie der Vertiefung der Europäischen Integration. Diese solle dazu dienen den europäischen Energiebinnenmarkt zu schaffen und zu einer europäischen Energiepolitik beitragen. Die Strategie scheint aufzugehen, da sie, wie es die Analyse zeigt, nicht wesentlich in Frage gestellt wird.

Des Weiteren ist eine Strategie, Konjunkturbelebung ausschließlich mittels der Förderung von Großprojekten zu erreichen, zu erkennen. Diese wird allerdings mit der Einflussnahme des Europäischen Parlaments in den Agenda-Setting Prozess in Frage gestellt und schließlich aufgegeben. Sie ändert sich dann insofern, als dass dezentrale Kleinprojekte als sinnvoller für die Konjunkturbelebung erachtet werden.

Darüber hinaus wird die Strategie der Bekämpfung des Klimawandels und der Herstellung von Energieversorgungssicherheit sichtbar. Diese Imperative erweisen sich als jeweils so stark, dass es innerhalb des Agenda-Setting-Prozess zu keinem wesentlichen Widerspruch kommt und sogar umstrittene Projekte wie die Förderung der CCS-Technologie und die Förderung der NABUCCO-Pipeline dadurch in das Projekt aufgenommen werden können.

²⁶ COM (2008) 800

Auf der inhaltlichen Ebene des EEPR kann im Sinne des theoretischen Hintergrunds der Analyse folgende Strategien identifiziert werden: Mit der Grundidee des EEPR mittels der Förderung von Maßnahmen im Energiebereich wirtschaftliches Wachstum herzustellen durch die Bereitstellung von einmaligen Investitionsmitteln wird wohl am ehesten eine Strategie der keynesianischen Krisensteuerung verfolgt. Die Einmaligkeit der EEPR-Maßnahmen, die auch in der Abänderung des EEPR noch einmal gesondert festgeschrieben wird, spricht dafür, dass hier versucht wird antizyklisch zu agieren und damit im Sinne des Deficit Spending die Konjunktur wieder zu beleben. Allerdings ein paar Eigenschaften sind dem EEPR besonders, so soll damit nicht nur die Konjunktur belebt werden sondern auch die europäische Energieversorgung diversifiziert und der Klimawandel bekämpft werden, es zeigt sich also auch eine Strategie der multiplen Zielverfolgung, welche gerade auch durch die Neuformulierung der förderungswürdigen Maßnahmen mit der Abänderung des EEPR verstärkt in den Vordergrund gerät.

In der Bestimmung der Hegemonieprojekte im Sinne der neogramscianischen Analyse wird deutlich im Sinne der Krisenbearbeitung, dass das neoliberale Hegemonieprojekt durch die Entwicklungen der Vielfachkrise zumindest in Teilen in Frage gestellt wird. In Bezug auf das Entgegensteuern gegen die Krise durch das EEPR zeigt sich, dass die konventionellen Krisenbearbeitungsmöglichkeiten nach der neoliberalen Logik nicht mehr greifen zu scheinen. Patentrezepte scheint es nicht zu geben, mit dem EEPR wird deshalb dem Anschein nach wieder auf keynesianische Steuerungsmechanismen zurückgegriffen. Allerdings mit Betonung auf einer Einmaligkeit des EEPR und die in der Politikformulierung herausgearbeiteten Festlegung auf die Wiederherstellung des wachstumsbasierten Wirtschaftsparadigmas, für die Wirtschaftspolitik der EU auf Vorkrisenzeiten. Es scheint, dass zumindest in der Logik des ursprünglich vorgeschlagenen EEPR das neoliberale Hegemonieprojekt an sich nicht in Frage gestellt wird.

Durch die Auseinandersetzung mit der Regulationstheorie und dem Bewusstsein der Krise des Fordismus in den 70er Jahren und der Konzeption der Krise des Finanzgetriebenen Akkumulationsregimes, sowie der Frage ob die Vielfachkrise als ‚große Krise‘, des geltenden Regulationsmodus zu sehen ist, zeigt sich dass Krisenbearbeitungsstrategien einen ganzheitlichen Ansatz verfolgen sollten. Das EEPR besitzt durch die Formulierung seiner Subziele im Gegensatz zu einer rein keynesianischen Krisenbearbeitungsstrategie zumindest in Teilen heterogene Ansätze in der Krisenbearbeitung. Anhand dieser lassen sich die

Kräfteverhältnisse in der europäischen Energiepolitik, die sich bei der Implementierung des EEPR durchsetzen, analysieren.

Zunächst einmal scheinen die Kräfteverhältnisse klassisch verteilt. EU-Kommission und VertreterInnen der Energiewirtschaft, insbesondere der größten in Europa vertretenen Firmen in diesem Bereich erstellen eine Projektliste, in der ausschließlich Großprojekte im Energiebereich gefördert werden sollen. Bei den Mitgliedstaaten setzen sich im Europäischen Rat dementsprechend die alten klassischen Industriestaaten der EU durch und erreichen dementsprechende regionale Verteilung der EEPR-Projekte. Gefördert werden sollen ausschließlich Großprojekte im Energiebereich. Damit zeigen sich die klassischen Kräfteverhältnisse. Zu einer Veränderung des Kräfteverhältnisses kommt es durch die Intervention des Europäischen Parlaments. Dadurch werden auf einmal dezentrale Energieprojekte als sinnvoll für die Erreichung der EEPR Ziele angesehen. Dies wird dann auch in der Abänderung des EEPR formuliert. Für die Abänderung werden im EU-Parlament auch jene Fraktionen unterstützend mobilisiert die der ursprünglichen Variante des EEPR noch kritisch gegenüber standen. Die einflussnehmenden Kräfte scheinen sich, zumindest was die die Abänderung betrifft, verändert zu haben. Im Gesamten aber wird das Ungleichgewicht allerdings eher teilweise, nicht grundlegend verändert. In der EEPR-Abänderung von einem Gesamtbetrag von 4 Mrd. Euro für zentrale große Energieprojekte wird schließlich nur ein Teil von 150 Mio. für dezentrale Kleinprojekte zu Verfügung gestellt.

In der Betrachtung des Prozess geht es vor allem auch darum, wie das EEPR zu Krisenbearbeitung beiträgt. Wurde in den vorhergehenden Schritten im Gesamtzusammenhang analysiert, wie das EEPR formal zustande kam, so soll es hier vor allem noch einmal auf die Umsetzung eingegangen werden. Die Stromnetzinfrastrukturprojekte konnten fast alle umgesetzt werden, ebenso die Gas-Reverse-Flow-Projekte. Bei den Offshore-Windkraft-Projekten konnten auch die meisten umgesetzt werden. Ferner fanden sich förderungswürdige Projekte für die Kleinprojekte im Bereich Energieeffizienzmaßnahmen und erneuerbare Energien. Was sich allerdings als fast nicht-umsetzbar erwies waren die CCS-Projekte. Ein Grund dafür war zum Teil der Widerstand der Zivilgesellschaft gegenüber diesen Projekten. Ein Akteur, der sonst dem EEPR relativ neutral gegenüber zu stehen scheint. Im Rahmen der Phase der Problemdefinition kam es demnach zu einem Bewusstseinsbildungsprozess der aufzeigte, dass für den Energiebereich Handlungsbedarf besteht hinsichtlich des Entgegenwirkens gegen eine Klimakrise und einer nahenden Energieversorgungskrise. CCS-Projekte schienen sich zur Verwirklichung dieser Ziele schlichtweg nicht zu eignen. Gerade

die Prozessbeobachtung lässt erkennen, wie die multiple Krise sich auf das EEPR auswirkt und wie dieses ihre Tendenzen nicht ignorieren kann. Allerdings zeigt sich auch eine gewisse Widersprüchlichkeit in der konkreten Ausgestaltung des Programmes hinsichtlich der beschlossenen Maßnahmen. So sollen diese erstens nur einmalig sein, zweitens zunächst den Status quo vor der Krise wieder herstellen und dann in der finalen Version zwar die Wirtschaft umgestalten hinsichtlich einem mehr an Umweltfreundlichkeit und besserer Planbarkeit durch Sicherstellung der Versorgung mit Energie, allerdings der ganzheitliche Ansatz der vermutlich eine Reaktion auf die multiple Krise mit sich bringen würde kann das EEPR nicht schaffen. Ein Grund wieso sich in diesem Fall auch fünf Jahre nach der ersten Implementierung des EEPR die Bedingungen der multiplen Krise weiterhin bestehen.

6. Conclusio

Diese Arbeit versuchte darzustellen, welchen Charakter die derzeitige Krise, von der die EU betroffen ist, hat. Warum diese Krise nicht allein eine ökonomische Krise ist, sondern, dass diese Krise in einem Zusammenhang mit einer vielschichtigen multiplen Krise gesehen werden muss. Sie versucht des Weiteren darzustellen, was die Energiepolitik der EU ausmacht und warum diese zunehmend krisenhaft und Teil der multiplen Krise ist. Mit der Untersuchung des EEPR, dass per Verordnung in den Jahren 2009 und 2010 in Kraft getreten ist, will diese Arbeit untersuchen, wie Krisenbearbeitungsstrategien der EU im Energiebereich ausgestaltet sind und in wieweit diese Rücksicht nehmen auf die Entwicklungen der multiplen Krise.

Mit der Festlegung auf eine neogramscianische Sichtweise auf die Europäische Integration wird der theoretische Rahmen dieser Arbeit definiert. Dabei spielen insbesondere der Begriff des „neuen Konstitutionalismus“ und die Definition des neoliberalen Hegemonieprojekts im Hinblick auf die Europäische Integration eine Rolle. Auch findet der Begriff der ‚transnationalen Klasse‘ Erwähnung. Mit der Auseinandersetzung mit gängigen Integrations-theorien wurde versucht aufzuzeigen warum gängige Theorien meist stark positivistisch-geprägt sind und nicht dazu geeignet scheinen, tatsächliche Herrschaftsverhältnisse darzustellen.

Um den Einfluss der Krise auf die europäische Energiepolitik analysieren zu können, wurde im theoretischen Teil versucht, den Charakter der Krise darzustellen. Zunächst einmal wurden dafür der zeitliche Rahmen der Untersuchung festgelegt. Mit der Betrachtung der Entwicklung Finanz- und Wirtschaftskrise ging es darum, den aktuellen Krisenverlauf der ökonomischen Krise darzustellen. Es sollte vor allem die Entwicklung deutlich werden, wie diese von einer Hypothekenkrise hin zu einer Finanz- und Wirtschaftskrise wurde, die sich in ihrem Verlauf zu einer Staatsschuldenkrise wandelte, deren Folgen bis heute anhalten. Ferner sollte damit auch der zeitliche Rahmen der Analyse definiert werden, denn das EEPR entstand zu einem Zeitpunkt als die Krise sich am offensichtlichsten als Finanz- und Wirtschaftskrise zeigte. Ursprünglich sollten die EEPR-Mittel auch möglichst rasch ausgezahlt werden. Eine reine deskriptive Beschreibung des Krisenverlaufs reicht allerdings nicht aus um die Krise verstehen zu können, dafür ist eine Auseinandersetzung mit polit-ökonomischer Krisentheorie vonnöten. Die Beschäftigung mit Marx zeigte auf, dass dieser Kapitalismus an sich als krisenanfällig sieht, wenn auch dieser seine krisenökonomischen Abhandlungen allerdings

nicht mehr selbst vollenden konnte. Die Untersuchung versucht dann die schwäche liberaler und neoliberaler Theoriebildung deutlich zu machen, Krisen zu erkennen und adäquat auf diese zu reagieren. Des Weiteren wird in dieser Untersuchung auch deutlich, dass keynesianische Versuche der Krisenbearbeitung kein Allheilmittel sind Krisen zu verhindern, die unter Umständen schwere Auswirkungen nach sich ziehen. Nach diesen beiden Theoriegerüsten bliebe höchstens noch der Fatalismus eines Joseph Schumpeter, der Krisen als unausweichlich ansieht, aber dennoch dem staatlichen Akteuren als Handeln empfiehlt, diese früh zu erkennen und deren Folgen abzumildern. Um Krisen verstehen zu können, kann in der Argumentation dieser Arbeit vermutlich nur jene von der Regulationstheorie getroffenen Annahmen herangezogen werden, ob es sich bei einem Krisengeschehen um eine kleine Krise handelt, die innerhalb eines Regulationsmodus auftritt und bearbeitet werden kann oder ob es sich um eine große Krise, als der Krise eines geltenden Regulationsmodus handelt. Dass es sich bei dieser Krise um eine große Krise im Sinne der Regulationstheorie handeln könnte, das macht die Beschäftigung mit der Theorie der Vielfachkrise deutlich. Die Auseinandersetzung mit der Vielfachkrise zeigt, dass die derzeitige Finanz- und Wirtschaftskrise, die sich zu Staatsschuldenkrise wandelte, eine Krise ist, die nicht isoliert betrachtet werden sollte. Vielmehr stellt sich diese als die derzeit deutlichste Krise neben einer Vielzahl an parallel auftretenden Krisen dar. Als für die Energiepolitik der EU relevantesten Krisenphänomene wurden die Finanz- und Wirtschaftskrise, die Klimakrise und die Energiekrise definiert. Es ist davon auszugehen, dass diese am deutlich in einer Wechselbeziehung zueinander stehen.

In der Untersuchung der Europäischen Energiepolitik wird der Einfluss der multiplen Krise deutlich, die hervorgehobenen Aspekte der multiplen Krise beeinflussen die europäische Energiepolitik und lassen diese zunehmend krisenhaft erscheinen. Gleichzeitig trägt die europäische Energiepolitik zum Krisenverlauf bei. Dies wird zunächst deutlich, als man Kriseneinflüsse an der Verbrauchs- und der Importquote sehen kann, in der Hochphase der Finanz- und Wirtschaftskrise zeigte diese einen Rückgang. Um sich in der Phase des Übergangs zur Staatsschuldenkrise wieder zu erholen. Mit Sicht auf die derzeitige Diversifizierung der europäischen Energieversorgung zeigt sich, dass Energie in der EU zu einem Großteil von traditionellen Energieträgern stammen, Öl, Gas, Kohle und Kernkraft, die fossilen Energieträger werden zu einem großen Teil importiert. Der Umstieg auf erneuerbare Energieträger geht langsam voran, was insbesondere Auswirkungen auf die Klimakrise und auf die Energiekrise hat.

Die europäische Integration schreitet im Energiebereich immer weiter voran. Dies führte auch zu einer expliziten Verankerung dieser in den Vertrag von Lissabon. Mit den analytischen Begriffen der neogramscianischen Analyse könnte man von einem proeuropäisch ausgerichteten Hegemonieprojekt sprechen, das diese Integration vorantreibt. Es zeigt sich eine besondere Vielschichtigkeit der Akteure, die in unterschiedlicher Weise Einfluss auf die europäische Energiepolitik nehmen. Involviert sind dabei alle in der Analyse genannten Akteure wie der Europäische Rat, die Europäische Kommission, der Rat der europäischen Union, das europäische Parlament, Interessensgruppen und die Rolle der Mitgliedstaaten. Die Auswirkung der zunehmenden Integration der europäischen Energiepolitik ist, dass diese immer mehr zu einer Angelegenheit der EU wird. Im Zuge einer neogramscianischen Bestimmung von Herrschaftsverhältnissen, auf die europäische Energiepolitik bezogen, zeigt sich eine ungleiche Machtverteilung in der europäischen Energiepolitik. Gerade im Einfluss der Interessensgruppen ist ein Ungleichgewicht hinsichtlich von Vertretern der Wirtschaft und VertreterInnen der Zivilgesellschaft deutlich zu erkennen. Der analytische Begriff einer transnationalen Klasse die hier derzeit zunehmend an Einfluss gewinnt ist nicht unbedingt von der Hand zu weisen und steht im Einklang mit den vorhergehenden theoretischen Überlegungen.

Wie also gestaltet sich nun eine konkrete Krisensteuerungspolitik der EU im Hinblick auf die Entwicklungen der multiplen Krise? Dafür dient die Analyse des EEPR. Die Analyse Politikwerdungsprozess des EEPR mithilfe des Policy-Cycle zeigt, dass schon im Vorfeld im Problemwahrnehmungsprozess die EU-Kommission und der Europäische Rat durchaus Handlungsfähigkeit hinsichtlich Finanz- und Wirtschaftskrise, Klimawandel und Energiekrise erkannten. In der Frage, wie diese dann auf die Agenda kam, zeigte sich zunächst der Rat und die Kommission als Agenda-Setzer, indem sie die Krisenbearbeitung mithilfe der einmaligen Förderung von Energiegroßprojekten im Bereich Stromnetzinfrastrukturprojekte, Gasnetzinfrastrukturprojekte, Offshore-Windkraftprojekte und CCS-Projekte vorschlugen. Durch die Einflussnahme des Europäischen Parlaments kam es dann zur Abänderung der EEPR Verordnung, wodurch in der Verordnung dann festgeschrieben wurde, dass die nichtverbrauchten EEPR-Mittel zugunsten von Kleinstprojekten im Bereich Energieeffizienzmaßnahmen und der Förderung von erneuerbaren Energien. Die Restmittel fallen im Vergleich zum eigentlichen Betrag des EEPR zur Förderung von zentralen Energiegroßprojekten wesentlich geringer aus. In der Politikformulierung des EEPR kann darüber hinaus ein erheblicher Einfluss von Interessenvertretern auf das EEPR ausgemacht werden. Wodurch auch umstrittene Maßnahmen wie die Förderung der CCS-Technologie auf

die Agenda kamen. In der Implementierungs- und Evaluierungsphase zeigte sich dann, dass gerade die umstrittensten Projekte wie die Förderung der CCS-Technologie nicht umgesetzt werden konnten. Ansonsten konnten zum Zeitpunkt der Untersuchung mehr als die Hälfte der EEPR-Projekte umgesetzt werden.

In der daraufhin folgenden inhaltlichen Analyse zeigt sich, dass das nach der Logik des EEPR die Krise als Finanz- und Wirtschaftskrise definiert wird, in der Marktteilnehmer das Vertrauen in den Markt verloren haben und dieses wieder hergestellt werden müsse. Dennoch scheint das EEPR auch der Klima- und der Energiekrise Respekt zollen, indem es ein Handeln in diesen Bereichen einfordert. Erfolge, die man sich mit dem EEPR in der Krisenbearbeitung erhofft, sind jene, die Konjunktur wieder zu beleben, wirtschaftliches Wachstum wiederherzustellen, den Treibhausgasausstoß zu minimieren und die europäische Energieversorgung zu diversifizieren. In der zusammenhängenden Analyse wird die Gesamtmaßnahme EEPR als Versuch mit dem Charakter einer keynesianischen Krisenbearbeitung verstanden. Die durch seine Einmaligkeit jedoch, dass ist besonders, neoliberale Hegemonieprojekt nicht infrage stellen will und das von der Entwicklungen der Vielfachkrise beeinflusst ist, so dass es sich um Subziele bemüht, die allerdings zu schwach formuliert scheinen um Ganzheitlichkeit herzustellen.

Den Forschungshypothesen der Arbeit wurde folgendermaßen entsprochen. Zunächst wurde in dieser Arbeit analysiert, warum diese Krise im Zusammenhang mit der Herausbildung der multiplen Krise steht. Dann wurde aufgezeigt, warum die europäische Energiepolitik derzeit krisenhaft ist. Um darüber hinaus herausarbeiten zu können, warum Krisenbearbeitungsstrategien der EU beeinflusst sind durch die Entwicklungen der Vielfachkrise.

Die Analyse der verwendeten Dokumente erwies sich in dieser Arbeit als ergiebige Methode, da mittels dieser die Entstehung des EEPR und der dahinter liegende Policy-Prozesse nachverfolgt werden konnten. Insbesondere erwiesen sie sich als umfangreich hinsichtlich der Rolle der unterschiedlichen Akteure im Policy-Prozess. Was sich als überraschend im Sinne der Forschung darstellte, ist, wie auch die Rolle der Interessensvertreter untersucht werden konnte. Dennoch musste hingenommen werden, dass es Prozesse der Interessensdurchsetzung gibt, die nicht in den Dokumenten aufscheinen und die damit nicht in die Forschung miteinbezogen werden können. Die genaue Analyse dieser Prozesse hätte allerdings den Rahmen dieser Arbeit gesprengt. Weitergehende Forschung würde sich in diesem Fall allerdings auf diese Prozesse konzentrieren. Auch würde diese noch einmal die europäische Energiepolitik

mit aktualisierten Energiedaten in Zusammenhang stellen die zu späteren Zeitpunkt vorhanden wären.

Diese Untersuchung gerade zu diesem Zeitpunkt anzustellen erwies sich in vielerlei Hinsicht als sinnvoll. Auf der einen Seite kann der Policy-Prozess rund um das EEPR mittlerweile beinahe als abgeschlossen angesehen werden. Auf der anderen Seite ist er immer noch von hoher Aktualität. Ein EEPR könnte auch zu einem derzeitigen Zeitpunkt wieder entstehen. Dies wird unter anderem deutlich durch die im November 2014 von der Europäischen Kommission vollzogene Ankündigung der „Investitionsoffensive für Europa“²⁷. Diese sieht die Investition von 300 Mrd. Euro zur Krisenbekämpfung vor. Vieles spricht derzeit dafür, dass ein Teil dieser Gelder wieder in den Energiebereich investiert werden. Im Rahmen der gewählten Krisenbearbeitungsstrategie und des theoretischen Hintergrund ist zu konstatieren, dass die ökonomische Krise immer noch anhält und auch die Vielfachkrise weiterhin besteht. Das EEPR, wie auch das dahinter liegende Konjunkturpaket des European Economic Recovery Plans konnten dies nicht ändern. Dennoch wurde mit dem EEPR Infrastruktur geschaffen, die zu Vertiefung der Integration der europäischen Energiepolitik beiträgt. In Teilbereichen wird es auch zur Bearbeitung der Krisenkomplexe der Klima und der Energiekrise beitragen, wenn vermutlich auch nur in geringem Ausmaß. Dafür hätte man die Ganzheitlichkeit der Vielfachkrise bei der Ausarbeitung eines EEPR in Betracht ziehen müssen. Die europäische Energiepolitik in Zeiten der Krise ist geprägt durch eine Vielzahl an Herausforderungen. Künftige Krisenbearbeitungsstrategien der EU müssen sich diesen stellen, um erfolgreich zu sein.

²⁷ COM(2014) 903 final

Quellen

Literatur:

Adolf, Jörg (2010): „Globale Ölmärkte im Wettbewerb? – Die ‚wahren‘ Herausforderungen in der Energieversorgung“. In: Dratwa, Anna et al. (Hg.): „Energiewirtschaft in Europa – im Spannungsfeld zwischen Klimapolitik und Versorgungssicherheit“. Berlin/Heidelberg: Springer-Verlag

Abdovand, Behroz; Adolf, Mathias; Bechberger Mischa (2005): „Erdöl“. In: Reiche, Daniel (Hg.): Grundlagen der Energiepolitik. Frankfurt am Main: Peter Lang

Anderson, George (2008): „Föderalismus“. Opladen: Budrich

Aglietta, Michel (2000): „Ein neues Akkumulationsregime – Die Regulationstheorie auf dem Prüfstand“. Hamburg: VSA-Verlag

Alemann, Ulrich von; Tönnemann, Wolfgang (1995): „Grundriß: Methoden in der Politikwissenschaft“. In: Alemann, Ulrich von (Hg.): „Politikwissenschaftliche Methoden“. Opladen: Westdeutscher Verlag

Allgemeiner Vertrag über die Arbeitsweise der Europäischen Union (AEUV) (2012)

Altvater, Elmar (2010): „Der große Krach – oder die Jahrhundertkrise von Wirtschaft und Finanzen von Politik und Natur“. Münster: Westfälisches Dampfboot

Altvater, Elmar & Brunnengräber, Achim (2011): „With the market Against Climate Catastrophe – Can That Succeed?“. In: Altvater, Elmar; Brunnengräber Achim (Hg.): „After Cancún: Climate Governance or Climate Conflicts“, Wiesbaden: VS-Verlag

Appeldoorn, Bastian van (2000): „Transnationale Klassen und europäisches Regieren: Der European Round Table of Industrialist“. In: Bieling, Hans-Jürgen; Steinhilber Jochen (Hg.): „Die Konfiguration Europas – Dimension einer kritischen Integrationstheorie“. Münster: Westfälisches Dampfboot

Bader, Pauline et al. (2011): „Die Multiple Krise- Krisendynamiken im neoliberalen Kapitalismus“. In: Demirović, Alex; Dück, Julia, Becker, Florian; Bader Pauline (Hg.): „Vielfachkrise im Finanzmarktdominierten Kapitalismus“. Hamburg: VSA Verlag

Becker, Joachim; Jäger, Johannes (2009): „Die EU und die große Krise“. In: Prokla, Heft 157, Jahrgang 39, 2009, Nr. 4, S. 541- 558

Bergmann Kristin (2003): „Integrationstheorien“, In: Nohlen, Dieter; Schultze, Rainer-Olaf (Hg.): „Lexikon der Politikwissenschaft – Band 1 A-M“. München: C.H. Beck

Bundesanstalt für Geowissenschaften und Rohstoffe (BGR) (2013): „Energiestudie 2013 – Reserven, Ressourcen und Verfügbarkeit von Energierohstoffen“. Hannover: Bundesanstalt für Geowissenschaften und Rohstoffe

Bieling, Hans Jürgen (2006): „Intergouvernementalismus“. In: Bieling, Hans-Jürgen; Lerch Marika (Hg.): „Theorien der europäischen Integration“. Wiesbaden: VS-Verlag

Bieling, Hans Jürgen; Steinhilber Jochen (2000): „Einleitung: Theorie und Kritik der europäischen Integration“. In: Bieling, Hans-Jürgen; Steinhilber Jochen (Hg.), (2000): „Die Konfiguration Europas – Dimension einer kritischen Integrationstheorie“. Münster: Westfälisches Dampfboot

Bieling, Hans Jürgen; Steinhilber Jochen (2000): „Hegemoniale Projekte im Prozess der Europäischen Integration“, In: Bieling, Hans-Jürgen; Steinhilber Jochen (Hg.), (2000): „Die Konfiguration Europas – Dimension einer kritischen Integrationstheorie“. Münster: Westfälisches Dampfboot

Bieling, Hans-Jürgen (2011): „Vom Krisenmanagement zur neuen Konsolidierungsagenda der EU“. In: Prokla – Zeitschrift für kritische Sozialwissenschaft, Heft 163, Jahrgang 41, 2011, Nr. 2, Seiten 173 - 194

Birchfield, Vicky L; Duffield, John S (2011): “Toward a Common European Union Energy Policy – Problems, Progress and Prospects”. Basingstoke /New York: Palgrave Macmillan

Bjørnmose, Jens et al. (2009): „Directorate General for Internal Policies - Policy Department A Economic and Scientific Policies – Industry, Research and Energy Gas and Oil Pipelines in Europe – An extensive Briefing Note“ Brüssel: Policy Department Economic and Scientific Policies of the European Parliament

Blum, Sonja; Schubert, Klaus (2009): „Politikfeldanalyse“. Wiesbaden: VS Verlag

Bohle, Dorothee (2012): “Neogramscianismus”, In: Bieling, Hans Jürgen; Lerch, Marika (Hg.): “Theorien der Europäischen Integration“. Wiesbaden: Springer VS

BP (2013): „Statistical Review of World Energy 2013“. London: BP p.l.c

BP (2014): “BP Energy Outlook 2014”. London: BP p.l.c

Brand, Ulrich (2003): „Regulation und Politik. Theoretische Probleme der Internationalisierung und die ‚Empire‘-These“, In Brand Ulrich; Raza, Werner (Hg.): „Fit für den Postfordismus?“. Münster: Westfälisches Dampfboot

Brand, Ulrich; Wissen, Markus (2011): „Sozial-ökologische Krise und imperiale Lebensweise – Zur Krise und Kontinuität kapitalistischer Naturverhältnisse“. In: Demirović, Alex; Dück, Julia, Becker, Florian; Bader Pauline (2011): „Vielfachkrise im Finanzmarktdominierten Kapitalismus“. Hamburg: VSA Verlag

Brand, Ulrich; Wissen Markus (2012): “Global Environmental Politics and the Imperial Mode of Living: Articulations of State- Capital Relations in the Multiple Crisis”. In: Globalizations, Heft 9, 2012, Nr. 4, Seiten 547-560

Brunnengräber, Achim; Haas Tobias (2013): „Die Klima- und Energiepolitik in der Krise? Zu Kohärenzproblemen am Beispiel der EU“. In: Bieling, Hans Jürgen; Haas, Tobias; Lux, Julia (Hg): „Die Internationale Politische Ökonomie der Weltfinanzkrise – Theoretische, Geopolitische und Politikfeldspezifische Implikationen“. In: Zeitschrift für Außen- und Sicherheitspolitik, Sonderheft 5, 2013, Seiten 211 - 230

Brunnengräber, Achim; Dietz Kristina (2011): „Der Klimawandel eine multiple Krise gesellschaftlicher Naturverhältnisse“. In: Demirović, Alex; Dück, Julia, Becker, Florian; Bader Pauline (2011): „Vielfachkrise im Finanzmarktdominierten Kapitalismus“. Hamburg: VSA Verlag

Burton, Tony et al. (2011): „Wind Energy Handbook“. Chicester: John Wiley & Sons

Crouch, Colin (2004/2008): “Postdemokratie”. Frankfurt am Main: Suhrkamp

Demirović, Alex (2013): „Multiple Krise, autoritäre Demokratie und radikaldemokratische Erneuerung“. In Prokla – Zeitschrift für kritische Sozialwissenschaft, Heft 171, Jahrgang 43, 2013, Nr. 2, S.193-215

Deloitte (2011): „European Commission, Directorate for Energy – Mid-term Evaluation of the European Energy Programme for Recovery”

Dreher, Sabine (2005): „Krise“. In: Nohlen, Dieter; Schultze, Rainer-Olaf, (2005): „Lexikon der Politikwissenschaft Band 1 A-M“. München: C. H. Beck

Ehricke, Ullrich; Hackländer, Daniel (2008): “Europäische Energiepolitik auf der Grundlage der neuen Bestimmungen des Vertrags von Lissabon”. In: Zeitschrift für europarechtliche Studien, Heft 11, 2008, Nr. 4, Seiten 579- 600

Europäische Kommission (2013): EU Energy in Figures – Statistical Pocketbook“. Luxemburg: Luxembourg Publications Office of the European Union

Europäische Kommission (2014): EU Energy in Figures – Statistical Pocketbook“. Luxemburg: Luxembourg Publications Office of the European Union

Friedman, Milton (1962/1976): „Kapitalismus und Freiheit“. München: dtv

Fischer, Severin (2011): „Auf dem Weg zur gemeinsamen Energiepolitik – Strategien, Instrumente und Politikgestaltung in der Europäischen Union“. Baden Baden: Nomos Verlagsgesellschaft

Gill, Steven (2000): „Theoretische Grundlagen einer neo-gramscianischen Analyse der Europäischen Integration“. In: Bieling, Hans-Jürgen; Steinhilber Jochen (Hg): „Die Konfiguration Europas – Dimension einer kritischen Integrationstheorie“. Münster: Westfälisches Dampfboot

Gill, Stephen (2003): „A Neo Gramscian Approach to the European Integration“. In: Cafruny, Alan W; Ryner, Magnus (Hg.): A Ruined Fortress? Neoliberal Hegemony and Transformation in Europe“. Lanham/Oxford: Rowman and Littlefield

Gill, Steven (2014): „New Constitutionalism and World Order“. Cambridge/New York: Cambridge University Press

Gramsci, Antonio (1929 – 1933/1991): „Gefängnishefte - Band 2 Hefte 2-3“, In Haug: Wolfgang Fritz (Hg): „Antonio Gramsci Gefängnishefte – Band 2“. Hamburg: Argument Verlag

Greenwood, Justin (2011): „Interest Representation in the European Union – 3rd Edition“. Basingstoke/New York: Palgrave Macmillan

Grimmel, Andreas, Jakobelt Cord (2009): „Politische Theorien der Europäischen Integration“, VS-Verlag: Wiesbaden

Gross, Mathias; Mautz, Rüdiger (2015): „Renewable Energies“. Abingdon/New York: Routledge

Harbo, Florentina (2005): „Towards a European Federation? - The EU in the Light of Comparative Federalism“. Baden-Baden: Nomos

Hartmann, Jürgen (2009): „Das Politische System der Europäischen Union – Eine Einführung“. Frankfurt am Main: Campus Verlag

- Haug, Wolfgang Fritz** (2004): „Hegemonie“, In: Haug, Wolfgang Fritz (Hg): „Historisch – kritisches Wörterbuch des Marxismus - Band 6/I Hegemonie- bis Imperialismus“. Hamburg: Argument-Verlag
- Hayek, Friedrich August von** (1968): „Der Wettbewerb als Entdeckungsverfahren“. In: Internationales Institut ‚Österreichische Schule der Nationalökonomie‘ (Hg.): „Die Österreichische Schule der Nationalökonomie - Texte Band II von Hayek bis White“. Wien: Manz'sche Verlags- und Universitätsbuchhandlung
- Hell, Ilse et al.** (2002): „Fremdwörter“. München: Compact Verlag
- Hix, Simon** (2011): „The EU as A New Political System“. In: Caramani, Daniele (Hg): „Comparative Politics“. Oxford/New York: Oxford University Press
- Hix, Simon; Høland, Bjørn** (2011): „The Political System of the European Union“. Basingstoke/New York: Palgrave Macmillan
- Hix, Simon; Lord, Christopher** (1997): „Political Parties in the European Union“. Basingstoke/New York: Palgrave Macmillan
- Holub, Hans Werner** (2005): „Eine Einführung in die Geschichte des Ökonomischen Denkens“. Lit Verlag: Münster
- Holzinger, Katharina** (2005): „Mehrebenensystem“. In: Nohlen, Dieter; Schultze, Rainer-Olaf (Hg.): „Lexikon der Politikwissenschaft – Band 1 A-M“. München: C.H. Beck
- Hooghe, Lisbet; Marks, Gary** (2001): „Multi-Level Governance and European Integration“. Lanham/Oxford: Rowman & Littlefield
- Howlett, Michael; Giest Sarah** (2013): „The Policy-Making Process“, in: Araral Jr, Eduardo (Hg.): „Routledge Handbook of Public Policy“. Abingdon/New York: Routledge
- IEA** (2008): „IEA Energy Policies Review – The European Union“. Paris: IEA
- IEA** (2013): „World Energy Outlook“
- IEA** (2014): „World Energy Outlook“
- Illing, Falk** (2013): „Deutschland in der Finanzkrise – Chronologie der deutschen Wirtschaftspolitik 2007-2013“. Wiesbaden: Springer VS
- International Renewable Energy Agency (IRENA)** (2014): „Rethinking Energy 2014“

- Jachtenfuchs, Markus** (2003): „Regieren jenseits von Staatlichkeit“. In: Hellmann et al. (Hg): „Die neuen internationalen Beziehungen – Forschungsstand und Perspektiven in Deutschland“. Baden-Baden: Nomos Verlagsgesellschaft
- Kaltschmitt et al.** (2009): „Energie aus Biomasse – Grundlagen Techniken und Verfahren“. Berlin/Heidelberg: Springer
- Keynes, John Meynard** (1926/1985): „Das Ende des Laissez-Faire“. In: Mattfeld, Harald (Hg): „Keynes – kommentierte Werkauswahl“. Hamburg: VSA-Verlag
- Keynes, John Meynard** (1936/1997): „The General Theory of Employment Interest And Money“. Amherst: Prometheus Books
- Kindleberger, Charles P** (1973): „Die Weltwirtschaftskrise - 1929-1939“. In Fischer, Wolfram (Hg.): „Geschichte der Weltwirtschaft im 20. Jhd.“. München: dtv
- Knodt, Michèle; Hüttman, Martin Große** (2006): „Der Multi-Level Governance Ansatz“. In: Bieling, Hans-Jürgen; Lerch Marika (Hg.): „Theorien der europäischen Integration“. Wiesbaden: VS-Verlag
- Kolb, Gerhard** (1997): „Geschichte der Volkswirtschaftslehre: Dogmenhistorische Positionen des ökonomischen Denkens“. München: Vahlen
- Lipietz, Alain** (1985): „Akkumulation, Krisen und Auswege aus der Krise“, in : Prokla, Heft 58, 15. Jg., Nr. 1, Seiten 109-137
- Ludwig, Christian** (2012): „Kritische Theorie und Kapitalismus“. Wiesbaden: Springer VS
- Machnig, Jan** (2011): „Die Krise der Ökonomie als Krise der Politik? Regulatorische Antworten auf die Finanz- und Wirtschaftskrise“. Berlin: Rotation
- Marx, Karl** (1890/1998): „Das Kapital“. In: „MEW Bd. 23“. Berlin: Dietz Verlag
- Mayring, Philipp** (2002): „Einführung in die qualitative Sozialforschung“. Weinheim: Beltz
- Moolakkattu, John S.** (2009): „Robert W. Cox and Critical Theory of International Relations“. In: International Studies Heft 46, 2009, Nr. 2, Seiten 439-456
- Nölke, Andreas** (2006): „Supranationalismus“, In: Nohlen, Dieter; Schultze, Rainer-Olaf (Hg.): „Lexikon der Politikwissenschaft – Band 1 A-M“. C.H. Beck: München
- Nölke, Andreas** (2009): „Finanzkrise, Finanzialisierung und vergleichende Kapitalismusforschung“. In: Zeitschrift für internationale Beziehungen Heft 16, 2009, Nr. 1, Seiten 123 - 139

- Nötzold, Antje** (2011): “Die Energiepolitik der EU und der VR China – Handlungsempfehlungen zur europäischen Versorgungssicherheit”. Wiesbaden: VS Verlag
- Nuscheler, Ulrike** (2009) : „Energiepolitik“ In: Weidenfeld, Werner; Wessels, Wolfgang (Hg.): „Europa von A-Z – Taschenbuch der Europäischen Integration“. Berlin: Nomos
- Opratko, Benjamin** (2014): „Hegemonie“. Münster: Westfälisches Dampfboot
- Piketty, Thomas**, (2014): „Capital in the Twenty-First Century“. Cambridge (Massachusetts)/London: Harvard University Press
- Pollak, Johannes; Schubert, Samuel; Slominski, Peter** (2010): “Die Energiepolitik der EU”. Wien: Facultas WUV
- Pollak, Johannes; Slominski, Peter** (2012): „Das politische System der EU“. Wien: Facultas WUV
- Roubini, Nouriel; Mihm, Stephen** (2010): „Das Ende der Weltwirtschaft und Ihre Zukunft – Crisis Economics“. Frankfurt/New York: Campus Verlag
- Sablowski, Thomas** (2009): „Die Ursachen der neuen Weltwirtschaftskrise“. In: Kritische Justiz, Jahrgang 42, 2009, Nr. 2, Seiten 116-131
- Sablowski, Thomas** (2012): „Krisentheorien“. In: Haug, Wolfgang Fritz (Hg.): „Historisch – kritisches Wörterbuch des Marxismus - Band 6/I Hegemonie- bis Imperialismus“. Hamburg: Argument- Verlag
- Schumpeter, Joseph A** (1950/2008): „Capitalism, Socialism and Democracy“. New York: HarperCollins Publishers
- Scharpf, Fritz W** (2002): „Regieren im Europäischen Mehrebenensystem – Ansätze zu einer Theorie“. In: Leviathan, Heft 30, 2002, Nr.1, Seiten 65-92
- Siemon, Cord** (2008): “Schumpeters *Konjunkturzyklen*: Eine Einführung”, In: Schumpeter Joseph, A (1961/2008): „Konjunkturzyklen“. Göttingen: Vandenhoeck & Ruprecht
- Steinhilber, Jochen** (2006): „Liberaler Intergouvernementalismus“. In: Bieling, Hans-Jürgen; Lerch Marika (Hg.): „Theorien der europäischen Integration“. Wiesbaden: VS-Verlag
- Stieglitz, Joseph E** (2010): “Freefall – America, Free Markets, And the Sinking of the World’s Economy”. New York: W.W. Norton & Company Ltd
- Ucakar, Kar; Gschiegl Stefan** (2010): „Das politische System Österreichs und die EU“. Wien: Facultas WUV

- U.S. Energy Information Administration (EIA)** (2012): „World Oil Transit Chokepoints“
- Wessels, Wolfgang** (2009): „Das politische System der Europäischen Union“, in: „Die politischen Systeme Westeuropas“. Opladen: Leske+Budrich
- Willke, Gerhard** (2002): „Neoliberalismus“. Frankfurt am Main: Campus Verlag
- Willke, Gerhard** (2012): „John Maynard Keynes“. Frankfurt am Main: Campus Verlag
- Vertrag über die Europäische Union (EUV)** (2012)
- Weber, Max** (1904/5/2006): „Die protestantische Ethik und der ‚Geist‘ des Kapitalismus“. München: FinanzBuch Verlag
- Van der Pijl, Kees** (1998): „Transnational Classes and International Relations“. Abingdon/New York: Routledge:
- Wessels Wolfgang** (2008): „Das politische System der Europäischen Union“. Wiesbaden: VS-Verlag
- Wessels, Wolfgang** (2009): „Das politische System der Europäischen Union“. In: „Die politischen Systeme Westeuropas“. Opladen: Leske+Budrich
- Wolf, Dieter** (2006): „Neo-Funktionalismus“. In: Bieling, Hans-Jürgen; Lerch Marika (Hg.): „Theorien der europäischen Integration“. Wiesbaden: VS-Verlag

Internetquellen

ec.europa.eu (2014): “Transparenz-Register”, URL:

<http://ec.europa.eu/transparencyregister/public/consultation/statistics.do?locale=de&action=prepareView> (aufgerufen am 25.06.2014)

europa.eu (2015a): „EU-Verwaltung – Bedienstete, Sprachen und Standorte“, URL: http://europa.eu/about-eu/facts-figures/administration/index_de.htm (aufgerufen am 10.02.2015)

europa.eu (2015b): “Europäische Energiecharta”, URL: http://europa.eu/legislation_summaries/energy/external_dimension_enlargement/127028_de.htm (aufgerufen am 10.02.2015)

europa.eu (2015c): „Transeuropäische Energienetze“, URL: http://europa.eu/legislation_summaries/energy/internal_energy_market/127066_de.htm (Aufgerufen am 10.02.2015)

europa.eu (2015d): Eine europäischer Strategieplan für Energietechnologie (SET-Plan) URL: http://europa.eu/legislation_summaries/energy/european_energy_policy/127079_de.htm (aufgerufen am 10.02.2015)

europa.eu (2015e): “Europäische Kommission“, URL: http://europa.eu/about-eu/institutions-bodies/european-commission/index_de.htm (aufgerufen am 10.02.2015)

europa.eu (2015f) „Rat der europäischen Union“, URL: http://europa.eu/about-eu/institutions-bodies/council-eu/index_de.htm (aufgerufen am 10.02.2015)

Eurostat (2014a): „Versorgung, Umwandlung, Verbrauch - alle Produkte - jährliche Daten“, URL: <http://appsso.eurostat.ec.europa.eu/nui/submitViewTableAction.do> (aufgerufen am 20.05.2014)

Eurostat (2014b): „Final Energy Consumption, by Sector“, URL: http://epp.eurostat.ec.europa.eu/tgm/table.do?tab=table&plugin=1&language=en&pcode=tsdp_c320 (aufgerufen am 10.06.2014)

Eurostat (2014c): “Gesamterzeugung von Energie“, URL: <http://epp.eurostat.ec.europa.eu/tgm/table.do?tab=table&plugin=1&language=de&pcode=ten00076> (aufgerufen am 3.06.2014)

Eurostat (2014d): „Primärerzeugung von erneuerbaren Energie nach Typ“, URL: <http://epp.eurostat.ec.europa.eu/tgm/graph.do?tab=graph&plugin=1&pcode=ten00081&language=de&toolbox=data> (aufgerufen 10.12.2014)

Eurostat (2015a): „Bevölkerung am 1. Januar“, URL: <http://epp.eurostat.ec.europa.eu/tgm/table.do?tab=table&init=1&plugin=1&language=de&pcode=tps00001> (aufgerufen am 10.02.2015)

Eurostat (2015b): „EU-28 Bruttoenergieverbrauch 2012“, URL: <http://ec.europa.eu/eurostat/tgm/graph.do?tab=graph&plugin=1&pcode=tsdcc320&language=de&toolbox=sort> (aufgerufen am 8.02.2015)

european-council.europa.eu (2014): „The European Council – an official Institution of the EU“, URL: <http://www.european-council.europa.eu/the-institution?lang=en> (aufgerufen am 25.04.2014)

europarl.europa.eu (2014): „Zusammensetzung des Parlaments“, URL: <http://www.europarl.europa.eu/aboutparliament/de/004a50d310/Zusammensetzung.html> (aufgerufen am 13.05.2014)

European Wind Energy Platform (2008): „TPWind activities–Steering Committee meeting, No 5 7 Oktober. 2008“, URL: http://www.windplatform.eu/fileadmin/ewetp_docs/Documents/Fifth_Steering_Committee_meeting/TPWind_activities.pdf (aufgerufen am 15.01.2015)

EU-Dokumente

Verordnungen und Richtlinien der EU

Entscheidung NR. 1364/2006/EG des Europäischen Parlaments und des Rats vom 6. September 2006 zur Festlegung von Leitlinien für die transeuropäischen Energienetze und zur Aufhebung der Entscheidung 96/391/EG und der Entscheidung Nr. 1229/2003/EG

Richtlinie 2003/87/EG des Europäischen Parlaments und des Rats vom 13. Oktober 2003 über ein System für den Handel mit Treibhausgasemissionszertifikaten in der Gemeinschaft und zur Änderung der Richtlinie 96/61/EG des Rates

Verordnung (EG) Nr. 663/2009 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 13. Juli 2009 über ein Programm zur Konjunkturbelebung durch eine finanzielle Unterstützung der Gemeinschaft zugunsten von Vorhaben im Energiebereich

Verordnung (EU) NR. 1233/2010 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 15. zur Änderung der Verordnung (EG) Nr. 663/2009 über ein Programm zur Konjunkturbelebung durch eine finanzielle Unterstützung der Gemeinschaft zugunsten von Vorhaben im Energiebereich“

Dokumente des Europäischen Rats

16616/1/07 Rev 1 Brussels European Council 14 Dezember 2007

7652/1/08 REV 1 Brussels European Council 13/14 March 2008

11018/1/08 REV 1 Brussels European Council 19/20 June 2008

12594/2/08 REV 2 Extraordinary Brussels European Council 1 September 2008

14368/08 Concl 4 Brussels European Council 15 and 16 October 2008

17271/1/08 REV 1 Brussels European Council 11 and 12 December 2008

EU Council Secretary (2008): “European Council, 11 and 12 December 2008 - Factsheet No. 2”

7880/1/09 REV 1 Presidency Conclusions – Brussels European Council 19/20 March 2009

7848/1/09 REV 1 Presidency compromise proposal for financing of the infrastructure projects put forward by the Commission as a part of the EEPR

Öffentliche Mitteilungen der EU-Kommission

In dieser Arbeit wird aufgrund der Uneinheitlichkeit in der Bezeichnung der deutschen Versionen der öffentlichen Mitteilungen der EU-Kommission, den so genannten KOM-Dokumenten auch für die deutschen Versionen, die englische Klassifizierung COM verwendet. Der Dokumenttitel gibt in diesem Fall an in welcher Sprache das Dokument verwendet wurde. (Anm.)

COM(2000) 769 final Green Paper Towards a European strategy for the security of energy Supply

COM(2006) 105 final: GRÜNBUCH Eine europäische Strategie für nachhaltige, wettbewerbsfähige und sichere Energie

COM(2007) 723 final MITTEILUNG DER KOMMISSION AN DAS EUROPÄISCHE PARLAMENT, DEN RAT, DEN EUROPÄISCHEN WIRTSCHAFTS- UND SOZIALAUSSCHUSS UND DEN AUSSCHUSS DER REGIONEN Ein Europäischer Strategieplan für Energietechnologie (SET-Plan)

COM(2008) 800 final MITTEILUNG DER KOMMISSION AN DEN EUROPÄISCHEN RAT Europäisches Konjunkturprogramm

COM(2009) 35 final Vorschlag für eine VERORDNUNG DES EUROPÄISCHEN PARLAMENTS UND DES RATES über ein Programm zur Konjunkturbelebung durch eine finanzielle Unterstützung der Gemeinschaft zugunsten von Vorhaben im Energiebereich

COM(2010) 283 final Vorschlag für eine VERORDNUNG DES EUROPÄISCHEN PARLAMENTS UND DES RATES zur Änderung der Verordnung (EG) Nr. 663/2009 über ein Programm zur Konjunkturbelebung durch eine finanzielle Unterstützung der Gemeinschaft zugunsten von Vorhaben im Energiebereich

COM(2010) 639 final MITTEILUNG DER KOMMISSION AN DAS EUROPÄISCHE PARLAMENT, DEN RAT, DEN EUROPÄISCHEN WIRTSCHAFTS- UND SOZIALAUSSCHUSS UND DEN AUSSCHUSS DER REGIONEN Energie 2020 - Eine Strategie für wettbewerbsfähige, nachhaltige und sichere Energie

COM(2012) 271 final MITTEILUNG DER KOMMISSION AN DAS EUROPÄISCHE PARLAMENT, DEN RAT, DEN EUROPÄISCHEN WIRTSCHAFTS- UND

SOZIALAUSSCHUSS UND DEN AUSSCHUSS DER REGIONEN Erneuerbare Energien:
ein wichtiger Faktor auf dem europäischen Energiemarkt

COM(2012) 445 final BERICHT DER KOMMISSION AN DAS EUROPÄISCHE
PARLAMENT UND DEN RAT über die Durchführung des Europäischen Energieprogramms
zur Konjunkturbelebung

COM(2013) 791 final BERICHT DER KOMMISSION AN DAS EUROPÄISCHE
PARLAMENT UND DEN RAT über die Durchführung des Europäischen Energieprogramms
zur Konjunkturbelebung

COM(2014) 15 final COMMUNICATION FROM THE COMMISSION TO THE
EUROPEAN PARLIAMENT, THE COUNCIL, THE EUROPEAN ECONOMIC AND
SOCIAL COMMITTEE AND THE COMMITTEE OF THE REGIONS A policy framework
for climate and energy in the period from 2020 to 2030

COM(2014) 903 final/2 MITTEILUNG DER KOMMISSION AN DAS EUROPÄISCHE
PARLAMENT, DEN RAT, DIE EUROPÄISCHE ZENTRALBANK, DEN
EUROPÄISCHEN WIRTSCHAFTS- UND SOZIALAUSSCHUSS, DEN AUSSCHUSS
DER REGIONEN UND DIE EUROPÄISCHE INVESTITIONSBANK Eine
Investitionsoffensive für Europa

COM(2014) 669 final BERICHT DER KOMMISSION AN DAS EUROPÄISCHE
PARLAMENT UND DEN RAT über die Durchführung des Europäischen Energieprogramms
zur Konjunkturbelebung“

COM(2014) 669 final Annex 2 BERICHT DER KOMMISSION AN DAS EUROPÄISCHE
PARLAMENT UND DEN RAT über die Durchführung des Europäischen Energieprogramms
zur Konjunkturbelebung“– Annex 2

COM(2014) 669 final Annex 3 BERICHT DER KOMMISSION AN DAS EUROPÄISCHE
PARLAMENT UND DEN RAT über die Durchführung des Europäischen Energieprogramms
zur Konjunkturbelebung“– Annex 3

Protokolle der Kommissionssitzungen

PV(2008)1814/F1 „MINUTES of the 1814th meeting of the Commission held in Strasbourg (Winston Churchill building) on Tuesday 15 January 2008 (afternoon)“

PV(2008)1822/F1 „MINUTES of the 1822nd meeting of the Commission held in Strasbourg (Winston Churchill) on Tuesday 11 March 2008 (afternoon)“

PV(2008)1825/F1 „ MINUTES of the 1825th meeting of the Commission held in Brussels (Berlaymont) on Wednesday 9 April 2008 (morning)“

PV(2008) 1827/F1 „ MINUTES of the 1827th meeting of the Commission held in Strasbourg (Winston Churchill building) on Tuesday 22 April 2008 (afternoon)“

PV(2008) 1830/F1 „ MINUTES of the 1830th meeting of the Commission held in Brussels (Berlaymont) on Wednesday 14 May 2008 (morning)“

PV(2008) 1832/F1 „ MINUTES of the 1832nd meeting of the Commission held in Brussels (Berlaymont) on Wednesday 28 May 2008 (afternoon)“

PV(2008) 1833/F1 „ MINUTES of the 1833rd meeting of the Commission held in Brussels (Berlaymont) on Wednesday 4 June 2008 (morning)“

PV(2008) 1839/F1„ MINUTES of the 1839th meeting of the Commission held in Brussels (Berlaymont) on Wednesday 16 July 2008 (morning)“

PV(2008) 1841/F1„ MINUTES of the 1841st meeting of the Commission held in Brussels (Berlaymont) on Tuesday 2 September 2008 (afternoon)“

PV(2008) 1843/F1„ MINUTES of the 1843rd meeting of the Commission held in Brussels (Berlaymont) on Wednesday 17 September 2008 (morning)“

PV(2008) 1847/F1„ MINUTES of the 1847th meeting of the Commission held in Brussels (Berlaymont) on Wednesday 15 October 2008 (morning)“

PV(2008) 1848/F1„ MINUTES of the 1848th meeting of the Commission held in Strasbourg (Winston Churchill) on Tuesday 21 October 2008 (afternoon) - These minutes were approved by the Commission at its 1849 the meeting in Brussels on 29 October 2008. They contain 30 pages.“

PV(2008) 1850/F1„ MINUTES of the 1850th meeting of the Commission held in Brussels (Berlaymont) on Wednesday 5 November 2008 (morning) - They minutes were approved by

the Commission at its 1851st meeting in Brussels on 12 November 2008. They contain 36 pages.“

PV(2008) 1851/F1„ MINUTES of the 1851st meeting of the Commission held in Brussels (Berlaymont) on Wednesday 12 November 2008 (morning) - These minutes were approved by the Commission at its 1852nd meeting, held in Strasbourg on 18 November 2008. They contain 44 pages.“

PV(2008) 1856/F1 „MINUTES of the 1856th meeting of the Commission held in Strasbourg (Winston Churchill) on Tuesday 16 December 2008 (afternoon) “

PV(2009) 1857/F1 „MINUTES of the 1857th meeting of the Commission held in Prague Lichtenštejnský Palace – Zlatý Sal (Golden Room) on 7 January 2009 (afternoon)“

PV (2009) 1860/F1 “MINUTES of the 1860th meeting of the Commission held in Brussels (Berlaymont) on Wednesday 28 January 2009 (morning) - These minutes were approved by the Commission at its 1861st meeting in Strasbourg on 3 February 2009”

Weitere Kommissionsdokumente

Europäische Kommission (2007): “PUBLIC CONSULTATION REPORT -Report of the Public Consultation on the European Strategic Energy Technology Plan (SET-Plan)”

Europäische Kommission (2008a): “FFF Fourth Plenary Session, Berlin 2008 Draft Conclusion of the Chair”

Europäische Kommission (2008b): „Note for the File (FFF Fourth Plenary Session, Berlin)”

Europäische Kommission (2008c): “EU Action to promote Offshore Wind Energy Report on the Public Consultation April–June 2008”

Europäische Kommission (2009a): „Greenpaper Towards A Secure, sustainable and Competitive European Energy Network - Results of the Public Consultation November 2008 – March 2009“

Europäische Kommission (2009b): “Communication on the Directive 2004/67/EC of 26 April Concerning Measures to Safeguard Security for Natural Gas Supply [COM(2008)769] – Results of the Public Consultation November 2008 –March 2009”

SEC(2008) 45 Folgenabschätzung vom 32.1.2008 zum Vorschlag der Kommission **KOM(2008) 18** vom 23.01.2008

Rat der EU:

11318/09 ADD 1 REV 1 Addendum to the 2954th meeting of the COUNCIL OF THE EUROPEAN UNION (Economic and Financial Affairs) held in Brussels on Tuesday 7 July 2009

17700/10 ADD 1 Addendum to the 3053rd meeting of the Council of the European Union (EMPLOYMENT, SOCIAL POLICY, HEALTH and CONSUMER AFFAIRS), held in Brussels on 6 and 7 December 2010

Europäisches Parlament

A6-0261/2009 Bericht über den Vorschlag für eine Verordnung des Europäischen Parlaments und des Rates über ein Programm zur Konjunkturbelebung durch eine finanzielle Unterstützung der Gemeinschaft zugunsten von Vorhaben im Energiebereich (KOM(2009)0035 – C6-0049/2009 – 2009/0010(COD)) Ausschuss für Industrie, Forschung und Energie

P6_TC1-COD(2009)0010 Programm zur Konjunkturbelebung durch eine finanzielle Unterstützung der Gemeinschaft zugunsten von Vorhaben im Energiebereich ***I Legislative Entschließung des Europäischen Parlaments vom 6. Mai 2009 zu dem Vorschlag für eine Verordnung des Europäischen Parlaments und des Rates über ein Programm zur Konjunkturbelebung durch eine finanzielle Unterstützung der Gemeinschaft zugunsten von Vorhaben im Energiebereich (KOM(2009)0035 – C6-0049/2009 – 2009/0010(COD)) (Verfahren der Mitentscheidung: erste Lesung)

A7-0246/2010 Bericht über den Vorschlag für eine Verordnung des Europäischen Parlaments und des Rates zur Änderung der Verordnung (EG) Nr.663/2009 über ein Programm zur Konjunkturbelebung durch eine finanzielle Unterstützung der Gemeinschaft zugunsten von Vorhaben im Energiebereich (KOM(2010) 0283 – C70139/2010 – 2010/0150(COD)) Ausschuss für Industrie, Forschung und Energie

CRE 06/05/2009 – 2 Protokoll der Plenardebatte des Europäischen Parlaments vom Mittwoch, 6. Mai. 2009 - Straßburg

CRE 11/11/2010 – 4 Protokoll der Plenardebatte des Europäischen Parlaments vom Donnerstag, 11. November 2010 - Brüssel

Statistics - 2009/0010(COD) Results of vote in Parliament 6.05.2009

Statistics - 2010/0150(COD) Results of vote in Parliament 11.11.2010

Abbildungsverzeichnis

Abb. 1 EU-28 Bruttoenergieverbrauch 2012.....	46
Abb. 2 Energieendverbrauch im zeitlichen Verlauf 2001 - 2012	47
Abb. 3 Prozentualer Energieverbrauch in der EU 2012	48
Abb. 4 Prozentualer Energieendverbrauch in der EU nach Sektor 2012 in %	49
Abb. 5 Prozentualer Anteil der EU-28 am Weltweiten Energieverbrauch 2012.....	50
Abb. 6 Kohleimporte der EU nach Herkunftsland	52
Abb. 7 Ölimporte der EU nach Herkunftsland	55
Abb. 8 Gasimporte der EU nach Herkunftsland.....	57
Abb. 9 Die Institutionen der EU	71

Erklärung zu den verwendeten Abbildungen:

Ich habe mich bemüht, sämtliche Inhaber der Bildrechte ausfindig zu machen und ihre Zustimmung zur Verwendung der Bilder in dieser Arbeit eingeholt. Sollte dennoch eine Urheberrechtsverletzung bekannt werden, ersuche ich um Meldung bei mir.

Tabellenverzeichnis

Tabelle 1 Weltweite Nachfrage nach Primärenergie in Mtoe	50
Tabelle 2 Gesamterzeugung von Energie in Mtoe.....	51

Anhang

Abstract

Diese Arbeit befasst sich mit der europäischen Energiepolitik in der Krise im Allgemeinen und dem 2009 beschlossenen und 2010 abgeänderten European Energy Programme for Recovery (EEPR) als Versuch der Krisensteuerung der EU im Besonderen. Vor dem Hintergrund einer neogramscianischen Sichtweise auf die europäische Integration wird gängigen polit-ökonomischen Theorien das Krisenverständnis der Regulationstheorie entgegengestellt, um darauf die These der Vielfachkrise mit einem besonderen Fokus auf Finanz-, Klima- und Energiekrise darzustellen. Mittels der Betrachtung des europäischen Energiemix, der Geschichte der energiepolitischen Integration und zentraler Akteure der Energiepolitik wird untersucht, warum die europäische Energiepolitik durch aktuelle Krisentendenzen beeinflusst- und krisenhaft im Allgemeinen ist. Darauf folgend wird das EEPR im Rahmen einer Policy-Analyse methodisch mit Dokumenten- sowie Inhaltsanalyse untersucht. Strukturierend wird das EEPR mittels des Policy-Cycle schematisch auf seine Implementierung und Auswirkungen hin diskutiert. In einer inhaltlichen Analyse des Programms erfolgt eine genaue Betrachtung, in wieweit sich die multiple Krise darin widerspiegelt. Die zusammenfassende Analyse zeigt, in wieweit die multiple Krise treibende Kraft für das EEPR war. Ein zentrales Ergebnis dieser Untersuchung ist, dass durch die Analyse des EEPR die Grenzen traditioneller Krisenbearbeitung sichtbar werden.

This thesis deals generally with the influence of current crisis dynamics on European energy policy, and more specifically with the European Energy Programme for Recovery (EEPR) as the EU's reaction to the crisis. The EEPR was launched in 2009 and amended in 2010. Taking a Neo-Gramscian perspective on European Integration as its backdrop, this thesis discusses the potential of regulation theory for the understanding of current crisis dynamics in contrast to current mainstream politico-economic theories. Furthermore the theory of multiple crises will be explained, with a focus on the financial, climate and energy crisis. The theoretical part is followed by a description of current European energy policy. By focusing on the current European energy mix, the history of the Integration of European energy policy, and central key players, it examines why current European energy policy is itself a part of the crisis. In

addition the EEPR will be analysed within the framework of a policy analysis by using the methods of the document analysis and the content analysis. The first step is to use the model of the policy-cycle as structural framework to look at the implementation and implications of the EEPR. The second step is a content analysis to show how the multiple crisis reflects itself in the EEPR. The summary analysis shows why the EEPR is driven by the dynamics of the multiple crises. A key result of this thesis is that the analysis of the EEPR exposes the limitations of traditional reactions to crisis dynamics.

Lebenslauf

Geboren am 30.09.1988 in München, Deutschland

Schulausbildung:

1995 - 2008: Rudolf-Steiner-Schule Ismaning, Deutschland

2008: Abitur ext. Ernst-Mach-Gymnasium Haar, Deutschland
Leistungskurse: Englisch und Geographie

Studium:

Bachelorstudien:

2008 - 2011: Bachelorstudium der Politikwissenschaft an der Universität Wien, Österreich
Nebenfächer/EC: Philosophie (Ethik), Soziologie (soziologische Gesellschaftsanalysen, VWL (Grundlagen), Niederlandistik (Grundlagen)

2009 - 2010: Bachelorstudium Niederlandistik (Abgebrochen)

2011 Studienabschluss Bachelor of Arts im Bereich Politikwissenschaft an der Universität Wien, Österreich

Masterstudium:

Seit 2011 Masterstudium der Politikwissenschaft an der Universität Wien, Österreich
Spezialisierungen: Internationale Politik, Staatstätigkeit
Policy- und Governanceanalysen

Januar – Juni 2013 Auslandssemester an der Université Catholique de Louvain, Belgien im Rahmen des Erasmus Mobilitätsprogramms
Fachrichtung: European Studies / études européennes

Publikation

Weiske, Rafael (2011): „Zum Studieren nach Österreich – Migrationserfahrungen deutscher Studenten in Österreich“. In: Smioski, Andrea (Hg.): „Identitätskonstruktion im Lebenslauf“. Wisdom Lehre Band: Wien